

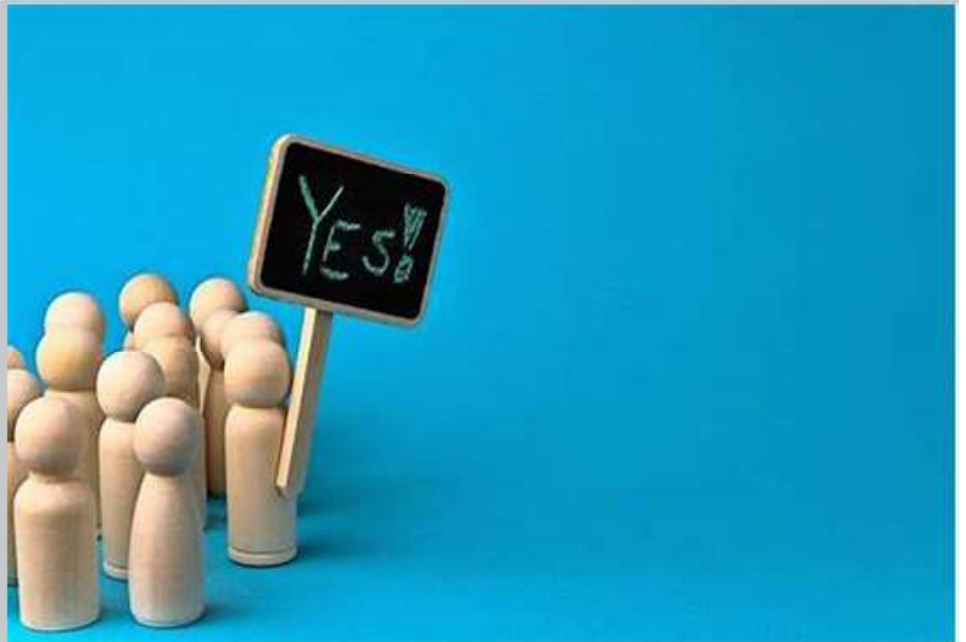
# FORUM

# POLITIKUNTERRICHT

Herausgegeben von der  
Deutschen Vereinigung  
für Politische Bildung –  
Landesverband Bayern

ISSN 0941 - 5874

2|24



**Schwerpunktthema:**

**Andere Pfade für die politische Bildung –  
Wie lassen sich Zielgruppen besser erreichen?**

Nachrichten – Berichte – Rezensionen

# INHALT

Editorial	S. 3
<b>Schwerpunkt: Andere Pfade für die politische Bildung - Wie lassen sich Zielgruppen besser erreichen?</b>	
<b>I. Grundlagen und Erfolge der Zielgruppenerreichung</b>	
▪ <i>Dr. Wolfgang Beutel:</i> Reichweite der politischen Bildungsarbeit – Annäherung an ein kontroverses Themenfeld (Protokoll: Dr. Peter Herdegen)	S. 4
▪ <i>Prof. Dr. Fritz Reheis:</i> Kompetenz zum Widerstand: Ein Vorschlag für die politische Bildung – auch im Hinblick auf die Zielgruppenfrage (Protokoll: Dr. Peter Herdegen)	S. 7
▪ Reichweite der politischen Bildungsarbeit - Annäherung an ein kontroverses Themenfeld / Diskussion der Beiträge von Wolfgang Beutel und Fritz Reheis im Plenum (Protokoll: Dr. Peter Herdegen)	S. 10
<b>II. Praktiken gelungener Zielgruppenansprache</b>	
Erfahrungsaustausch mit Trägern der politischen Bildungsarbeit	
▪ <i>Pia Bittner:</i> Projekte des Bayerischen Jugendrings, die die politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen fördern (Protokoll: Dr. Peter Herdegen)	S. 10
▪ <i>Friedemann Brause:</i> Wie erreichen wir Menschen - und wofür? (Protokoll: Harald Retsch)	S. 12
▪ <i>Anke Gruber:</i> Politische Bildung mit Hand, Herz und Verstand - Einschätzungen einer außer-institutionellen politischen Bildnerin (Interview: Gabriele Griese-Heindl)	S. 13
▪ <i>Benjamin Holm:</i> Beispiele aus der Praxis von „Arbeit und Leben“ (Protokoll: Dr. Peter Herdegen)	S. 19
▪ Praktiken gelungener Zielgruppenansprache: Diskussion mit Pia Bittner, Friedemann Brause, Anke Gruber und Benjamin Holm	S. 20
▪ <i>Holger Kiesel:</i> Grußwort (Protokoll: Dr. Peter Herdegen)	S. 20
▪ „Handlungsfelder für die politische Bildung erschließen“ - Podiumsdiskussion mit Christina Ponader, und Willi Dräxler (Protokoll: Fritz Wölfl)	S. 21
<b>III. Spezifische Ansatzpunkte für die Zielgruppengewinnung</b>	
▪ <i>Thomas Franke / Ralf Knobloch:</i> Die Bedeutung von Planspielen und Gamification - Podiumsdiskussion (Protokoll: Frank Schiefer)	S. 23
▪ <i>Dr. Katja Friedrich:</i> Digitale politische Bildung (Protokoll: Uta Lechner)	S. 26
▪ Facetten einer „aufsuchenden politische Bildung“ - Podiumsdiskussion mit Dr. Sarah Präßler, Dr. Siegfried Grillmeyer und Wassili Siegert (Protokoll: Fritz Wölfl)	S. 28
<b>IV. Rahmenbedingungen verbessern</b>	
▪ <i>Boris Brokmeier:</i> Bildungsurlaub als Chance für die politische Bildung (Protokoll: Harald Retsch)	S. 30
▪ Was bleibt? Herausforderungen und Ansatzpunkte für die Zielgruppenarbeit - Schlussdiskussion mit Dr. Helle Becker / Prof. Dr. Fritz Reheis / Prof. Dr. Stefan Rappenglück und Jörg Siegmund (Protokoll: Dr. Peter Herdegen)	S. 31
<i>Prof. Dr. Armin Scherb:</i> Methode UND Substanz! - Politische Bildung in postfaktischen Zeiten - eine Situationsanalyse aus subjektiv-biografischer Sicht	S. 32
<i>Dr. Peter Herdegen:</i> Politische Bildung in postfaktischen Zeiten - Was kann Politische Bildung leisten? - Eine Antwort zum Artikel von Armin Scherb	S. 38
<b>Landesverband Bayern</b>	S. 42
<b>Buchbesprechungen</b>	S. 46

# EDITORIAL

Im Jahr 2024 ist viel passiert: Ukraine-Krieg, kriegsrische Auseinandersetzungen in Gaza und im Libanon, die Wahl Donald Trumps in den USA, Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, Ampel-Aus, der Sturz Assads in Syrien. Ereignisse, die Einordnung, Interpretationen, Diskussionen und politische Reaktionen erfordern. Dazu beitragen muss auch die politische Bildung. Das Problem ist, dass ihre schulischen Angebote oft nur auf verhaltenes Interesse der Schülerinnen und Schüler stoßen und außerschulische Bildungsveranstaltungen vor allem von Bürgerinnen und Bürgern besucht werden, die bereits politisch interessiert sind und die in der Regel grundlegende Werte der Demokratie teilen.

Viel schwerer lassen sich Zielgruppen erreichen, die auf den ersten Blick politisch desinteressiert sind, über wenig (oder falsche) Informationen verfügen und zu zweifeln beginnen, dass die Demokratie wirklich die beste Staatsform ist.

Mit diesem Heft dokumentieren wir die Beiträge zu unserer Jahrestagung vom 20. – 22. September 2024 in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Unter dem Titel „Andere Pfade für die politische Bildung. Wie lassen sich Zielgruppen besser erreichen?“ sollte die Frage diskutiert werden, wie politische Bildung auch „bildungsferne“ und/oder „politikverdrossene“ Gruppen erreichen kann.

Im Mittelpunkt der Tagung standen Praxisbeispiele, die beweisen, dass politische Bildung unter bestimmten Voraussetzungen für Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen, Schichten oder Klassen

attraktiv sein kann.

Immer wieder zeigte sich in den verschiedenen Beiträgen und Diskussionen, dass die Bildungsangebote dazu an die alltäglichen Lebenszusammenhänge der potentiellen Teilnehmerinnen und Teilnehmer anknüpfen und ihre Erwartungen, Standpunkte und Beiträge ernst nehmen müssen.

Inhalte und Ergebnisse der Tagung werden von Armin Scherb kommentiert, ihm antwortet Peter Herdegen. Sie behandeln dabei auch die Frage, was politische Bildung überhaupt leisten soll oder leisten kann. Diese Diskussion kann (und soll) in der FPU oder auf der Homepage des Verbands (<https://www.dvpb-bayern.de/>) weitergeführt werden.

Im „Verbandsteil“ werden sie über die Mitgliederversammlung des Verbands in Tutzing und die Zusammensetzung der neuen Vorstandschaft informiert.

Die Buchbesprechungen decken wie immer ein breites Themenspektrum ab.

Wir hoffen, mit dieser Online-Ausgabe der FPU die Diskussionen über Theorie und Praxis der politischen Bildung anregen zu können.

In eigener Sache: Nach intensiven Debatten und längerer Zeit ohne Erhöhung des Mitgliedsbeitrages hat die Mitgliederversammlung beschlossen, den Jahresbeitrag ab dem 01.01.2025 zu erhöhen, um weitere Aktivitäten des Verbandes zu ermöglichen. Der reguläre Beitrag beträgt dann 70 Euro, der ermäßigte Beitrag 35 Euro. Wir bitten um Ihr Verständnis!

*Dr. Peter Herdegen / Prof. Dr. Stefan Rappenglück*

---

## Impressum

**Herausgeber:** Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V.

Prof. Stefan Rappenglück (verantw.), Selma-Lagerlöf-Str. 112, 81829 München,

E-Mail: [stefan.rappenglueck@dvpb-bayern.de](mailto:stefan.rappenglueck@dvpb-bayern.de)

**Redaktion:** Prof. Dr. Andreas Brunold, Dr. rer. pol. Gaby Griese-Heindl, Dr. phil. Peter Herdegen, Sabine Kehr,

Uta Lechner, Prof. Dr. Stefan Rappenglück, Frank Schiefer

**Anzeigen:** Dr. rer. pol. Gaby Griese-Heindl, E-Mail: [WerbungFPU@gmx.de](mailto:WerbungFPU@gmx.de)

**Layout/Gestaltung:** Martina Macher-Buchner, E-Mail: [Redaktionfpu@gmx.net](mailto:Redaktionfpu@gmx.net)

**Einzelverkaufspreis:** 5,00 € (im Mitgliedsbeitrag enthalten)

**Konto des Landesverbands:** Kreissparkasse Augsburg,

IBAN: DE48 7205 0101 0000 2931 34, BIC: BYLADEM1AUG

**Mitteilungen über Änderungen der Anschrift und der Bankverbindung an:**

Armin Seemann, Rabenweg 8, 85356 Freising, E-Mail: [armin.seemann@web.de](mailto:armin.seemann@web.de)

ISSN 0941-5874

*Die Redaktion behält sich vor; eingereichte Manuskripte anzunehmen bzw. redaktionell zu bearbeiten.*

*Quelle Titelbild: [www.pixabay.de](http://www.pixabay.de)*

## Andere Pfade für die politischen Bildung – Wie lassen sich Zielgruppen besser erreichen?

Jahrestagung der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung Bayern e.V.  
in Zusammenarbeit mit der Akademie für Politische Bildung Tutzing

### I. Grundlagen und Erfolge der Zielgruppenerreichung

#### Reichweite der politischen Bildungsarbeit – Annäherung an ein kontroverses Themenfeld

**W**olfgang Beutel: bis 2017 Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik, bis 2020 Geschäftsführer des Projektes „Demokratisch Handeln“ (begründet von Hildegard Hamm-Brücher, Peter Fauser und Wolfgang Beutel), seit 2020 Projektleiter „Monitor Demokratiebildung“ an der Leibniz Universität Hannover und seit 2022 Vertretungsprofessor für Didaktik der politischen Bildung sowie Direktor am Institut für Didaktik der Demokratie der Universität Hannover.



Stefan Rappenglück, Wolfgang Beutel (Bild: apb Tutzing)

Der Referent weist zunächst darauf hin, dass in der politischen Bildung evidenzbasierte Strukturen schwer zu finden seien. Wie genau politische Bildung wirke, welche Methoden wann, wo, bei wem erfolgreich sind, sei empirisch schwer festzustellen. Es bestehe Hoffnung, aber keine endgültige Gewissheit dafür, dass bestimmte Formen politischer Bildung

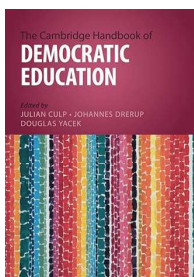
demokratisches Bewusstsein und die Demokratie stärken können.

Der Referent beschreibt anschließend weitere Probleme politischer Bildung:

- Wir erreichen mit politischer Bildung meist nur die interessierten, bildungsaffinen Gruppen.
- Die Schule als zentrale Stelle für die Bewältigung von Problemen der Demokratie ist überfordert. Ein Indiz dafür ist, dass über 30% der Erstwähler in Thüringen die AfD wählen.
- Unterricht über Politik ist ein notwendiges Bildungserlebnis. Er sollte deshalb eine hohe Qualität haben. Dies ist nicht immer der Fall. Empirische Untersuchungen bestätigen zumindest: Es ist nicht die Menge der politischen Bildung, die positive Effekte hat, es liegt an ihrer Ausgestaltung (z. B. Unterrichtsklima) (Ergebnis Leibniz-Institut für Bildungsverläufe <https://www.lifbi.de/de-de/>).

In letzter Zeit sind viele Bücher über politische Bildung erschienen (z. B. Julian Nida-Rümelin/Klaus Zierer: Demokratie in die Köpfe; Marina Weisband: Die neue Schule der Demokratie (AULA); 16. Kinder- und Jugendbericht; The Cambridge Handbook of Democratic Education), die aber fast alle auf die klassische politische Bildung zielen.

Nach Meinung des Referenten sollten politische Bildner mehr auf die Demokratiepädagogik setzen. Ihre Vorgehensweisen und Methoden werden z. B.



im Handbuch für Demokratiepädagogik beschrieben.

Daneben gebe es aktuell viele Angebote, die die Demokratie und das demokratische Bewusstsein stärken wollen. Beispiele dafür sind:

- Verschiedene Stiftungsprogramme: Freudenberg-Stiftung, die Stiftung Mercator, Siemens-Stiftung, Bertelsmann-Stiftung, Robert-Bosch-Stiftung, Heidehof-Stiftung und andere;
- Wettbewerbe wie u. a. „Demokratisch Handeln“, aber auch der Bundeswettbewerb „Politische Bildung“ der Bundeszentrale für politische Bildung, Bundesumweltwettbewerb, Wettbewerb zur Entwicklungspolitik, Jugend gründet etc.;
- Vielfältige „Landesprogramme für Demokratie und Vielfalt“, die wesentlich gefördert werden aus dem Programm „Demokratie Leben“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/bundesprogramm-demokratie-leben--73948>). Gestaltet werden diese Programme durch Initiativen, Vereine, Bündnisse vor Ort;
- „Demokratie von Anfang an“ – Programme zur Förderung von Kinderrechten und Demokratie in der Elementarpädagogik;
- Deutscher Schulpreis mit Thema „Demokratie lernen & leben“;
- Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (<https://degede.de>) mit ihren Angeboten.

Im aktuellen Diskurs um politische Bildung, Demokratiepädagogik und Demokratiebildung gibt es Spannungen und Kontroversen zwischen einzelnen Positionen:

- Die Bildungspolitik erwartet sichtbare Effekte.
- Die Bildungswissenschaften erwarten Beweisbarkeit der Wirksamkeit durch empirische Forschung.
- In der fachdidaktischen politische Bildung gibt es immer noch Vertreter, die einen Gegensatz zwischen (schulischer) politischer Bildung und Demokratiepädagogik sehen.
- Es gibt hohe Erwartungen an Praxismodelle

(z. B. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: Programm „Demokratie lernen & leben“).

Wolfgang Beutel hält es für wichtig, sich darauf zu besinnen, was Demokratielernen bedeutet. Demokratielernen besteht aus:

- Demokratie-Lernen in der Schule (Unterricht im Fach Politische Bildung),
- Demokratie-Lernen im Schulleben (z. B. Klassensprecher, Klassenrat),
- Demokratie-Lernen in Projekten (z. B. im Engagement in Gemeinden).

Grundthema von Demokratie-Lernen ist eine demokratische Schulentwicklung. Bei der demokratischen Schulentwicklung können folgende Instrumente eingesetzt werden:

- Schulverfassung, Schulprogramm und Schulprofil;
- Qualitätsrahmen Demokratiepädagogik: „Merkmalskatalog demokratischer Schulen“ (<https://degede.de/wp-content/uploads/2019/01/degede-merkmalskatalog-2017-web.pdf>);
- Klassenrat;
- diskursive Verfahren: Deliberation, „demokratisches Sprechen“, „Jugend debattiert“;
- Entwicklung des moralischen Urteils, „Just-community-Ansatz“;
- Streitschlichtung, Moderation schulöffentlicher Veranstaltungen durch Schülerinnen und Schüler;
- Aktivierung und Erweiterung von Schülervertretung (Schülersprecher-Direktwahl, Schülervertretung nicht als „Kulturveranstaltungsagentur“);
- Schülerpresse, Schulöffentlichkeit, Soziale Medien, Schulwebsite;
- Projekte – themenspezifische und themenübergreifende – in partizipativer Mitverantwortung von Schülerinnen und Schülern (im Unterricht, im Schulleben, zwischen Schule und Gemeinde); Projekte, die Themen der Politik, der kom-



munalen und der schulischen Öffentlichkeit aufgreifen;

- Service Learning – Lernen durch Engagement;
- fehlertolerantes Unterrichtsklima, „verständnisintensives Lernen“;
- transparente, gerechtigkeitsorientierte und partizipative Formen der Leistungsbeurteilung.

Der Referent stellt abschließend folgende Thesen zur Diskussion:

- Zur Förderung von Engagementbereitschaft müssen entsprechende Projekte, Themen, Lernsettings – eine pädagogisch-demokratische Kultur – in den Schulen etabliert, stetig gepflegt und weiterentwickelt werden.
- Die Demokratie ist heute näher an Kindern und Jugendlichen denn je: Wahlrechtsreform – Wählen ab 16 auf Landes- und Kommunalebene; Kinderrechte/Menschenrechte; Digitale Medien – Social Apps; Jugendprotest und Generationen-Aktivitäten wie z. B. „FFF“ oder „Letzte Generation“. All diese Artikulations- und Handlungsformen legen eine stetige Auseinandersetzung mit den großen Fragen der Politik nahe.
- Demokratiepädagogik hat in der bildungspolitischen Gesamtlage eine zu geringe Bedeutung, obwohl die dort verhandelten Konfliktpunkte (Unterrichtsqualität, Lehrerprofessionalität) alle mittelbar mit der demokratischen Qualität von Schule korrespondieren.
- Beteiligung muss gewagt werden: Es ist im Einzelfall zu prüfen, welche Formen des Mitgestaltens und der Verantwortungsübernahme in der Schule zur Geltung kommen können.
- Schulforschung heute ist ein Geschäft abseits der demokratischen Schulentwicklung – wir benötigen dringend eine Forschungsinitiative zu Demokratiepädagogik und Demokratiebildung.
- Alle Formen von respektvoller Begegnung dienen dem wechselseitigen Verstehen und der Verständigung und haben damit eine deliberativ-kommunikative Basis. Sie realisieren damit eine besondere Form der Demokratie.
- Angesichts der gegenwärtigen multiplen Krisenhäufung benötigen wir eine besonders wirksame Zukunftsstrategie. Pädagogik ist eine Herausforderung und Arbeit für die Vermittlung zwischen den Generationen, sie zielt auf die Zukunft der jungen, nachwachsenden Bürgerinnen und Bürger in der Demokratie und benötigt wechselseitiges Vertrauen.
- Schulen müssen „Gerechtigkeit“ und „Anerkennung von Verschiedenheit“ anstreben, besser:

bieten.

- Zum zivilgesellschaftlichen Engagement ermutigen; Projekte durchführen, in denen gemeinsam Lösungen für Fragen des Zusammenlebens und des Gemeinwesens erarbeitet werden können.
- Jede Schule muss sich kollegial über ihr Konzept von Lernen und Leistung verständigen; das ist die Grundlage, um stabile Selbstkonzepte bei Kindern und Jugendlichen zu fördern. Auch die Verantwortung für die Demokratie ist eine Leistung.

Seine zentralen Thesen fasst Wolfgang Beutel folgendermaßen zusammen. Um demokratische Bildung erfolgreich zu etablieren und zu pflegen sind folgende Aufgaben zu bewältigen:

- Guter Unterricht und demokratische Schulqualität muss etabliert und durchgehalten werden.
- Es muss gelingen, Vertrauen zu stiften und zu pflegen.
- Pädagogische Fantasie im Unterricht und in der Lernorganisation muss sich durchsetzen.
- Es braucht Mut zur freien Gestaltung von Projekten demokratischen Handelns.
- Die Lehrenden müssen es wagen, die Lernenden zu beteiligen.
- Es muss über Krisen als zu bewältigende Zukunftsaufgaben gesprochen werden.
- Es geht um Kooperation statt Konkurrenz zwischen fachlicher politischer Bildung, schulpädagogischer Demokratiepädagogik und Sozialpädagogik.

Protokoll: Peter **Herdegen**

#### Quellen:

- *Wolfgang Beutel (2024): Präsentation „Reichweite der politischen Bildungsarbeit – Annäherung an ein kontroverses Thema“ auf der Fachtagung von APB Tutzing, DVPB Bayern und der Europäischen Akademie Bayern: „Andere Pfade für die politische Bildung. Wie lassen sich Zielgruppen besser erreichen?“*
- *Beutel, S.-I./Beutel, W./Gloe, M. (2022): Demokratische Schulentwicklung. In: Beutel, W. et al. (Hrsg.): Handbuch Demokratiepädagogik. S. 78-98.*

# Kompetenz zum Widerstand: Ein Vorschlag für die Politische Bildung – auch im Hinblick auf die Zielgruppenfrage

**F**ritz Reheis: bis 2015 Professor für Didaktik der Sozialkunde an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg; Mitbegründer der Gesellschaft für Zeitpolitik und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac.



Fritz Reheis (Bild: apb Tutzing)

Der Referent betont am Anfang, dass Mündigkeit das zentrale Ziel aller pädagogischen Bemühungen sei. Das Problem der Schule ist seiner Meinung nach: Hier lernen Schülerinnen und Schüler vor allem „ja“ zu sagen, flexibel zu sein, sich anzupassen. Sie müssen auch lernen, „nein“ zu sagen. Es braucht also eine Kompetenz zum Mitmachen und zum Widerstehen.

Um diese Kompetenz zum Widerstand genauer zu beschreiben, legt Fritz Reheis 10 Thesen vor:

## **1. Überlegungen zur politischen Bildung müssen immer Verhältnisse und Verhalten gleichermaßen in den Blick nehmen.**

Autoritäre Verhältnisse verlangen gehorsame Menschen und gehorsame Menschen unterstützen autoritäre Verhältnisse. Demokratische Verhältnisse brauchen auch Menschen, die widersprechen.

## **2. In einem demokratischen Gemeinwesen zielt politische Bildung in normativer Hinsicht auf den inneren Zusammenhang zwischen der Menschenwürdigkeit der Gesellschaft und der Mündigkeit des Bürgers.**

Eine demokratische Gesellschaft kann nur existie-

ren, wenn ihre Bürger mündig sind. Demokratische Bürger werden die Demokratie unterstützen.

## **3. Bildungsangebote eignen sich umso besser, je mehr es gelingt, von Erfahrungen auszugehen, die Adressaten als Widerstände erlebt haben.**

Widerstände mobilisieren Energien, Ungerechtigkeitserfahrungen mobilisieren Engagement. Die Lernenden öffnen sich für neue Verhaltensweisen, so kann Lernmotivation entstehen. Der Pädagoge Klaus Holzkamp spricht davon, dass Lernen mit dem Erfahren von Widerständen beginnt und dann neue Wege erprobt werden.

## **4. Widerstände sind Hürden bei der Befriedigung von Bedürfnissen (Ernährung, Wohnen etc.), aber auch bei der Umsetzung von Wertvorstellungen über das gute Leben (Freiheit, Gerechtigkeit etc.).**

Widerstände sind Hürden, die mich bewegen, von der Routine abzuweichen. Auf allen Ebenen der Bedürfnisse (nach der Bedürfnispyramide von Abraham Maslow) können Hürden und damit Lernanlässe entstehen.

## **5. Der Vielfalt der Widerstandserfahrungen entspricht eine Vielfalt von Möglichkeiten des praktischen Widerstehens – von der Zulassung widerstrebender Gedanken im Kopf bis zum persönlichen Einsatz für eine radikale Veränderung der Spielregeln des Gemeinwesens.**

Widerstand beginnt dort, wo ich zu zweifeln beginne. Beispiele dafür sind die Verweigerung des Konsumismus oder der Widerstand gegen die imperiale Lebensweise.

## **6. Metakriterium für die normative Rechtfertigung der konkreten Widerstandspraxis ist die faktische Respektierung der Würde des Menschen (konkretisiert etwa als Kategorischer Imperativ oder als Goldene Regel, rechtlich kodifiziert in den Menschenrechten).**

Nicht jeder Widerstand ist gerechtfertigt. Nur der Widerstand, der mit Menschenrechten (als Abwehrrechte, als personale und soziale Teilhaberechte, als

Selbstentfaltungsrechte) vereinbar ist, ist legitim. Der „Widerstand“ von Pegida und anderen rechten Gruppierungen widerspricht diesem Grundsatz.

**7. Die Fähigkeit zu praktischem Widerstand muss in einem lebenslangen Lernprozess erworben werden, der Kopf, Herz und Hand gleichermaßen umfasst.**

Ein zentraler Faktor des Lernprozesses ist: Der Lernende muss Selbstwirksamkeit erfahren können. Das ist in der Schule oft schwierig, da hier die Fremdbestimmung überwiegt und die Möglichkeiten des Nein-Sagens oft klein sind. Schule ist nach der Meinung des Referenten ein Ort der Anpassung und der strukturellen Gewalt.

**8. Um einen solchen Lernprozess zu ermöglichen, ist es hilfreich, sich dessen Zeitlichkeit bewusst zu machen, und zwar in Bezug auf die äußeren Verhältnisse wie auf deren innere Verarbeitung.**

Die Lernprozesse in der politischen Bildung müssen als langfristig begriffen werden. Demokratielernen und persönliche Entwicklung sind Prägungsprozesse.

**9. In kognitiver Hinsicht geht es in diesem Lernprozess um die zeitaufwendige Suche nach Kategorien, die sowohl zur objektiven Welt wie zu den subjektiven Erfahrungen der Lernenden passen (Wolfgang Klafki) - wie etwa „Anerkennung“, „Politikzyklus“, „Nachhaltigkeit“.**

Die drei genannten Kategorien eignen sich dazu, diesen Zusammenhang bewusst zu machen: **Anerkennung**, z. B. Anerkennung der Verschiedenartigkeit; der **Politikzyklus** enthält einen zeitlichen Aspekt, der Zusammenhang zwischen Prozess und Strukturen wird hier deutlich, Politik kann als etwas Zeitliches begriffen werden; **Nachhaltigkeit** sollte sich im Umgang mit dem Politischen zeigen.

**10. Die Personen der Zielgruppen von politischen Bildungsangeboten sollten**

- **möglichst ähnliche Widerstandserfahrungen mitbringen und beim Austausch sowie der Reflexion dieser Erfahrungen unterstützt werden,**
- **zur historischen Einordnung dieser Erfahrungen und Diskussion der Möglichkeiten und Grenzen des praktischen Widerstands befähigt werden (Oskar Negt: Aufbau von**

**Utopiekompetenz),**

- **auf diese Weise die Bildungsarbeit als Resonanzangebot (Helle Becker) erfahren können.**

Helmut Bremer beschreibt politische Bildung als kooperatives Projekt zwischen denen, die sich bilden, und denen, die Bildungsprozesse unterstützen. Als integrative Antwort auf die Zielgruppenproblematik stellt der Referent folgende These auf: Wenn man von Widerstandserfahrungen ausgeht, geht man vom Positiven aus, nämlich davon, dass Menschen sich bilden wollen. *Protokoll: Peter Herdegen*

**Literatur/Quellen:**

- *Fritz Reheis (2024): Kompetenz zum Widerstand: Ein Vorschlag für die Politische Bildung – auch im Hinblick auf die Zielgruppenfrage. 10 Thesen zur Tagung „Andere Pfade der politischen Bildung!“, Tutzing.*
- *Fritz Reheis (2022): Erhalten und Erneuern. Nur Kreisläufe sind nachhaltig, Durchläufe nicht. Hamburg.*
- *Fritz Reheis (2019): Entschleunigte Demokratie. Zum zeitlichen Wechselverhältnis von Demokratie und Kultur. In: DISKURS, Ausgabe 3 (September 2019), S. 68-87 ([journals.uni-due.de/diskurs/article/view/383](http://journals.uni-due.de/diskurs/article/view/383)).*
- *Fritz Reheis (2017): Kompetenz zum Widerstand. Konturen eines didaktischen Konzepts. In: Dirk Lange und Sara Alfia Greco (Hrsg.): Emanzipation. Zum Konzept der Mündigkeit in der Politischen Bildung. Schwalbach/Ts., S. 34-45.*
- *Fritz Reheis /Stefan Denzler / Michael Görtler / Johann Waas (Hrg.) (2016): Kompetenz zum Widerstand. Eine Aufgabe für die politische Bildung. Schwalbach/Ts.*
- *Fritz Reheis (2016): Politische Bildung. Eine kritische Einführung. Wiesbaden, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage.*
- *Fritz Reheis (2014): Zeiten des Handelns. Zur Zeitdimension in einer pragmatistischen Konzeption Politischer Bildung. In: Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften. 2/2014, S.112-134.*





## Politik aktuell 13

Bearbeitet von Jan Castner, Jens Beck, Christine Betz, Anita Hitzler, Sabine Hoffmann, Ansgar Stich, Thomas Volkert, Friedrich Wöfl und Sonja Zimmermann

Auch in der Jahrgangsstufe 13 bieten wir 2025 zwei Bände an:

- Einen Band für das grundlegende Anforderungsniveau
- Einen Band für das grundlegende und erweiterte Anforderungsniveau

Entdecken Sie unsere Angebote auf [www.ccbuchner.de/reihe/1513](http://www.ccbuchner.de/reihe/1513)



## Nahostkonflikt

### Unsere Themenhefte

Bearbeitet von Michael Sauer und Steffen Hagemann

Mehr Infos: [www.ccbuchner.de/nahostkonflikt](http://www.ccbuchner.de/nahostkonflikt)

Für die gymnasiale Oberstufe

Sekundarstufe I und berufliche Schulen

Inklusive der Entwicklungen seit dem 7. Oktober 2023!



C.C. Buchner Verlag GmbH & Co. KG  
[www.ccbuchner.de](http://www.ccbuchner.de)  
[www.facebook.com/ccbuchner](https://www.facebook.com/ccbuchner)  
[www.instagram.com/ccbuchner](https://www.instagram.com/ccbuchner)

# Reichweite der politischen Bildungsarbeit – Annäherung an ein kontroverses Themenfeld

## Diskussion der Beiträge von Wolfgang Beutel und Fritz Reheis im Plenum

**A**rmin Scherb vertritt am Anfang der Diskussion den Standpunkt, dass ein Unterschied gemacht werden müsse zwischen „Widerstand“ als kognitiver Kategorie (Problem zu verstehen, neue Erfahrungen) und „Widerstand“ als politischer Kategorie.

In der Diskussion wird weiter darauf hingewiesen, dass das gegliederte Schulsystem nach Einheitlichkeit strebe. Das gesamte Schulsystem sei schwer zu ändern. In der einzelnen Schule müsse aber die Vielfalt der Schülerinnen und Schüler zu ihrem Recht kommen.

Wolfgang Beutel ist in diesem Zusammenhang der Meinung, dass das Schulsystem nicht das zentrale Problem sei, wenn es kluge Übergangsregelungen zwischen den Schularten gebe. In der einzelnen Schule sei der Umgang mit Vielfalt wichtig. Fritz Reheis betont, dass Schule „die Kinder stärken und die Sachen klären“ (v. Hentig) müsse. Der Austausch zwischen den Generationen sei wichtig. Mehr fächerübergreifender Unterricht, mehr Projektunterricht sei notwendig.

Im Zusammenhang mit der These, dass die Schule auch Zwangsanstalt sei, betont Wolfgang Beutel darauf hin, dass er Schule eher als Pflichtveranstaltung

nicht als Zwang sehe. Die Bildungsexpansion habe auch Bildungsaufstiege ermöglicht. Da in der Schule alle erreicht werden, ist sie auch eine Chance für die Demokratisierung.

In der Diskussion wird noch einmal unterstrichen, dass nicht jede Art von Widerstand positiv zu werten sei. Widerstand müsse den Menschenrechten verpflichtet sein.

Teile der Diskussion drehen sich um den Widerstandsbegriff. Alternative Begriffe werden vorgeschlagen, z. B. Resilienz.

Um Heterogenität in der Schule bewältigen und politische Bildung unterschiedlicher Schülergruppen ermöglichen zu können, sei die Lehrerbildung sehr wichtig. Demokratie-Lernen sollte in der Lehrerbildung in allen Unterrichtsfächern verankert werden.

Fritz Reheis stellt am Schluss der Diskussion die These auf, dass in der Schule heterogene Erfahrungen ermöglicht und diskutiert werden sollten. In der außerschulischen politischen Bildung komme es aber auch darauf an, Menschen mit ähnlichen Erfahrungen zusammenzubringen und an Lösungsvorschlägen für ihre gemeinsamen Probleme zu arbeiten.

*Protokoll: Peter Herdegen*

## II. Praktiken gelungener Zielgruppenansprache

### Erfahrungsaustausch mit Trägern der politischen Bildungsarbeit

#### Impulsbeiträge und Gespräche an Thementischen

### Projekte des Bayerischen Jugendrings, die die politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen fördern

**P**ia Bittner: Referentin für Demokratiebildung, Bayerischer Jugendring (BJR) München, Fach- und Servicestelle Kinder- und Jugendbeteiligung in Bayern.

Die Referentin berichtet über zwei gelungene Pro-

jekte des Bayerischen Jugendrings (BJR), mit denen die Kinder- und Jugendbeteiligung gefördert werden soll.

Sie betont am Anfang ihrer Ausführungen: Um neue Zielgruppen für die politische Bildung anzusprechen,

können Kooperationen mit anderen Trägern und Vereinigungen entscheidend sein. Außerdem muss viel Zeit und Energie in diese Arbeit investiert werden.

### Projekt 1: Aktion zur Europawahl „Wer will was? Kommentierte Lesungen der Wahlprogramme“

Im Rahmen der Kampagne des Bayerischen Jugendrings zur Europawahl 2024 organisierte der BJR zwei Veranstaltungen mit dem Titel „Wer will was? Kommentierte Lesungen der Wahlprogramme“. Durchgeführt wurden die Veranstaltungen im Münchner Haus der Schülerinnen und Schüler in der Landeshauptstadt (Kooperation!).

Schauspielerinnen und Schauspieler stellten auf unterhaltsame Weise die verschiedenen Wahlprogramme der Parteien vor. Außerdem konnten die Schülerinnen und Schüler Fragen zur Europawahl stellen und es gab Raum für Diskussionen.

Die Veranstaltungen waren ein großer Erfolg. Bei der Vormittagsveranstaltung für Schulklassen waren 90 Jugendliche vor Ort, weitere 600 Schülerinnen und Schüler beteiligten sich am Live-Stream. Zur Abendveranstaltung kamen freiwillig (!) über 100 Jugendliche.

Die Werbung und der Plan für diese Veranstaltung wurden maßgeblich von Jugendlichen selbst erarbeitet. Dies war nach Meinung der Referentin der Schlüssel für den Erfolg dieser Aktion.



Veranstaltung zur Europawahl „Wer will was?“ im Münchner Haus der Schülerinnen und Schüler  
(Bild: BJR/ Daniel)

### Projekt 2: Beteiligungscoach

Hier werden Jugendliche ausgebildet, die andere Jugendliche bei Partizipationsprojekten beraten sollen (z. B. in Jugendparlamenten). Bisher nutzen 17 Jugendliche diese Ausbildung. Die Gruppe ist sehr vielfältig und unterschiedlich in ihren ehrenamtlichen Erfahrungen, familiären Hintergründen und Wohnorten. Acht der teilnehmenden Jugendlichen sind nicht in Deutschland geboren.

Ziel ist es, die Teilnehmenden zu befähigen, eigene Workshops und Trainings mit Gleichaltrigen durchzuführen und Gemeinden bei der Organisation von Beteiligungsprojekten mit Kindern- und Jugendlichen zu unterstützen (<https://www.bjr.de/service/presse/pressemeldungen/ausbildungsbeteiligungscoach-stark-fuer-die-demokratie-von-morgen>).



Pia Bittner, Bayerischer Jugendring (Bild: apb Tutzing)

Dahinter steht die Idee, dass Gleichaltrige Jugendliche viel intensiver und glaubwürdiger bei Beteiligungsprojekten beraten und mögliche Schwierigkeiten mit ihnen bearbeiten können, als dies professionellen Helfern (z. B. Sozialpädagogen) möglich wäre. Langfristiges Ziel ist es, ein Beratungsnetzwerk für politische Beteiligung aufzubauen, dass die Jugendlichen selbst gestalten.

Die Ausbildung besteht aus zwei Modulen. Vermittelt werden sollen Grundlagen der Kinder- und Jugendbeteiligung sowie Methoden für die Planung und Durchführung von Workshops mit Jugendlichen. Reflexion des eigenen Rollenverständnisses und der eigenen Haltung in Beteiligungsprozessen sind ebenso Teile der Ausbildung. Nach Abschluss erhalten die Teilnehmenden ein Zertifikat und können ihre neu erworbenen Fähigkeiten direkt anwenden.



Teilnehmende am Projekt Beteiligungscoach  
(Bild: BJR/Osternann)

Auch in dieses Projekt muss viel Zeit und Energie investiert werden. Die Teilnehmenden müssen individuell betreut werden, die Beziehungsarbeit ist maßgeblich, wenn man alle mitnehmen will. Zum Beispiel ist es notwendig, Fehlzeiten auszugleichen oder Inhalte nochmal zu vertiefen, wenn sie nicht sofort verstanden wurden. *Protokoll: Peter Herdegen*



## Wie erreichen wir Menschen – und wofür?



Friedemann Brause, Sächsische Landeszentrale für politische Bildung Dresden (Foto: apb Tutzing)

Unter dem Titel „Wie erreichen wir Menschen – und wofür?“ berichtete Friedemann Brause aus der Arbeit des 30-köpfigen Teams der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB). Schwerpunkte der Arbeit sind historische Themen, Innen- und Engagementpolitik, interkulturelle Bildung, Europa und Internationales sowie politische Medienbildung. Ihre Zielgruppen versucht die Landeszentrale durch einen Themen- und Methodenmix, dezentrale Angebote, Dialoge vor Ort sowie eine Vernetzungsplattform zu erreichen.

### Dezentrale Veranstaltungen im ländlichen Raum

Beispielsweise dient das Veranstaltungsformat „Kontrovers vor Ort – Fakten, Thesen, Argumente“ in Sachsen dazu, politische Bildung dort in den ländlichen Raum zu tragen, wo es bisher nur wenige oder gar keine Angebote gab und dabei möglichst viele Akteure politischer Bildung zu vernetzen. Inhalte der Veranstaltungen sind zum Beispiel Diskussionen über in der Bevölkerung kontrovers betrachtete Protestaktionen.

### Spielerische Angebote für Kinder und Jugendliche

Für Kinder ab zehn Jahren wurde das „Sachsen On-

line-Spiel – Das Land und seine Verfassung“ entwickelt, um Kindern auf spielerische Weise zu vermitteln, wie Politik und Demokratie funktionieren, bevor sie in der Schule das Unterrichtsfach Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft (GRW) besuchen. Außerdem können Jugendliche im Alter zwischen 12 und 21 Jahren als Gruppen dreiminütige Filme bei einem Erklärvideo-Wettbewerb einreichen, in denen sie aktuelle politische Themen unterhaltsam erklären. Als Gewinn winken Preise im Wert von 100 bis 300 Euro.

### Schule im Dialog – Angebote für Lehrkräfte

Unter dem Titel „Schule im Dialog Sachsen“ motiviert die Landeszentrale mit den drei Angebotsbausteinen „Bilden“, „Vernetzen“, „Diskutieren“ insbesondere Lehrkräfte, sich professionell mit Aspekten politischer Bildung auf schulischer und überfachlicher Ebene auseinanderzusetzen.



Quelle: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

### Vernetzung

Zur „Partnerkonferenz“ lädt die SLpB jährlich ihre engsten Partner und Multiplikatoren der politischen Bildung und des bürgerschaftlichen Engagements in Sachsen ein. Themen waren unter anderem im Jahr 2023 „Krise der westlichen Wertegemeinschaft? Herausforderungen für Demokratie und politische Bildung“ oder „Zeitenwende? Deutsche Verteidigungspolitik als Leerstelle der politischen Bildung“ im Jahr zuvor.

## Aktivitäten im Wahljahr 2024



Quelle: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Die Europa-Wahl im Juni und die Landtagswahl in Sachsen im September 2024 begleitete die SLpB neben der Bereitstellung von Informationen in Form

von Flyern und Broschüren sowie auf ihrer Website und den Social-Media-Kanälen mit vier „Wahlforen Europa“, 60 „Wahlforen Landtag“ und der Entwicklung des Wahl-O-Mat.

### Offene Fragen hinsichtlich der Wirkung politischer Bildung

Eine drängende Aufgabe sieht Friedemann Brause in der Antwort auf die Fragen, wen das Team der SLpB ansprechen soll und welche Teile der Bevölkerung sich überhaupt ansprechen lassen.

Sicher ist er sich aber darin, dass die Bevölkerung positive Erfahrungen sammeln muss, indem nicht nur geredet wird, sondern Probleme – soweit möglich – gelöst und Visionen aufgezeigt werden.

Weitere Infos unter <https://www.slpb.de>.

Protokoll: Harald Retsch, Würzburg

## Politische Bildung mit Hand, Herz und Verstand – Einschätzungen einer außerinstitutionellen politischen Bildnerin Interview mit Anke Gruber

Anke Gruber verantwortet als Geschäftsführerin bei der „Valentum Kommunikation GmbH“ den Bereich Demokratiebildung. Für die Agentur für Politische Bildung und Kommunikation mit Sitz in Regensburg ist sie seit 2008 nach ihrem Studienabschluss in Geschichts- und Politikwissenschaften tätig.

Die Politikwissenschaftlerin stellte die Inhalte und Arbeitsschwerpunkte des bayernweiten Bildungsprogramms mehrWERT Demokratie unter der Trägerschaft des Bayerischen Schullandheimwerks und hervorgegangen aus dem Wertebündnis Bayern bei der Jahrestagung in Tutzing als einen Beitrag zum Thema „Neue Wege der politischen Bildung“ vor.

Nach einem persönlichen Treffen im September 2024 und im Nachgang zur Tagung konnte Dr. Gabriele Griese-Heindl für die Redaktion des FPU ein vertiefendes Interview mit Anke Gruber in schriftlicher Form führen. Dabei ging es nicht nur um die Vorstellung des inhaltlichen Angebots eines Partners für politische Bildung, sondern auch um die kritische, persönliche Einschätzungen einer politischen Bildnerin zu bestehenden und notwendigen Kooperationen mit unterschiedlichen Akteuren und Entwicklungen auf verschiedenen Ebenen im Kontext politischer Bildung.

Die Antworten, die sich mit dem programmatischen Angebot bzw. der Agentur auseinandersetzen,

finden sich als Zusammenfassung im Infotext am Ende dieses Interviews. Die übrigen Antworten werden unverändert wiedergegeben. Dass die Symbole des ganzheitlichen Ansatzes nach Pestalozzi, Herz, Kopf und Hand, auf den Internetseiten der Agentur immer wieder auftauchen, kommt nicht von ungefähr, wie sich im Interviewverlauf zeigt.



Anke Gruber (Foto: privat)

**„Mündigkeit ist keine Frage des Alters oder der Herkunft oder der Bildung usw.. Es beginnt mit Interesse, Verständnis und vor allem dem Zutrauen, dass ich selbst etwas beitragen kann.“ (Anke Gruber)**



Wenn man junge Menschen ernst nimmt, werden aus Ideen nachhaltige Projekte

**FPU: Die Zielgruppe der Angebote zur politischen Bildung der Agentur sind junge Menschen ab der Sekundarstufe, also u. a. in Mittel- und Hauptschule, Gymnasium, Realschule, Berufsschule. Die grundsätzliche Erreichbarkeit wird durch die Buchung durch Schulen gewährleistet. Wie aber, z. B. durch Themensetzung, erreicht ihr dann die jungen Menschen im konkreten Projekt?**

Anke Gruber (AG): Indem wir ihnen zuhören, sie selbst machen lassen und ihre Meinungen und Anliegen ernst nehmen. Es kommt in den meisten Fällen nicht auf das Thema an, obwohl wir eine Thematik, die an die Lebensrealität der Schülerinnen und Schüler anknüpft, bevorzugen. Wichtig ist im methodischen Mix den Aspekt der „Nachhaltigkeit“ zu fokussieren. Damit meine ich, dass wir versuchen im Rahmen von Ideenwerkstätten das Gehörte, Erlebte und Gedachte der Kurse in konkrete Ideenentwicklung zu münzen. Daraus entstehen Projekte an Schulen, die auch ohne uns die Impulse fortführen.

**FPU: Du hast bei unserem Treffen erzählt, dass auch verstärkt Firmen euer Angebot nutzen. Demokratie und das Verständnis der Auszubildenden dafür zu fördern ist offenbar den Unternehmen im wahrsten Sinne des Wortes „mehrWERT“. Werdet ihr auch von außerschulischen Akteuren ohne konkreten Bildungsbezug, z. B. von Sportvereinen gebucht?**

## mehrWERT<sup>+</sup>

# DEMOKRATIE

Gemeinsam für eine starke Demokratie

AG: Ja, wir arbeiten schon seit mehreren Jahren mit Unternehmen in Bayern zusammen, die neben der fachlichen Ausbildung ihre jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im „Erwachsenwerden“ unterstützen möchten. Seit etwa einem Jahr erreichen uns diese Anfragen vermehrt. Daneben immer mehr Schulen und Institutionen, die in der Lehrkräfteausbildung tätig sind. Außerdem außerschulische Einrichtungen wie beispielsweise Pfadfinderinnen und Pfadfinder, kommunale Jugendvertretungen oder kommunale Einrichtungen, die Jugendpartizipation aufbauen

oder unterstützen wollen.

**FPU: Welche Unterschiede siehst bzw. erlebst du/ihr zwischen einzelnen Gruppen, z. B. Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums vs. der Berufsschule? Gibt es Unterschiede, wenn die Angebote in schulischen bzw. unternehmerischen Settings durchgeführt werden?**

AG: Inhaltlich gibt es keine Unterschiede, wenn sich etwas sagen lässt, dann vielleicht nur, dass es im Unternehmenskontext ein bisschen weniger laut ist. Gruppenunterschiede gibt es aufgrund der Vorkenntnisse der Teilnehmenden und hier beispielsweise im Gymnasium in der Herangehensweise an die Aufgabenstellungen. Im Gegensatz dazu bringen Berufsschülerinnen und Berufsschüler aber konkrete Probleme oder Fragen aus der Berufswelt und verschiedenen Branchen mit. Letztendlich ist es aber unserer Meinung nach egal, mit welcher Gruppe wir arbeiten, denn das Ziel ist immer, mit dem Menschen/den Menschen, egal welchen Bildungsstands, über das zu reden, was uns in Deutschland alle eint: das demokratische System, in dem wir alle Bürgerinnen und Bürger sind, egal ob noch nicht oder schon wahlberechtigt. Denn Mündigkeit ist für mich keine Frage des Alters oder der Herkunft oder der Bildung usw. Es beginnt mit Interesse, Verständnis und vor allem dem Zutrauen, das man selbst etwas beitragen kann.

Demokratieförderung und Engagement für Demokratie als Motivation, Selbstwirksamkeit als Kriterium für Erfolg

**FPU: Eure Projekte werden gebucht, gefördert, bezahlt, sicherlich daher auch evaluiert. Was erlebst du/erlebt ihr als Motivation von Seiten der Kunden euch zu buchen?**

AG: Zunächst war es oft der Wunsch, politische Entscheidungsprozesse, die oft als „sperrig“ angesehen werden, zu veranschaulichen (z. B. den EU-Gesetzgebungsprozess). Mittlerweile hat sich aber die Motivation dahingehend verändert, dass es um allgemeines Demokratieverständnis geht, welches Prozesse, Werte und Engagement für die Demokratie beinhaltet.

**FPU: Wann erlebst du/erlebt ihr ein Projekt als echten Erfolg?**

AG: Wenn Teilnehmende angeben, dass sie zu Beginn keine rechte Lust auf den Tag oder die Tage hatten und sie sich dann aber im Laufe der Zeit immer mehr eingelassen und Spaß daran gefunden haben, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen.

Dass sie sich verstanden und gehört fühlen und dass sie motiviert nach Hause gehen.

**FPU: Welche Rolle spielt aus deiner Sicht Selbstwirksamkeit innerhalb eurer Projekte?**

AG: Das schönste Erlebnis war die Rückmeldung einer Schülergruppe einer Mittelschule, die zu Beginn eines Planspiels folgende Bemerkung ihres Lehrers hören musste: „Herrje, ich glaube, das ist wirklich einfach zu schwer für euch, das schafft ihr nie!“. Sie haben sich nach Ende eines sehr intensiven Tages dafür bedankt, dass sie die Erfahrung haben machen dürfen, an sich und ihre Fähigkeiten zu glauben, dass sie sich motiviert fühlen, mehr über Politik und die Demokratie zu sprechen und eine Demokratie-AG gründen wollen.

Selbstwirksamkeit ist einer der wichtigsten Faktoren unserer Arbeit. Die fängt bei uns an, weil wir motiviert sind und Spaß daran haben, mit Teilnehmenden zu arbeiten und nach anstrengenden Tagen glücklich ins Büro kommen.

Bei den Teilnehmenden ist es ebenso ein wichtiger Faktor, da sie im Rahmen der Angebote Sinnhaftigkeit in den Themen sehen – meistens ja auch schon vorher – und dann verstehen, dass sie Teil des Ganzen sind und etwas bewirken können. Wichtig ist in dem Zusammenhang die sogenannte dritte Säule unserer Angebote, nämlich das Herausstellen des Engagements für die Demokratie, ohne das es keine geben würde. Neben dem Engagement für die Demokratie wird nicht zuletzt seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine die Wehrhaftigkeit der Demokratie für die jungen Menschen (und auch für Erwachsene) ersichtlicher.

Ein weiteres Beispiel kann ich aus dem unternehmerischen Kontext nennen: Hier haben wir zunächst das Thema „Demokratie und gesellschaftliche Werte“ behandelt, im Anschluss wurden diese Werte mit der Philosophie und den Werten des Unternehmens zusammengebracht. In einer Ideenwerkstatt setzten sich die Teilnehmenden mit den Werten auseinander und entwickelten Vorschläge, die dem Vorstand in der Präsentationsphase vorgestellt wurden. Dabei sind zwei Ideen so gut angekommen, dass sie tatsächlich vom Unternehmen umgesetzt wurden. In diesem Fall ist die (Selbst)Wirksamkeit direkt zu sehen. Das gelingt aber natürlich nicht immer.

**Nachhaltige Demokratieförderung braucht Zusammenarbeit und Zusammenhalt**

**FPU: Nachhaltigkeit im Sinne der längerfristigen Wirksamkeit ist im pädagogischen, bildenden Kontext ein wünschenswertes Ziel, das oftmals kaum zu**



Anke Gruber im Gespräch mit Benjamin Holm (Foto: apb Tutzing)

**kontrollieren ist. Wie geht es an den unterschiedlichen Institutionen weiter, wenn das Projekt abgeschlossen ist? Welche Rolle spielen Lehrkräfte und Eltern bei euren Angeboten? Wäre es im Sinne einer nachhaltigen Strategie sinnvoll Erziehungsberichtigte mit in die Angebote einzubeziehen?**

AG: Eine gute Frage! Wie beschrieben ist Nachhaltigkeit nicht oder wenig kontrollierbar und vor allem für außerschulische Anbietende ein Problem oder eine Herausforderung. Daher spielen Lehrkräfte für uns eine sehr wichtige Rolle, weil sie die langfristige Wirksamkeit unterstützen müssen. Da wir Schulen haben, die unsere Angebote immer wieder buchen, sind in einigen Fällen auch Schülerinnen und Schüler unter den Teilnehmenden, die wir bereits kennen. Über die Ideenwerkstatt am Ende der Kurse versuchen wir, die Motivation aus den Kursen in die Schulen zu übertragen. Wir kennen Fälle, in denen es tatsächlich zu Projektumsetzungen geführt hat. Möglichkeiten sind aber auch die Weiterleitung der jugendlichen Ideen an politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger, die Zusammenfassung mehrerer Ergebnisse zu sogenannten Jugendstrategien oder das Fördern von B2B-Projekte an Schulen usw. Das Einbeziehen von Eltern haben wir (bisher) noch nicht gehabt, halte ich aber für eine sinnvolle und noch zu wenig beachtete Größe im politischen Bildungsspiel.

**Demokratieförderung und politische Bildung – Aufgabe und Herausforderung für (fast) alle**

**FPU: Zu Demokratiepädagogik/-bildung – gerade auch in der Schule – gibt es viele Informationen und Initiativen, so dass man den Eindruck gewinnen könnte, alle Schulen seien sich der Relevanz bewusst und agieren entsprechend. Wie ist deine persönliche Einschätzung?**

AG: Puh, das Bewusstsein, das wir als Gesellschaft

etwas tun müssen, ist definitiv größer geworden. Das sieht man auch in der Erweiterung der Zielgruppen. Zum Beispiel bekommen wir immer mehr Anfragen von Seminarlehrkräften für Angebote in der Ausbildung von Lehrkräften. Hier sind die Themen „Haltung zeigen“ und „Umgang mit Schülerinnen und Schülern bei demokratiefeindlichen Aussagen“ im Fokus. Daneben gibt es aber auch Lehrkräfte, die Angebote in der Schule oder in Schullandheimen buchen und uns dann mit der Gruppe einfach allein lassen. Ebenso bekommen wir von den Schülerinnen und Schülern die Rückmeldung, dass Lehrkräfte nicht auf ihre Fragen antworten wollen oder können und sie an PuG-Lehrkräfte vermitteln, die ja dafür da sind. Ob die Verfassungsviertelstunde im Rahmen einer fächerübergreifenden Demokratiepädagogik behilflich sein kann, hängt meiner Meinung nach vor allem von der Schule ab. Denn hier bekommen wir unterschiedliche Rückmeldungen: Entweder es klappt gut und eine Schule hat sich ein Gesamtkonzept überlegt, welches auch fächerübergreifend greift, oder es klappt nicht, weil die Lehrkräfte allein gelassen werden. Ebenso nehmen die Anfragen aus den Grundschulen zu. Hier haben wir seit mittlerweile 3 Jahren in Kooperation mit dem Kultusministerium, ISB, ALP und der Stiftung Wertebündnis Bayern einen Qualifizierungslehrgang für Grundschullehrkräfte konzipiert und umgesetzt, bei dem als Nebeneffekt für mehrWERT Demokratie ein Angebot für Grundschulen in Schullandheimen herausgekommen ist (<https://www.mehrwert-demokratie.de/auftaktdes-zweiten-qualifizierungslehrgangs-demokratielernen-und-partizipation-in-der-grundschule/>).

**FPU: Bildung, eben auch Demokratiebildung und politische Bildung, findet situiert statt und Rahmenbedingungen verändern und beeinflussen die konkrete Arbeit. Hat bzw. was hat sich über die Jahre hinweg für eure Arbeit, positiv wie negativ, verändert?**

AG: Krisen haben immer Auswirkungen, zum Beispiel auf Finanzierungsfragen: So wurden nach der Finanz- und Bankenkrise öffentliche Ausgaben im Bildungsbereich reduziert, so dass weniger Geld an externe Anbietende weitergegeben wurde. Die Pandemie hat uns ebenso wie die Schulen vor die Herausforderung gestellt, digitale Angebote neu zu entwickeln oder die vorhandenen für die Kommuni-

kation über Videotools anzupassen. Aktuell werden die Anfragen immer mehr, die Relevanz des Themas ist überall in der Gesellschaft les- und spürbar. So kommen vermehrt Institutionen und beispielsweise auch Unternehmen auf uns zu. Die Einstellungen der Jugendlichen haben sich im Sinne von allgemeinem Interesse an politischen Themen aber nicht wirklich verändert. Damit meine ich, dass die Jugend nicht mehr oder weniger politisch geworden ist. Jedoch hat sich die Einstellung zu Themen verändert, was sich im Wahlverhalten der Jungwählerinnen und Jungwähler zeigt. Bis vor etwa 2 Jahren etwa hatten wir eher vereinzelt mit extremen Aussagen zu tun. In den letzten Monaten werden wir aber mit einer Umkehr der Meinungsmehrheit konfrontiert, d. h. wir müssen vermehrt mit populistischen, radikalen oder auch extremen Aussagen umgehen.

**„[...] der Fokus liegt im tatsächlichen Interesse am Gegenüber [...] Das erfordert Wissen, Haltung und Mut, Bereitschaft und Zeit.“ (Anke Gruber)**

### Ziele

Hauptziel von mehrWERT Demokratie ist die Förderung einer demokratischen Werthaltung. Grundlegend ist der Dreiklang „Werte und Prinzipien der Demokratie“, „Gefährdung der Demokratie“ und „Engagement und Einsatz für die Demokratie“.

**FPU: Wir erleben aktuell multiple Krisen und politische Polarisierung. Was siehst du als größte aktuelle Herausforderung im Rahmen der Demokratiebildung, der politischen Bildung? Wie blickst du/blickt ihr als Team auf die aktuelle politische Lage?**

AG: Was die Polarisierung betrifft: Verhärtete Fronten und das Schwerer werden des Zulassens anderer Meinungen – egal in welche Richtung, das sind die großen aktuellen Herausforderungen. Daneben sehe ich mit die größte Herausforderung in der Denkweise, was politische Bildung ist oder überhaupt leisten soll. Damit meine ich, dass wir immer als Erwachsene oder als Wissende auftreten und in unseren Köpfen von einem Defizit beim Gegenüber ausgehen: Du hast keine Ahnung von politischen Prozessen und unserer Demokratie, daher bin ich hier, um Dir aufzuzeigen, was Du nicht weißt. Wenn Du mir gut zuhörst und verstehst, dann wird alles besser. So ist das aber nicht und die Frage nach dem Erreichen von Zielgruppen liegt weder im zugeschnittenen thematischen Angebot noch in der passgenauen Methode, sondern der Fokus liegt im tatsächlichen Interesse am Gegenüber und dem Aufwand, den man persönlich bereit ist zu leisten. Das erfordert Wissen, Haltung und Mut, Bereitschaft und Zeit.



**FPU: Mit welchen Auswirkungen (aufgrund der politischen Lage) rechnet ihr für euch und für euer Tätigkeitsfeld in Zukunft? Wie wollt ihr damit umgehen, darauf reagieren?**

AG: Wir als Durchführende müssen genau das oben Beschriebene mitbringen. Es reicht nicht (mehr) einen komplexen Sachverhalt vereinfacht darzustellen und zu erläutern, sondern es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Frage, in welchem System und zu welchen Bedingungen wir leben möchten. Und darum, ob wir Ängste und Sorgen von Menschen aufnehmen und ernstnehmen und trotzdem Pluralismus und die Freiheit für alle garantieren können. Das alles in einem eintägigen – manchmal einstündigen – Angebot unterzubringen, wird nicht funktionieren und es bedarf wie oben beschrieben einer gemeinsamen Strategie aller Beteiligten, um die Demokratie zu schützen, gar zu retten.

Zusammen ist man stärker – Politische Bildung und Demokratieförderung als langfristige gesamtgesellschaftliche Aufgabe

**FPU: Was würdest du dir allgemein für Schule, KiTa etc. wünschen, damit Demokratiebildung und politische Bildung nachhaltig gelingen können? Was ist aus deiner Sicht notwendig, dass das Verstehen und Schätzen von Demokratie und Vielfalt nachhaltig im Sinne eines ganzheitlichen Konzepts gefördert wird?**

AG: Ein Umdenken vom Einzelkämpfenden zu mehr fächerübergreifender Zusammenarbeit bei gesellschaftspolitisch relevanten Themen. Mehr Haltung und keine Angst vor Positionierung. Vorbild sein. Das erfordert aber auch von den Lehrkräften und Erziehenden einiges an Wissen und an Mündigkeit. Daher muss auch der Staat mehr Angebote für die Personen zur Verfügung stellen, die mit jungen Menschen arbeiten, denn wenn hier Unsicherheiten herrschen, kann es nicht im Sinne einer Erziehung und eines Unterrichts bildend weitergegeben werden. Schaut man ganzheitlich auf die Materie wird schnell deutlich, es fehlen die Eltern und Familien, die in diesen Überlegungen (noch) völlig außen vor sind – und man gibt gern die Verantwortung an die Lehrerinnen und Lehrer einfach ab.

**FPU: Netzwerke, Partnerschaften und Arbeit in multiprofessionellen Teams gehören zu den Notwendigkeiten und Bedingungen erfolgreichen**

**Arbeitens. Welche Rollen spielen bei eurer Arbeit Netzwerke, Partner etc.?**

AG: Wir nutzen Netzwerke und Partnerschaften, um vor allem inhaltliche Expertise in die Kurse und Seminare zu integrieren, die wir selbst nicht abdecken können. Zum Beispiel arbeiten wir im Themenfeld Extremismus mit der Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) zusammen. Wir integrieren in die Kurse so oft es geht politische Repräsentantinnen und Repräsentanten, die als Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner mit den Teilnehmenden diskutieren. Dabei ist es sehr wichtig, dass durch vorbereitende Module die jungen Menschen auf Augenhöhe mit den Politikerinnen und Politikern diskutieren können.

### Zielgruppe

Schülerinnen und Schüler, Jugendgruppen, Auszubildende, Studierende, Referendare, Lehrkräfte, Menschen mit Behinderung, Geflüchtete oder internationale Gruppen

**FPU: Welche Vor- und Nachteile bzw. Probleme ergeben sich (für euch) als „Unternehmen“, das als Anbieter politischer Bildung auftritt?**

AG: Als Unternehmen kommen wir (mittlerweile aber immer weniger)

manchmal in eine Rechtfertigungssituation, bei der wir beantworten müssen, warum wir als privates Unternehmen politische Bildung anbieten und das natürlich auch etwas kostet. Mit steigender Notwendigkeit der Problemlösung erleben wir aber vermehrt Zuspruch aufgrund unserer professionellen Umsetzung. Ein Problem ist die unbeständige Projektförderung, die viele Angebote wieder vom Markt verschwinden lässt. Hier spielt meiner Meinung nach auch die Leistungsfähigkeit eine Rolle, damit meine ich, dass stark wechselndes Personal (zum Beispiel Studierende) Qualitätsschwankungen oder im schlechtesten Fall einen Qualitätsverlust begünstigt. Gleichzeitig ist es ein Thema der Arbeitsplatzsicherheit und der Familienfreundlichkeit, wenn Förderungen mit recht kurzen zeitlichen Fristen versehen werden. Das alles ist in einem unternehmerischen Kontext mit mehreren Standbeinen besser zu händeln.

Der (notwendige) Blick über den Tellerrand – Zur Tagung in Tutzing

**„[...] die Diskrepanz zwischen der wissenschaftlichen und der praktischen Herangehensweise an das Thema „Politische Bildung“ ist noch viel zu groß“ (Anke Gruber)**

**FPU: Worin siehst du den Wert der Jahrestagung für euer Unternehmen bzw. für mehrWERT Demokratie?**

AG: In der Bekanntmachung des Bildungsprogramms und unserer Angebote von Valentum Kommunikation allgemein. Dass Menschen schon mal von uns gehört haben, denn wir gehen aktuell weder bei mehrWERT Demokratie noch als Valentum groß in die Akquise, sondern reagieren auf Anfragen.

**FPU: Welche Angebote fandest du besonders gewinnbringend?**

AG: Die Einblicke in die tatsächliche Arbeit anderer Bereiche, in denen wir nicht selbst unterwegs sind, zum Beispiel Inklusion, Digitales, um unser Netzwerk zu erweitern und ggf. Dinge gemeinsam zu umzusetzen.

**FPU: Sollten „institutionalisierte“ und „freie“ politische Bildnerinnen und Bildner enger zusammenarbeiten? Konnte die Tagung dazu einen Beitrag leisten?**

AG: Ja, da kann ich eindeutig sagen, das sollten sie! Die Tagung hat auf jeden Fall einen Raum zum Kennenlernen und Austausch geschaffen. Man hat aber auch gemerkt, dass es noch viel zu tun gibt und vor allem die Diskrepanz zwischen der wissenschaftlichen und der praktischen Herangehensweise an das Thema noch viel zu groß ist: Denn, in der täglichen Arbeit mit Menschen und deren Auffassungen und Meinungen ist zum Beispiel die Frage nach der polyperspektivischen Definition des Begriffs Widerstand irrelevant.

**FPU: Welchen Mehrwert hast du als Referentin und als Teilnehmerin aus der Teilnahme in Tutzing für dich und deine Arbeit gewinnen können?**

AG: Kontakte und Reflexion unserer Arbeit und darüber hinaus die Reflexion über die Erfolgsaussichten unserer ganzen Arbeit.

Auch der politische Diskurs muss von Respekt geprägt sein

**„Es gibt einen Rahmen, in dem wir uns bewegen und den geben die freiheitlich demokratische Grundordnung und unser Grundgesetz vor. Handlungen außerhalb dieses Rahmens müssen entschieden sanktioniert werden.“ (Anke Gruber)**

**FPU: Abschließende Frage, Bitte um ein Statement: Was wünschst du dir von den demokratischen Parteien in Zukunft im Sinne einer Positionierung?**

**Auch damit Bemühungen deiner/eurer Arbeit noch nachhaltiger und fruchtbarer sein können.**

AG: Ganz klar, es gibt einen Rahmen, in dem wir uns bewegen und den geben die freiheitlich demokratische Grundordnung und unser Grundgesetz vor. Handlungen außerhalb dieses Rahmens müssen entschieden sanktioniert werden. Mit klaren und für alle nachvollziehbaren Instrumenten. Daneben brauchen wir Haltung und entschiedenes Vorgehen, keine Winddreherei. Besonders wichtig ist für mich auch die Frage des Auftretens und der Sprache. Hier muss eine konsequente Negierung jeglicher diskriminierender, gewaltverherrlichender, kompromittierender, diffamierender usw. Wortwahl durchgesetzt werden. Wir müssen ohne diese verbalen Entgleisungen streiten – weh tut es schon genug.

Ein Blick in die Erziehung unserer Kinder genügt dabei: Hier streben 99% der Eltern an, unter anderem ihnen respektvollen Umgang beizubringen. Und wir Erwachsene vergessen dies über dem politischen Diskurs allzu leicht.

**FPU: Vielen herzlichen Dank für die vertieften und auch persönlichen Einblicke.**

Politische Bildung und Mündigkeit bedeutet (auch) emotionale Intelligenz, analytisches Denken und Handlungsfähigkeit zu berücksichtigen, also ganz im Sinne der Reformpädagogik Lernen mit Herz, Kopf und Hand möglich zu machen.

Interview: Gaby **Griese-Heindl**, Regensburg

Die Valentum Kommunikation GmbH ist eine inhabergeführte Agentur für politische Bildung und Kommunikation und Anbieterin von Angeboten zur Demokratieförderung. In ein- und mehrtägigen Seminaren mit verschiedenen methodischen Workshop- und Werkstattformaten bieten die insgesamt 20 Beschäftigten politische Bildung für junge Menschen. Dabei verfügen die Mitarbeitenden über eine entsprechende Ausbildung aus dem Bereich der Politikwissenschaft und Pädagogik.

Bereits seit 2011 gehören zum Angebot Plan- und Rollenspiele, die aktuelle politische Themen fokussieren.

Weitere Infos: [www.mehrwert-demokratie.de](http://www.mehrwert-demokratie.de) und [www.valentum-kommunikation.de/politische-bildung](http://www.valentum-kommunikation.de/politische-bildung)



**VALENTUM** KOMMUNIKATION  
Marketing. Design. Event.



## Beispiele aus der Praxis von „Arbeit und Leben“



Benjamin Holm (Quelle: [hamburger-mit-herz.de](https://hamburger-mit-herz.de))

**B**enjamin Holm: Diplom Kulturwissenschaftler, stellvertretender Geschäftsführer von „Arbeit und Leben Hamburg“. Gegründet wurde die Vereinigung „Arbeit und Leben“ vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und dem Deutschen Volkshochschulverband im Jahr 1948. Der Bundesarbeitskreis „Arbeit und Leben“ ist der Dachverband der 14 Landesverbände von „Arbeit und Leben“ und ca. 100 örtlichen Organisationen. Arbeitsschwerpunkte liegen in der allgemeinen politischen und sozialen Bildungsarbeit und an der Schnittstelle zu beruflicher und arbeitsweltbezogener Bildung. Ziel des Verbandes ist die Stärkung der Demokratie. Er führt zu diesem Zweck Bildungs- und Beratungsprojekte durch (vgl.: <https://hamburg.arbeitundleben.de/home/leitbild/>).

Der Referent betont, dass es dabei wichtig sei, demokratische Teilhabe für alle zu ermöglichen. Eine Kultur der Partizipation zielt auf Demokratisierung aller Lebensbereiche:

- Teilhabe an und in der Gesellschaft,
- Teilhabe in der Arbeitswelt,
- Teilhabe am kulturellen Leben,
- Teilhabe im Netz (Internet).

Welche Arbeitsfelder gibt es in Hamburg?

### Politische Bildung

Hier wenden sich zum Beispiel Firmen an den Verein „Arbeit und Leben“ und bitten ihn, Seminare zu bestimmten Themen (z. B. Rassismus) zu organisieren und Probleme in der Firma gemeinsam mit den Beschäftigten zu bearbeiten. Beispiel: Projekt Sauber!

(Zusammenarbeit mit Reinigungsfirmen)

### Fairer Arbeitsmarkt

In der Servicestelle Arbeitnehmerfreizügigkeit werden Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen über ihre Rechte beraten (z. B. Arbeitsvertrag, Arbeitsbedingungen, Entlohnung, Urlaub etc.).

### Bildung international

Hier werden vom Team „Ahoi Hamburg“ interkulturelle Begegnungen und internationaler Austausch organisiert. Zielgruppe sind junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Auszubildende und interessierte Jugendliche, die bislang wenig Auslandserfahrung haben (<https://arbeitundleben.de/arbeitsfelder/internationale-bildung/internationale-jugendbegegnung>).

### Grundbildung & Teilhabe

Das Team der Beratungsstelle „handicap“ berät und unterstützt Betriebsräte, Personalräte und Schwerbehindertenvertretungen rund um die Fragen von Inklusion und Teilhabe in Betrieben.

Folgende Punkte sind nach Meinung des Referenten notwendig, um all diese Aktivitäten bewältigen zu können:

- ein klarer Wertekompass (Leitbild);
- engagierte, qualifizierte und sich weiterqualifizierende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; Bereitschaft zur Aufsuchenden Arbeit (viele Abend- und Wochenendtermine, Fragen der Erreichbarkeit);
- ein gut organisierter Verband, der die Akquise von Projekten bewältigen kann;
- Netzwerke in (Bildungs-)Politik, Schule und Verwaltung sowie zu Netzwerk-Partnern;
- Zugänge zu den Zielgruppen und eine zielgruppenspezifische Ansprache;
- der Mut, neue Dinge auszuprobieren (Modellprojekte);
- der Entschluss, das Internet nicht den Bildnern von Meta und Tiktok zu überlassen.

Protokoll: Peter **Herdegen**

**Quelle:** Benjamin Holm (2024): Präsentation „Beispiele aus der Praxis von Arbeit und Leben“. Fachtagung von APB Tutzing, DVPB Bayern und der Europäischen Akademie Bayern „Andere Pfade für die politische Bildung - Wie lassen sich Zielgruppen besser erreichen?“

## Praktiken gelungener Zielgruppenansprache

### Diskussion mit Pia Bittner, Friedemann Brause, Anke Gruber und Benjamin Holm

In der Diskussion ging es vor allem um die Fragen: Wen erreichen wir? Was passiert nach bestimmten Aktivitäten?

Friedemann Brause betonte, dass es darauf ankommt, dass nach Veranstaltungen, die die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern fördern sollen, nachgefragt wird, was nach dieser Veranstaltung passiert ist, ob die Aktivitäten eine langfristige Wirkung zeigten.

Pia Bittner hat die Erfahrung gemacht, dass es wichtig ist, die Jugendlichen selbst als „Fachkräfte“ für Beratung und Weiterbildung auszubilden, um so an Jugendliche heranzukommen, die für politische Themen interessiert werden können.

Anke Gruber will Lehrkräfte mehr dazu motivieren, an Aktionen zu politischen Fragestellungen, die von außerschulischen Trägern in der Schule organisiert werden, auch selbst teilzunehmen.

Auf die Frage, von Fritz Wöfl, wo denn die rote Linie bei den inhaltlichen Angeboten bestehe, wann niederschwellige Angebote das Politische verfehlten, war der Großteil der Diskutanten der Meinung, dass eine „rote Linie“ kaum gezogen werden könne. In praktisch jedem Thema sei auch ein politischer Aspekt zu entdecken. Immer wenn Menschen miteinander reden, kontrovers diskutieren und sich dabei bemühen die Perspektiven der anderen zumindest wahrzunehmen, findet politische Bildung statt.

Im Hinblick auf die Akquise und die Finanzierung von Projekten wies Anke Gruber darauf hin, dass der

Aufwand, der zu leisten ist, um an Ausschreibungen für öffentliche oder private (Stiftungen) Projekte, teilzunehmen, sehr unterschiedlich sein kann. Der Umfang der Anträge, die für solche Projekte geschrieben werden müssen, schwankt zwischen einer und 120 Seiten.

Der BJR wird überwiegend aus öffentlichen Mitteln des Kinder- und Jugendprogramms des Freistaats Bayern finanziert. Hier besteht die „Akquise“ von Projekten vor allem aus einer engagierten Lobbyarbeit.

Anke Gruber wies darauf hin, dass immer mehr Unternehmen politische Bildung für ihre Auszubildenden organisieren. Wichtig wäre es, dies auf alle Arbeitnehmer auszuweiten.

Friedemann Brause schätzt, dass in Sachsen 80-90% der Kosten, die für die politische Bildung anfallen, durch den Staat finanziert werden. In Ost-Deutschland ist die Stiftungslandschaft nicht sehr ausgeprägt. Die kapitalstarken Stiftungen sitzen im Westen. Diese sind für Themen, die vor allem Ost-Deutschland bzw. die „neuen“ Bundesländer angehen, nur sehr punktuell zu interessieren (z. B. Landtagswahlen).

Benjamin Holm machte am Schluss darauf aufmerksam, dass Träger der politischen Bildung durch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt beim Fundraising und bei Kooperation mit Firmen unterstützt werden können.

*Protokoll: Peter Herdegen*

---

## Grußwort von Holger Kiesel, Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung

„Es ist nicht selbstverständlich, dass Menschen mit Behinderung in den Blick geraten, wenn es um politische Bildung geht“, meinte Holger Kiesel in seinem Grußwort, umso mehr freue er sich, dass sie bei dieser Tagung Berücksichtigung fänden. Er bedauere, dass Menschen mit Beeinträchtigungen in der Öffentlichkeit oft unterrepräsentiert sind. „Ich möchte dazu ermuntern, alle Chancen zu nutzen, um ihnen - egal bei welcher Art der Behinderung - Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen.“

Dafür, dass Behinderte in Veranstaltungen der

politischen Bildung unterrepräsentiert sind, macht Holger Kiesel die mangelnde Barrierefreiheit verantwortlich, die auch bei digitalen Veranstaltungen nicht immer gegeben ist. Eine vollständige Barrierefreiheit sei zwar schwer zu erreichen, es sei aber für den Anfang hilfreich, wenn Teilnehmende mit Behinderungen nach ihren Wünschen und Erfahrungen in Veranstaltungen befragt werden und dann entsprechende Konsequenzen gezogen werden. Wichtig sei es für Veranstalter der politischen Bildung, an einer bestimmten Stelle mit der Organisation von Barriere-



Holger Kiesel (Bild: apb Tutzing)

refreiheit anzufangen. Am besten beginne man bei den konkreten Bedarfen, die von Teilnehmenden mit Behinderungen bei entsprechenden Veranstaltungen angemeldet werden.

Der Referent führte weiter aus:

Bei vielen Menschen mit Behinderungen wird in der Kindheit und Jugend kognitive Bildung vernachlässigt, weil vorwiegend und intensiv an körperlichen

Defiziten gearbeitet wird. Deshalb ist politische Bildung im Erwachsenenalter bei dieser Zielgruppe um so wichtiger.

Behinderte leben auch oft in geschlossenen Einrichtungen (Wohnheime), die sie selten verlassen. Eine Kooperation zwischen Trägern der politischen Bildung und solchen Einrichtungen könnte auch für diese Menschen Zugänge zur politischen Bildung eröffnen.

Entscheidend ist natürlich auch, dass die Träger der politischen Bildung nicht auf den Kosten sitzen bleiben, die erforderlich sind, wenn Barrierefreiheit hergestellt werden soll. Deshalb müssen öffentliche Gelder z. B. über die bayerischen Bezirke mobilisiert werden.

Am Schluss des Grußwortes stand ein Appell an die Träger der politischen Bildung, Netzwerke zu knüpfen und Kooperationen einzugehen, um die Belange der Menschen mit Handicaps bei Veranstaltungen der politischen Bildung berücksichtigen zu können.

Protokoll: Peter Herdegen/ Fritz Wölfl

## Handlungsfelder für die politische Bildung erschließen Podiumsdiskussion

Christina Ponader und die „Demokratie-Werkstatt für alle“: Teilhabe fördern - Menschen mit Beeinträchtigungen und politische Bildung



Christina Ponader – „Demokratie-Werkstatt für alle“ (Bild: apb Tutzing)

Ein passendes Beispiel zu Holger Kiesels Appell und einer inklusiven politischen Bildung lieferte anschließend Christina Ponader, Leiterin des Netzwerks Inklusion im Landkreis Tirschenreuth.

Sie stellte die von ihr geleitete „Demokratie-Werkstatt für alle“ vor. Dort arbeiten seit etwa 10 Jahren Menschen mit und ohne Behinderung ehrenamtlich zusammen. Die Werkstatt gehört zu einem breiten Netzwerk mit 25 Kooperationspartnern, ihre Leitungsstelle wird von der Lebenshilfe Tirschenreuth und dem Landkreis finanziert. Zum Netz gehören



Teilhabe, Selbstbestimmung und Lebensqualität – die Kernelemente von Inklusion wurden im Workshop „Vom Glück dazuzugehören“ für die Teilnehmer der „Demokratie-Werkstatt für Alle“ mit dem Netzwerk Inklusion erlebbar.

Quelle: Demokratie-Werkstatt Tirschenreuth

u. a. Werkstätten, Volkshochschule, Selbsthilfegruppen ebenso wie der Kreisjugendring, Vereine oder das SOS-Kinderdorf. Ein Schwerpunkt ist Demokratieförderung im weitesten Sinn für Menschen mit kognitiven Einschränkungen. Die Leiterin stellte die besonderen Bedingungen vor, so braucht es jeweils besondere Überlegungen zu Themen, Sprache und Methoden. An Beispielen erläuterte sie die Heterogenität ihres Publikums und die graduellen Unterschiede bei Behinderungen und die damit verbundenen Herausforderungen. Zu achten ist auf eine gut verständliche Sprache in Wort und Schrift, auf Bildlichkeit und Anschaulichkeit, auf ein angemessenes Tempo, auf Möglichkeiten der Partizipation und der Handlungs- und Erlebnisorientierung. Die Angebote sind niedrigschwellig, aber fokussiert, so z. B. wenn drei Gruppen zum Einkaufen für eine Brotzeit für 10 Personen geschickt werden, jeweils in einen Großmarkt, einen Discounter und einen Eine-Welt-Laden. Oder wenn vor Wahlen in einer Veranstaltung „Fragen an die Kandidaten“ gestellt werden. Bei Fahrten vertieft man an Ort und Stelle Themen wie Heimat, Energieerzeugung, Müllverwertung, soziale Verantwortung, nachhaltiger Konsum, Nahverkehr oder das Engagement im vorpolitischen Raum. Meist finden die Workshops und Fahrten einen geselligen Abschluss. Besuche im ehemals geteilten Mödlareuth oder in der Gedenkstätte KZ Flossenbürg brauchen besondere Methoden, eine überlegte Vorbereitung sowie ein gutes Fingerspitzengefühl. Die „Demokratie-Werkstatt für alle“ beteilige Menschen mit Beeinträchtigungen auch bei mehreren Filmprojekten („Orte der Verantwortung“) und beziehe sie nach ihren individuellen Möglichkeiten bei Themen, Methoden und Gestaltung ein, so dass ein hoher Erlebniswert entsteht. Das breit geknüpft Netzwerk erleichtere es, Publikum und Interesse zu finden. Würden Menschen mit Einschränkungen eigens eingeladen, so fühlten sie sich ernstgenommen. Gleichzeitig, so berichtete Christina Ponader, gehe sie mit einschlägigen Themen an die Öffentlichkeit, an Redaktionen und Verwaltungen, an Personalabteilungen und Kommunen, um die Teilhabe in Staat und Gesellschaft für alle Bevölkerungsgruppen voran zu bringen.

### Willi Dräxler: Zuhören, Interesse zeigen, präsent sein, Zusammenhänge herstellen

Ganz ähnlich ist auch das Vorgehen, mit dem der nächste Referent sich Handlungsfelder für die politische Bildung erschließt und pflegt. Willi Dräxler, Referent für Migration, Caritasverband der Erzdiö-



Wilhelm Dräxler – Caritasverband der Erzdiözese München und Freising (Bild: apb Tutzing)

Zusammenhalt zu gewinnen? Lisa Rubin ist selbst blind, eines ihrer Ziele ist eine barrierefreie Stadt. Am Beispiel einer in Fürstenfeldbruck umstrittenen Brücke über die Amper veranschaulichten beide, wie sie sich als „Brückenbauer“ zwischen Positionen verstehen. Als Initiator und Verantwortlicher der „Leitlinien zur Förderung der Stadtgemeinschaft“ könne er an vielen Stell-schrauben in der Stadt Fürstenfeldbruck drehen, so etwa um ein Integrationskonzept umzusetzen. Sie seien beide fest in



Lisa Rubin, Stadträtin Fürstenfeldbruck (Bild: apb Tutzing)

der Stadtgesellschaft verankert, kennen ganz unterschiedliche Lebenszusammenhänge, organisieren zusammen mit Vereinen, Verbänden und Initiativen das Stadtleben, stellen Kontakte zu Stadtrat und Verwaltung und Behörden her. Das brauche Zeit und nochmals Zeit. Sie würden sie gerne investieren, auch um die Bürgerinnen und Bürger für Probleme in der Stadt zu sensibilisieren, z. B. für eine barrierefreie Stadt, die weit mehr als Rampen und Bordsteinabsenkungen brauche. Letztendlich wolle man in Fürstenfeldbruck auch eine Wahlbeteiligung möglichst über 50% erreichen, um mehr Menschen und Lebenssituationen in die Stadtpolitik einbinden zu können.

Protokoll: Fritz Wölfl



### III. Spezifische Ansatzpunkte für die Zielgruppengewinnung

## Die Bedeutung von Planspielen und Gamification Podiumsdiskussion mit Thomas Franke und Ralf Knobloch



Thomas Franke, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Bild: apb Tutzing)

#### Allgemeine Aspekte zur Planspielmethode in der politischen Bildung

Mit der (traditionellen) Planspielmethode versucht man in der politischen Bildung neue Zielgruppen zu erschließen, indem eine Förderung des Verständnisses für komplexe (politische) Systeme in einem erfahrungsorientierten Lernsetting für die Spielteilnehmenden angebahnt wird. Planspielmaterialien können dabei von der Homepage der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg, aber auch von der Bundeszentrale für politische Bildung heruntergeladen werden. So existiert beispielsweise eine Planspielwerkstatt zum Thema Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE). Hierbei stehen die Entwicklung von Problemlösefähigkeiten in simulativer Hinsicht im Vordergrund, da die dadurch möglichen (negativen) Konsequenzen der im Planspiel angewandten politischen Handlungsstrategien durch den lediglich wirklichkeitsnachahmenden Charakter für die Lebensrealität der Teilnehmenden folgenlos bleiben. Die Förderung von Soft Skills stellt dabei einen positiven Nebeneffekt dar, wobei im Rahmen der Spielhandlung die übliche - nicht selten starre - Unterrichtsstruktur aufgebrochen wird. Trotz der simulativen Ausrich-

tung des Planspiels wird Realitätsnähe bzw. politische Handlungskompetenz gefördert und zwischen den Spielteilnehmenden eine emotionale Bindung gestiftet. So findet zuerst ein Briefing im Rahmen der Simulation und des Gaming-Prozesses statt, wodurch sich anschließend die Debriefing-Phase mit einer Reflexion über die Spieldurchführung sowie einen Transfer in die konkrete (politische) Realität anschließt. Die Übernahme einer Rolle resp. sozialen Position im Planspiel fördert zudem soziale Kooperationsbereitschaft und Kompromissfähigkeit unter den Spielakteuren. Ein Planspiel über die Wirkungsweise des Deutschen Bundestages erstreckt sich zuerst auf den Wahlkampf und anschließend die obligatorischen Koalitionsverhandlungen.

#### Gamification und dessen Bedeutung für die politische Bildung

Der Anglizismus „Gamification“ im Rahmen von sozialen Medien und spezifischen Apps setzt seinen Fokus auf soziale Interaktion und meint als Arbeitsbegriff die Anwendung spielerischer Elemente in eher spielfremden Kontexten, wodurch Motivation durch Belohnungssysteme und Spaß resp. Engagement gesteigert werden können. Zudem können individuelles Lernen und persönlicher Fortschritt bei der in Planspielen obligatorischen politischen Urteils- und Handlungskompetenz festgestellt werden. Dies hat den Vorteil eines niedrighwelligen Zugangs für die Schülerinnen und Schüler im simulativen, jedoch realitätsnahen Planspielsetting, fernab der nicht selten üblichen frontalunterrichtlichen Routine im Politikunterricht, was zu langfristiger Lernmotivation und Prävention gegenüber politikverdrossenen Charakteren führen kann. In Baden-Württemberg findet der sogenannte „Kandidat-O-Mat“ bzw. „Kommunal-O-Mat“ in dieser Hinsicht erfolgreich Anwendung.

#### Planspiele in der Grundschule?

Häufig wird Kritik laut, an der Grundschule könne man Planspiele nicht erfolgreich durchführen. Diesem Vorurteil lässt sich einfach begegnen, wenn





Ralf Knobloch, Europäische Akademie Bayern  
(Bild: apb Tutzing)

man der Altersangemessenheit dieser spezifischen Makromethode Beachtung schenkt. Eine Modifikation der jeweiligen Zielgruppenfokussierung bei der Planspielmethode scheint hier dringend erforderlich. Somit sei eine spezifische Zielgruppenansprache durch die Betonung des Gamification-Ansatzes und eine adressatenbezogene Planspiel-Modifikation obligatorisch, bei der die Teilnehmenden darüber hinaus hinsichtlich ihrer Altersstruktur sich als jung und zusätzlich digital-affin erweisen würden. Zudem sei auf eine Diversität zwischen Zielgruppenansprache und passender Themenauswahl zu achten.

### Niedrigschwellige Zugänge durch Gamification

Niedrigschwellige Zugänge könne man dabei mit Gamification erreichen. Als Beispiele können die Arbeiten mit einem Großpuzzle, einem Glücksrad, einem Dalli Klick-Spiel beim Format „Schule trifft Rathaus“ oder einem Online-Quiz (Kahoot) zur Kommunalpolitik seitens der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg dienen. Zudem werden Planspiele zum Thema Migration durchgeführt (ehemaliger Schauplatz: Kuba – Florida und gegenwärtig Europa). Die Problemstellung der Verteilung von Migranten in Europa, die sich ja schon meistens vor Ort befinden, erscheine deshalb eher obsolet und damit auch die Vorschläge der Europäischen Kommission, die entsprechend abzuändern seien. Grundsätzlich lassen sich Planspiele dieser Art auch digitalisieren, wobei dies wiederum die Frage aufwirft, ob diese Art des Spielsettings für die Mittelschule geeignet erscheint, zudem erfahrungsgemäß auch nicht selten ein WLAN-Problem in den jeweiligen Schulgebäuden auftritt. Dänische

Kooperationspartner waren von diesem Umstand ziemlich erstaunt. Grundsätzlich kann man auch eine Planspiel-Variante mit Länderprofilen ins Auge fassen. Man repräsentiert zum Beispiel ein Land wie etwa Polen und die Schülerschaft wird entsprechend gebrieft, diese politische Position zu vertreten und die Algerienpolitik dieses Landes in simulativer Hinsicht nachzuvollziehen. Dazu müssen sich die Schülerinnen und Schüler erst einmal einlesen und das Spielsetting muss ihnen nähergebracht werden.

### Fokus auch auf außerschulischen Planspielkontext

Die Europäische Akademie als politischer Bildungsträger soll als Garant fungieren, (simulative) politische Problemstellungen aus dem gängigen „Krisenfeuerwehrstatus“ herauszulösen. Planspiele stellen eine komplexe Makromethode dar, welche dem gängigen Bereich Schule entkoppelt und auch auf außerschulische Institutionen übertragen werden sollten, wie etwa: Landespolizeischulen, Bundesfreiwilligendienst-Organisationen, Bundeswehr etc. In Volkshochschulen gestaltet sich dies schwierig, da Schülerinnen und Schüler in der Regel nicht außerhalb von Schulen in dieser Institution Kurse buchen werden. Frontalunterrichtliches Handeln bei Themen wie „Was ist der Ministerrat?“, „Wie praktiziere ich politisches Handeln konkret?“, „Wie kann ich Energiepolitik neugestalten?“ erscheint sehr abstrakt, schwierig und lebensfern für die Schülerinnen und Schüler zu sein. Über die handlungsorientierte Methode Planspiel sollen die Schülerinnen und Schüler in die jeweilige politische Rolle resp. soziale Position gebracht werden.



Selbst aktiv werden und Minister/-in in einer Ratssitzung sein: Im Rahmen eines interaktiven und handlungsorientierten Planspiels (Quelle: <https://www.europaeische-akademie.de/angebote/planspiele.html>)

## Planspiele und Finanzierungs- sowie Akzeptanzprobleme

In höheren Schulen wie FOS, BOS und Gymnasien ist generell die Finanzierung höher, obgleich die Förderung für Bayern in diesem Bereich gestrichen wurde und die Bereitschaft, für ein Planspiel viel Geld zu bezahlen, in der Regel nicht vorhanden ist, da nicht selten nach gängiger Meinung die Schülerschaft etwas lernen und nicht spielen sollte. Gemäß einer Frage der beiden Referenten ins Publikum wies die Zuhörerschaft einen hohen Grad an Planspielerfahrung auf. Beim Einsatz von Planspielen an öffentlichen Schulen muss die Kostenfrage gestellt werden und in bestimmten Wohngebieten erkennen die Eltern den pädagogischen Mehrwert von Makromethoden wie Planspielen nicht unmittelbar an und vertreten die landläufige Meinung, die Schülerschaft würde aufgrund des Spielcharakters dabei nichts lernen. Fördermittelgeber sind dabei unabdingbar und gemäß dem Demokratiefördergesetz auch wünschenswert. Didaktische Möglichkeiten des Planspiels erstrecken sich auf einen möglichen Perspektivwechsel, ein Rollenskript sowie Temporalität, Historizität resp. eine Veränderung der Spielregeln und eine sogenannte Utopiekompetenz, wobei eine spezifische Dynamik nicht mit ins Planspiel eingebaut wurde. Dies erfolgte auf Grundlage von Verdinglichung und einer Sachzwangslogik.

### Authentizität des Planspielsettings

Ein sogenanntes Parlament der Generationen stellt ein Beispiel für ein Planspiel dar, das sich mit der demographischen Veränderung zwischen Gegenwart und dem Jahr 2050 beschäftigt. Authentische Rollen resp. soziale Positionen - zum Beispiel einer über 60-jährigen Frau - sollten auch realiter von einer solchen gespielt werden. Andere Spielregeln können den Verlauf des Planspiels deutlich verändern. Als klassisches Projekt für den Primär- und Sekundärbereich können mehrere Einheiten realisiert werden. Ein Planspiel kann wichtige (politische) Impulse liefern, wobei ein Vorwissen über Machtstrukturen in bestimmten gesellschaftspolitischen Bereichen unabdingbar erscheint. Die Rückkehr zum G 9 kann somit im Planspiel neu verhandelt werden.

### Chancen und Grenzen bei der Realisierung von Planspielen

In einem einstündigen Fach ist die Durchführung eines Planspiels sehr ambitioniert, da die Lehrkraft anschließend mit den Aufräumarbeiten allein dasteht.

Lernprozesse sind gegeben beispielsweise bei der Bundesfreiwilligendienst-Ausbildung und in selbstorganisatorischer Hinsicht wie etwa in einem „best practice“-Beispiel zur Schulentwicklung. Es liegen oft Enthusiasmus und Grenzen

eines Planspiels (sprachliche Grenzen etc.) sehr eng beieinander. Ressourcen und die zeitliche Dimension bei der Durchführung von Planspielen sind wichtige Faktoren, ebenso die (didaktische) Reduktion des Planspielformats. Alles, was in digitale Medien transformiert werden kann, erscheint planspielrelevant und kann Gesprächsanlässe bieten. In den 2010er Jahren wurden strukturelle Bedingungen für die zum Teil (kostenlose) Realisierung von Planspielen (an Schulen) geschaffen. In Bayern wurden Fördermöglichkeiten auf den Weg gebracht. Es stellt sich die Frage, ob die Planspiel-Methode zum Thema gewaltfreie Kommunikation Anwendung finden könnte, die sich auf Bereiche wie Argumentationstraining an der Landeszentrale für politische Bildung in Baden-Württemberg, Demokratie-Werkstatt, Ideen-Werkstatt etc. erstrecken kann. An der Europäischen Akademie sollen diesbezüglich Fördergelder eingeworben werden und hinsichtlich der Planspielmethode erscheint es als besonderes Qualitätsmerkmal, wenn andere Sprachen (Fremdsprachen) mit einbezogen und Rollen bzw. soziale Positionen somit möglichst authentisch besetzt werden können. Kriterien wie Perspektivwechselansätze, Selbsterfahrungsexperimente und Problemlösungsanreize, Schülerinnen und Schüler mit Rollenschildern versehen, sich in eine (Fremd-) Sprache neu hineindenken wirkt eine Spur tiefer und erstreckt das Simulationsverfahren Planspiel zusätzlich auf die fremdsprachliche Kommunikation als authentisches Spielsetting. Die Frage stellt sich, welchen Beitrag Planspiele zur Stärkung von Demokratiekompetenz hierbei leisten können. Planspiele fungieren generell als eine sehr gute, wenn auch nicht neueste Methode, um Menschen (politisch) zu erreichen. Dabei kann man spontan Leute auf der Straße ansprechen, um (bildungsferne) Zielgruppen besser zu erreichen und einen Lebensweltbezug herzustellen (z. B. über Klimapolitik in der eigenen Gemeinde) und die persönliche Relevanz für diese Thematik zu eruieren. Die Planspielmethode fungiert dabei als effektive Makromethode zur Förderung von Kompetenzen im schulischen, sozialen Kontext und im Managementbereich. *Protokoll: Frank Schiefer*



„Jugend im Parlament – Das Demokratie-Planspiel“; (Quelle: Politik zum Anfassen e.V.)

## Digitale politische Bildung

Dr. Katja Friedrich leitet das Referat „Digitalisierung & Politische Bildung“ der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (BLZ) mit Schwerpunkt auf den Themen digitale Öffentlichkeit, digitale Wahlkämpfe, politische Desinformation im Netz sowie Digitalisierung und Diskriminierung.

Die Referentin berichtet über Angebote und Herausforderungen der digitalen politischen Bildung auf der Grundlage entsprechender Erfahrungen der Bundeszentrale für politische Bildung (BpP) sowie der BLZ. Im Fokus steht dabei die staatliche politische Bildung, deren Angebote zum Teil nicht einfach zu vermitteln sind. Im außerschulischen Bereich muss sie vor allem mit Freizeitbeschäftigungen und einer Fülle von Angeboten im Netz konkurrieren; hinzu kommen hohe Drop-Out-Raten.

Dies macht eine zielgruppenspezifische Ausrichtung entsprechender Bildungsangebote online noch wichtiger als offline, um auch Menschen zu gewinnen, die der freiwilligen politischen Bildung aus unterschiedlichen Gründen gleichgültig, distanziert oder ablehnend gegenüberstehen.

Digitale politische Bildung muss folglich

- die Bedürfnisse und Erwartungen der Teilnehmenden berücksichtigen (z. B. Information, Verständnis, Unterhaltung, Austausch),
- das Interesse über persönliche Betroffenheit wecken, d. h. einen Bezug zu den Lebenslagen der Zielgruppen herstellen,
- und dabei vermeiden, Wissensklüfte und Digital Divide zu verstärken.

Bei der Zielgruppengewinnung geht es einerseits um die Erreichung neuer Zielgruppen, andererseits um die Vergrößerung bestehender Zielgruppen durch die Erweiterung der Reichweite der Formate.

Im Folgenden erläutert Dr. Katja Friedrich einige digitale Angebote für verschiedene Zielgruppen, sie unterscheidet dabei grundsätzlich zwischen politischer Bildung mit digitalen Methoden und Digitalthemen als Gegenstand der politischen Bildung.

### Politische Bildung mit digitalen Methoden

Zu den digitalen Methoden zählen Streams und Erklärvideos mit einseitiger Kommunikation, die eine relativ geringe Reichweite haben und in starker Konkurrenz zu anderen medienpädagogischen Angeboten stehen. Hierzu stellt Dr. Katja Friedrich das Streaming-Format „Fake Train“ der BpP für Jugendliche

und junge Erwachsene vor, das unterhaltsam auf die Herausforderung durch die Verbreitung von Desinformationen im Netz aufmerksam macht.



„Fake Train“ (Quelle: <https://www.bpb.de/lernen/bewegt-bild-und-politische-bildung/548903/fake-train/>)

Das Erklärvideo „Das N-Wort. Warum Sprache rassistisch sein kann“ der BLZ gehört ebenfalls zu dieser Kategorie. Begleitend dazu bietet die Landeszentrale hilfreiche Untermaterialien für Lehrkräfte an.



„Das N-Wort“ (Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=eMy2OQc4MT0>)

Schwierigkeiten möglichst viele Nutzer zu erreichen, haben institutionelle Anbieter laut Dr. Katja Friedrich grundsätzlich im Bereich Social Media Accounts (inkl. Community Management). Die Attraktivität entsprechender Formate wird u. a. eingeschränkt durch hohe rechtliche Hürden, ein beschränktes Budget und mangelndes Personal, um die Social-Media-Kanäle kontinuierlich bespielen zu können, sowie ein teils fehlendes inhaltliches Profil.

Weitere Beispiele für politische Bildung mit digitalen Methoden sind E-Learning-Angebote und digitale Veranstaltungen:

Ein umfangreiches E-Learning-Angebot für politisch Interessierte macht z. B. die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: „E-Learning politische Bildung“ bietet offene und anmeldepflichtige Kursräume zu verschiedenen Themen an.





„E-Learning Politik“ der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Quelle: <https://www.elearning-politik.de/>)

Eine deutliche Vergrößerung bestehender Zielgruppen konnte bei digitalen Veranstaltungen erreicht werden. Beispielsweise bieten digitale Fortbildungen für Lehrkräfte den Vorteil einer leichteren und schnelleren Erreichbarkeit gerade in der Fläche. Dr. Katja Friedrich stellt des Weiteren dar, wie erfolgreich die Umstellung der „Schülermedientage“ ([https://www.blz.bayern.de/schuelermedientage-2022\\_v\\_22.html](https://www.blz.bayern.de/schuelermedientage-2022_v_22.html)) von analog auf digital war. Aufgrund der deutlich gesteigerten Teilnehmerzahlen seit 2021 soll künftig das digitale Format beibehalten werden.

Stark angewachsen sind laut Referentin in den letzten vier Jahren spielerische Formate (z. B. Games, Quiz, Hackathons). Genannt werden Spiele der BLZ wie „Augen auf!“ (<https://www.game-augen-auf.de/>) und das Projekt „Digitale Zukunftsnächte - The Future is Yours!“ (<https://www.blz.bayern.de/digitale-zukunftsnacht.html>).

„Augen auf!“ eignet sich für den Einsatz im Unterricht der 8. bis 10. Klassen weiterführender Schulen zur Aufklärung über Strategien rechtsextremistischer Gruppierungen in den sozialen Medien. Während einer „Digitalen Zukunftsnacht“ übernachteten Schülerinnen und Schüler in ihrem Schulhaus und entwickeln eigene Visionen für die Zukunft ihrer Kommune. Ihre Zukunftsentwürfe bauen sie innerhalb der virtuellen Welt von Minetest, der Open-Source Variante des beliebten Computerspiels Minecraft. Auch digitale Planspiele, die Lehrkräfte in Eigenregie durchführen können, werden mit zunehmendem Erfolg angeboten (<https://www.blz.bayern.de/online-planspiele.html>).

## Digitalthemen als Gegenstand der politischen Bildung

Abschließend verweist die Referentin auf den Erfolg von Digitalthemen der politischen Bildung, womit auch neue Zielgruppen erreicht wurden. Als Beispiel nennt sie die digitalen Elternabende „Eltern 2.0“ der

BLZ zu sozialen Medien und Politik (<https://www.blz.bayern.de/eltern-20.html>), die Tipps und Hilfestellungen geben, wie Eltern Jugendliche dabei unterstützen können, politische Informationen im Netz einzuordnen und sich verantwortungsvoll und konstruktiv an digitalen Debatten zu beteiligen.



„Eltern2.0 - Hass im Netz“ (Quelle: [https://www.blz.bayern.de/hass\\_v\\_277.html](https://www.blz.bayern.de/hass_v_277.html))

## Zwischenfazit 2024: Zielgruppengewinnung mittels digitaler politischer Bildung

In ihrem Fazit stellt Dr. Katja Friedrich fest, dass die Gewinnung neuer Zielgruppen anspruchsvoll ist, aber nicht unmöglich. Die derzeitige Stärke digitaler politischer Bildung liegt in der Erweiterung bestehender Zielgruppen. Spielerische Formate funktionieren sehr gut, während die staatliche digitale politische Bildung über soziale Medien nur relativ geringe Reichweiten erzielt.

Eine große Herausforderung stellen schwer erreichbare Zielgruppen wie migrantische Communities, aber auch Menschen in benachteiligten Lebenslagen, mit begrenzter Sprachkompetenz oder Beeinträchtigungen und Behinderungen dar. In der digitalen politischen Bildung wurden diese Zielgruppen bisher noch nicht ausreichend genug berücksichtigt. Ebenfalls schwierig ist die Vermittlung politischer Bildung für antidemokratisch eingestellte Menschen. Die Referentin kommt zu dem Schluss, dass analoge politische Bildung nicht 1:1 ins Digitale übertragbar ist.

Protokoll: Uta **Lechner**

### Quelle:

Dr. Katja Friedrich (21.09.2024): Präsentation „Digitale politische Bildung“. Fachtagung „Andere Pfade für die politische Bildung - Wie lassen sich Zielgruppen besser erreichen?“ von APB Tutzing, DVPB Bayern und der Europ. Akademie Bayern

## Facetten einer „aufsuchenden politischen Bildung“

### Podiumsdiskussion mit Dr. Sarah Präßler, Dr. Siegfried Grillmeyer und Wassili Siegert

Dr. Sarah Präßler vom Projekt „Gemeinsam lernen im Quartier“ in Wetzlar berichtete von ihren Initiativen, über den „Geh-Modus“ der aufsuchenden politischen Bildung Gruppen, Vereine, Organisationen zu Dialogen und Bildungsprozessen zu bewegen. Im Mittelpunkt stünden stadtrelevante Themen wie Wohnen, Verkehr oder das interkulturelle Miteinander. Das Projekt widmet sich der politischen Bildungsarbeit in den einzelnen Stadtteilen Wetzlars. Es macht niedrigschwellige, wohnortnahe und zielgruppenspezifische Bildungsangebote in den einzelnen Stadtteilen. Damit will das Projekt soziale, kulturelle oder räumliche Distanzen verringern. Die Teilnehmenden können ihre Fähigkeiten erweitern, um eigene Interessen und Wünsche auch an die Stadtplanung und -verwaltung herantragen zu können. Mithin, so die Referentin, verstehe man sich als Motor für Bürgerbeteiligung, könne Bürgerengagement und Identität eines Wohngebiets stärken.

Bei den Formaten sei man sehr flexibel und probiere je nach Thema und Zielgruppe das aus, was am erfolgversprechendsten ist. Man gehe in Cafés oder zu Freizeitgruppen, zu Stadtteilinitiativen oder Kaffeetafeln. Selbst wenn die Teilnehmerzahl bei manchen Angeboten niedrig bleibe, halte sie diese Arbeit für wertvoll. So gewinne man immer wieder Multiplikatoren oder Ehrenamtliche aus verschiedenen Milieus und Organisationen zum Mitmachen. Immer



Sarah Präßler, Projekt „Gemeinsam leben im Quartier“  
(Bild: apb Tutzing)

gehe es um persönliche Kontaktaufnahme, sei es auf dem Weg zur Kindertagesstätte oder zum Einkaufen und um das Ausloten von gemeinsamen Interessen.



Siegfried Grillmeyer, Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus  
(Bild: apb Tutzing)

Dr. Siegfried Grillmeyer, Direktor der Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus Nürnberg, informierte zunächst über sein Haus: Das CPH sei zwar in katholischer Trägerschaft, aber bei Themen und Methoden völlig ungebunden. Ein Schwerpunkt des „Kompetenzzentrums Demokratie und Menschenwürde“ sei Menschenrechtsbildung. Man mache Angebote für Pfarrgemeinden ebenso wie für Schulklassen, für soziale Organisationen wie für Initiativen mit gesellschaftspolitischen Zielen wie Inklusion oder Integration, lege aber Wert auf Themenzentriertheit und Sozialraumorientierung. Zwei Aspekte hob er hervor: Für wichtig halte er einmal die Überwindung der herkömmlichen Defizitorientierung in der politischen Bildung. Schon die Sprache sei wenig geeignet, wenn man z. B. von Bildungsfemen, Abgehängten oder Politikverdrossenen spreche. Das verhindere die gleiche Au-





genhöhe zwischen Publikum und Agierenden, weil sie stets einen belehrenden Beigeschmack mit sich bringe. Dagegen stellte der Referent einer eher ressourcenorientierten politischen Bildung die Frage: Wie kann ich die Stärken und Potenziale der Teilnehmenden aktivieren und damit ihre Lebenswirklichkeit für die politische Bildung nutzbar machen? Fernziel ist, ihre Fähigkeiten zum selbstwirksamen Handeln zu fördern – ohne belehrenden Charakter.

Als zweiten Aspekt möchte er den Begriff „aufsuchend“ variieren. Er bedeute nicht zwingend, dass man Gruppen und Milieus an ihren Orten „aufsuchen“ müsse. Vielmehr wolle er sie mit niedrigschwelligen Angeboten in einen geschützten Raum holen. Das CPH biete sich als geschützter Raum an, als ein Ort der Selbstversicherung und Auseinandersetzung. Einladungen in solche „Dritte Orte“ würden von den Teilnehmenden oft als Auszeichnung empfunden. Die einladende Atmosphäre, verbunden mit Essen, Trinken und angemessener Geselligkeit schüfe neue Motivation. Solche „Dritte Orte“ böten einen demokratischen Nahraum für Bildung und Begegnung, ganz im Sinn des hl. Augustinus, dass jeder Mensch die Möglichkeit zur Bildung erhalten solle.



Wassili Siegert, Projekt „Part Q“, Minor-Wissenschaft Gesellschaft mbH (Bild: apb Tutzing)

Als weiterer Referent zum Thema stellte Wassili Siegert vom Projekt „Part Q“, Minor-Wissenschaft Gesellschaft mbH in Berlin, seine Arbeit vor. Das kleine Team habe in den letzten Jahren 19 Projekte in 11 Bundesländern begleitet. Ihr Ansatz war stets, Kontakte im Quartier, also „vor der Haustür“, aufzubauen und zu stärken. Dabei sei es vielen Organisationen und Gruppen oft nicht bewusst, wie viele Ini-



tiativen es in der Stadt oder Region bereits gebe. Die Erfahrung zeige, dass man die Begriffe „politische Bildung“ oder „Demokratieförderung“ möglichst vermeiden sollte. Sie würden wohl eher Aversionen hervorrufen.

Wie andere Initiativen stelle man deswegen Alltagsanliegen in den Vordergrund, das kann das Müllproblem ebenso sein wie fehlende Parkplätze, zu wenige Einkaufsmöglichkeiten oder Erholungsräume. So suche man z. B. eher zwanglose Kontakte zu Reparaturcafés, zu Freizeitvereinen in Stadtteilen mit eher problematischem Image oder docke sich an entstehende Beteiligungsprozesse an. Es bedürfe dabei ständiger Nachsteuerung und Beziehungsarbeit.

Von dieser Problembeschreibung ausgehend schließt sich oft die Frage an: Was können wir tun, um die Situation zu verbessern? So lasse sich eine Brücke zwischen den Alltagsproblemen und ihren strukturellen Hintergründen schlagen. Habe man die politische Dimension eines Themas erfasst, könne man sich handlungsorientierte Strategien überlegen, um Entscheidungsträger vom Stadteilgremium über Bürgermeister und anderen Mandatsträgern von der Dringlichkeit des Handelns zu überzeugen. Motivierend sei häufig die Frage: Was ist gerecht? Wie kommt es eigentlich zu Ungerechtigkeiten im Alltag?

Als Herausforderungen betrachte er Personengruppen, die jede Form der Teilhabe ablehnen. Aber auch Politiker auf verschiedenen Ebenen: Viele würden, sobald sie einbezogen werden, dazu neigen, selbst reden zu wollen. Es brauche aber viel öfter die Fähigkeit des Zuhörens, was einen empathischen Austausch ermögliche.

In der anschließenden Diskussion wurden mit den Referenten Fragen zur Zielgruppen- und Erfahrungsorientierung thematisiert wie auch zu Aspekten der Defizit- und Ressourcenorientierung. Außerdem wurde erörtert, in welchem Grad die Professionalisierung der politischen Bildner notwendig sei oder für die Alltagsarbeit und die niedrigschwelligen Angebote auch andere Erfahrungsräume bei den Anbietern und eine multiperspektivische Öffnung wertvoll sind.

Protokoll: Fritz Wölfl

## IV. Rahmenbedingungen verbessern

### Bildungsurlaub als Chance für die politische Bildung

Über die Möglichkeiten politischer Bildung im Rahmen des Bildungsurlaubs referierte Boris Brokmeier, Leiter der Ländlichen Heimvolkshochschule Mariaspring e.V. (HVHS Mariaspring) in Bovenden, die im südniedersächsischen Landkreis Göttingen beheimatet ist.

Gegründet wurde die Einrichtung 1953 im Zuge des geistigen Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Ziel der Bildung des Landvolkes. Nach einer beständigen Erweiterung der Zielgruppen steht die Heimvolkshochschule heute allen Erwachsenen zum Lernen und Austauschen in angenehmer Atmosphäre offen.

#### Basisdaten zum Bildungsurlaub

Rechtsgrundlagen für den Bildungsurlaub in Niedersachsen sind das Niedersächsische Erwachsenenbildungsgesetz (NBildUG) sowie das Niedersächsische Bildungsurlaubsgesetz (NEGB). Danach haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei voller Lohnfortzahlung durch den Arbeitgeber grundsätzlich Anspruch auf fünf Tage Bildungsurlaub pro Jahr. Als Bildungsurlaube dürfen nur anerkannte Veranstaltungen von anerkannten Trägern angeboten werden, wobei es sich nicht um Parteiveranstaltungen oder Studienreisen handeln darf; auch Segelscheine können beispielsweise nicht im Rahmen eines Bildungsurlaubs erworben werden. Im Zeitraum von 2014 bis 2018 besuchten innerhalb Niedersachsens 104.079 freigestellte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Bildungsurlaube in Einrichtungen, die im NEBG vorgesehen sind, während 76.608 Teilnehmerinnen und Teilnehmer Bildungsurlaube sonstiger Veranstalter nutzten. Außerhalb Niedersachsens besuchten im Vergleich dazu im selben Zeitraum nur 39.827 von insgesamt 220.514 freigestellten Beschäftigten Bildungsurlaubsangebote. Die Zahlen verdeutlichen den herausragenden Stellenwert des Bildungsurlaubs in Niedersachsen.

#### Politische Bildung als Bildungsurlaub

Im Vergleich zu den übrigen Bildungsmaßnahmen, die während eines Bildungsurlaubs besucht werden können, nimmt die politische Bildung mit gut 15 Prozent einen eher geringen Anteil ein. Am häufigsten werden mit 52 Prozent Maßnahmen der beruflichen Bildung und an zweiter Stelle mit gut 24 Prozent all-

gemeinbildende Seminare besucht. Ein Blick auf ausgewählte Semintitel der HVHS Mariaspring zeigt die Bandbreite der Themen von historischen Rückblicken über Medienbildung bis hin zu Fragen von Umweltschutz und Nachhaltigkeit:



Stefan Rappenglück und Boris Brokmeier (Bild: apb Tutzing)

„Auch drüben war Deutschland – Erinnerungsorte der deutschen Teilung im Harz und Südniedersachsen“, „Alles Lügenpresse? Die Vertrauenskrise der Medien“, „Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft – Erkundungen per E-Bike“.

Die Didaktik des Bildungsurlaubs zeichnet sich unter anderem durch Methodenvielfalt, das Lernen vor Ort, die Einbindung von Experten, Flexibilität und eine starke Orientierung an den Interessen der Teilnehmenden aus.

#### Erfahrungen und Erkenntnisse

Das Gelingen von Bildungsurlaubs-Veranstaltungen hängt maßgeblich von der Themenauswahl der Seminare ab. Die Kontroversität vieler politischer Themen benötigt eine entsprechende Zeit, wenn die Teilnehmenden ihre Perspektiven einbringen sollen. Oft sind tiefergehende Debatten erst ab dem 3. Seminartag möglich, weil die Teilnehmenden erst zu offenen Diskussionen bereit sind, wenn sie sich angemessen kennengelernt haben.

#### Chancen und Perspektiven des Bildungsurlaubs

Für die Träger des Bildungsurlaubs ist in Zukunft die Rechtssicherheit von zentraler Bedeutung. Diese müssen jüngere Zielgruppen gewinnen, da ein Großteil der Besucher von Bildungsurlauben älter als 40 Jahre oder bereits im Rentenalter ist. In einem Positionspapier fordert der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB), dass auch Bayern und Sachsen Bildungsurlaubsgesetze schaffen und am besten die Gesetzgebung für den Bildungsurlaub in ganz Deutschland vereinheitlicht wird.

Weitere Infos unter <https://www.mariaspring.de>.

Protokoll: Harald Retsch

# Was bleibt? Herausforderungen und Ansatzpunkte für die Zielgruppenarbeit

## Schlussdiskussion mit Dr. Helle Becker, Prof. Dr. Stefan Rappenglück, Prof. Dr. Fritz Reheis und Jörg Siegmund

Helle Becker: Kulturwissenschaftlerin, Leiterin des Büros Expertise und Kommunikation für Bildung und Geschäftsführerin des Vereins Transfer für Bildung e.V. (<https://transfer-politische-bildung.de/>).

**H**elle Becker, Stefan Rappenglück und Fritz Reheis versuchten in einer Schlussdiskussion ein Fazit der Tagung zu ziehen.

Helle Becker wies am Anfang ihrer Ausführungen auf den Demokratiebericht NRW hin (<https://www.politische-bildung.nrw.de/wir-partner/projekte/demokratiebericht>). 77% der Befragten (repräsentative Befragung für die Bevölkerung von NRW ab 14 Jahren) bekundeten hier ein hohes oder sehr hohes Interesse für Politik. Allerdings war bei den Befragten auch eine Distanz zu staatlichen Organen und demokratischen Verfahren festzustellen. Vor allem Menschen mit Deprivationsgeschichte, Menschen, die sich in der Gesellschaft zurückgesetzt und nicht anerkannt fühlen, entwickeln solche Einstellungen. Nach einer Studie der Universität Freiburg (<https://uni-freiburg.de/deutsche-nennen-spaltung-der-gesellschaft-als-bedrohlichste-krise/>) schätzen rund 74 Prozent der Befragten die Spaltung der Gesellschaft als ziemlich oder sehr bedrohliche Krise ein.

Daraus ergeben sich für die politische Bildung folgende Aufgaben:

- Sie muss Räume für politische Bildung anbieten.
- Sie muss das Politische in den Fragen und Aktivitäten der Jugendlichen erkennen.
- Sie muss unterschiedliche Perspektiven auf politische Probleme ermöglichen.

Die Referentin machte diese Zusammenhänge an einem Beispiel deutlich: Bei einer Bildungsveranstaltung stören Jugendliche, indem sie die vorgegebene Sitzordnung auflösen und Stühle umstellen. Eine angemessene Reaktion sei jetzt nicht, die Jugendlichen aufzufordern, die Stühle wieder in die ursprüngliche Ordnung zurückzustellen. Man sollte „Resonanz“ ermöglichen und eher folgende Fragen stellen: Warum habt ihr das gemacht? Was wollt ihr damit erreichen? Worum geht es Euch? Im geschilderten Fall ging es den Jugendlichen darum, die frontale Ordnung aufzulösen und mehr gleichberechtigte Diskussionen zwischen den Beteiligten anzuregen.

Insgesamt ist es nach Meinung von Helle Becker wichtig, das „heimliche Politikprogramm“ der Ju-



*Die Teilnehmer der Schlussdiskussion (v.l.n.r.): Helle Becker, Jörg Siegmund, Fritz Reheis und Stefan Rappenglück (Bild: apb Tutzing)*

gendlichen zu erkennen und wegzukommen von der reinen Angebotspädagogik.

Fritz Reheis vertrat in der Diskussion ähnliche Positionen wie Helle Becker. Er machte darauf aufmerksam, dass der Unterschied zwischen sozialer Arbeit und politischer Bildung nicht vergessen werden dürfe. Bei der sozialen Arbeit gehe es um Hilfe zur Selbsthilfe, bei der politischen Bildung gehe es um die Analyse von gesellschaftlichen Problemen und die Diskussion praktischer Lösungsvorschläge mit den Betroffenen.

Politische Bildungsangebote müssten Resonanzangebote sein: Angebote, die eine Kooperation zwischen politischen Bildnern und denen, die gebildet werden wollen, ermöglichen.

Kognitiv gehe es seiner Meinung nach darum, gemeinsam Kategorien zu finden, mit denen beschrieben werden kann, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bildungsangebots leiden.

Stefan Rappenglück wies darauf hin, dass es zwar große Chancen für die politische Bildung gebe, dass aber bestimmte Zielgruppen (z. B. Migrantinnen) von der politischen Bildung schwer erreicht werden. Wichtig sei hier, dass politische Bildung auf „Augenhöhe“ stattfinde. Dazu müssten auch neue Orte für politische Bildung gesucht werden, zu denen bestimmte Zielgruppen leichter einen Zugang finden können (z. B. Kaufhäuser, Bibliotheken).

Eine Möglichkeit sei auch, den Quartiersbezug der politischen Bildung zu verstärken. Es sollten mehr Zusammenkünfte organisiert werden, in denen bera-

ten wird, wie das eigene Quartier umgestaltet werden kann. So können seiner Überzeugung nach mehr Bürgerinnen und Bürger in die Stadtgesellschaft einbezogen werden.

Helle Becker plädierte dafür, nicht mehr von Zielgruppenarbeit zu sprechen, sondern von Beziehungsarbeit. Es müsse bei Bildungsveranstaltungen mehr danach gefragt werden, welche Probleme die Teilnehmer haben.

In der anschließenden Diskussion mit dem Plenum wurde darauf hingewiesen, dass politische Bildung sehr viel Ressourcen benötige, die teilweise zu wenig vorhanden seien (vor allem Geld und Zeit).

Ein Beitrag zur Problemlösung könne die bessere

Vernetzung zwischen einzelnen Bildungsanbietern, staatlichen Ämtern und anderen Interessierten sein.

Fritz Reheis betonte, dass es darauf ankomme, die „Utopiekompetenz“ zu stärken. Politische Bildung müsse die Konflikte in der Gesellschaft aufgreifen und Räume und Zeiten organisieren, in denen diese Konflikte bearbeitet werden und faire, ehrliche Diskurse möglich sind.

Nach Stefan Rappenglücks Überzeugung sollte sich politische Bildung stärker an Best-Practice-Beispielen orientieren. Die aktuelle Tagung könne dafür einige anregende Beispiele liefern.

*Protokoll: Peter Herdegen*

## Methode UND Substanz!

### Politische Bildung in postfaktischen Zeiten - eine Situationsanalyse aus subjektiv-biografischer Sicht

In den über 50 Jahren, in denen ich als Schüler, Student, Referendar, Gymnasiallehrer und zuletzt als Hochschullehrer die Politik wahrgenommen habe, gab es viele problematische Ansatzpunkte für politische Bildung. Aber keiner dieser Ansatzpunkte stellte die politische Bildung vor größere Herausforderungen als sie gegenwärtig zu meistern sind. Spätestens seit der skurrilen Verzerrung der Realität durch die Proklamation der „alternativen Fakten“ beim Amtsantritt von Donald Trump sind kontra- bzw. postfaktische Zeiten angebrochen, deren Auswüchse in den Reichweiten der digitalen Welt eine mittlerweile demokratie- und menschenrechtsverachtende Wirkkraft entfalten.

#### Die Politik mit der „Wahrheit“

Postfaktische Zeiten sind gekennzeichnet durch einen instrumentellen Umgang mit der „Wahrheit“ und einer damit einhergehenden Desinformation. Allerdings sind Instrumentalisierungen keineswegs ein neues Phänomen. Und dieses Phänomen hatte immer schon System. Bereits Macchiavelli konnte dem „Principe“ den Rat erteilen, sich um den Wahrheitsgehalt seiner Aussagen wenig zu kümmern, wenn es um seine Machtsicherung geht (Macchiavelli 1532/2007, 139) und die wohl prominentesten Lügen des 20. Jahrhunderts sind Hitlers „Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen!“ und Ulbrichts „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu bauen!“ In der Sowjetunion hatte das staatliche Nachrichtenorgan „Prawda“ - zu deutsch: „Wahrheit“- geheißen. Aber man

wusste genau, dass das Etikett sehr oft nicht durch den Inhalt gedeckt war. Zumindest war die *Prawda* noch das Instrument, das auf der Basis einer Theorie, der Theorie des Marxismus-Leninismus beruhte und die Ideologie der KPDSU nach Innen erfolgreich transportieren konnte.

Gegenwärtig haben wir eine völlig neue Situation, weil sich auch in der öffentlichen Kommunikation eine Zeitenwende ereignet hat. So liegt zum Beispiel der „Fortschritt“ von Trumps Social-Truth-Kanal vor allem darin, dass dieser Kanal *erstens* völlig theoriefrei ist, sich *zweitens* einer hohen Verbreitungsgeschwindigkeit und Reichweite erfreut und *drittens* durch Faktenchecks in seiner Wirksamkeit kaum entscheidend eingeschränkt werden kann. Die eingeschränkten Möglichkeiten einer Falsifizierung sind vor allem in dem Bedeutungsverlust der seriösen Printmedien und in der Diskreditierung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens begründet, die vorwiegend der Rechtspopulismus mit Begriffen wie „Lügenpresse“ bzw. „Systemmedien“ überzieht. In dieser postfaktischen Zeit stellen sich für die politische Bildung v. a. zwei Fragen:

*Die erste Frage lautet:* Wie kann – um nur ein konkretes Beispiel zu nennen – die in Filterblasen gefangene TikTok-Generation noch erreicht werden? Das hier aufscheinende Problem hat zunächst vor allem eine methodische Seite, die neue kreative Formate der politischen Bildung erfordert. Es geht allerdings auch um die qualitativ-substanzielle Seite der Inhalte, weil Wissen und „Wahrheit“ mittlerweile mit fundamentalen Unsicherheiten behaftet sind und



eine weitreichende Orientierungslosigkeit zur Folge haben. Digitale Instrumentalisierungen der Wahrheit mit einer exponentiell gestiegenen Reichweite von Botschaften generieren immer mehr eine Situation, in der die beschleunigte Verbreitung von News einer rationalen Argumentation meilenweit voraus ist, so dass eine an Diskursregeln orientierte Information kaum noch hinterherkommt.

*Die zweite Frage lautet daher:* Wie ist eine politikdidaktische Medienkompetenz zu konzipieren, die an der Wahrheit als regulative Idee festhält und eine an Rationalitätskriterien orientierte Urteilsbildung fördert, mit der eine „Ent-täuschung“ (Scherb 2007, 17) der in absurden Botschaften hervortretenden Desinformation noch gelingen kann? Dies betreffe die inhaltliche Substanz von Bildungsprozessen, die die Forderung provoziert, dass politische Bildung wieder philosophischer werden muss (Scherb 2010, 34ff.). Klaus-Peter Hufer hatte 2017 als verantwortlicher Redakteur ein POLIS-Heft betreut, in dem alle Autoren der Fachbeiträge die Notwendigkeit betonten, politische Bildung „wieder theoretisch und philosophisch zu begründen“ (ebd. 3).

In der Politikdidaktik gibt es auf beide Fragen spezifische Antworten, die mit der konzeptionellen Entwicklung des Faches nach dem großen Richtungsstreit der 1970er Jahre zusammenhängen und in dem sogenannten Beutelsbacher Konsens zwar eine gewisse Befriedung erfahren hat, aber durch die spezifischen Schwerpunktsetzungen eine Ganzheitlichkeit der politischen Bildung manchmal beeinträchtigen. Ein kurzer Rückblick auf die historische Entwicklung ist in diesem Zusammenhang aufschlussreich.

## Die Pädagogisierung der politischen Bildung (Antwort auf Frage 1)

Der bis Mitte der 1970er Jahre virulent geführte Grundsatzstreit um die „richtige“ politische Bildung hatte sich im Nachgang zum Beutelsbacher Konsens zumindest insoweit erschöpft, als unter dem Eindruck der festgefahrenen Grundpositionen Kritik an der „Theorielastigkeit“ der politischen Bildung laut wurde. In der fachdidaktischen Diskussion begann sich die Aufmerksamkeit zu verlagern. Das Interesse galt mehr pädagogischen und politikdidaktischen Alltagsfragen, die Didaktik oft auf Methodik reduzierten (Sander 2004, 149f.) oder die zumindest didaktische Entwürfe nur noch in der partiellen Sicht von „Orientierungen“ favorisierten. Gagel merkte hierzu kritisch an, dass man sich „der theoretischen Explikation überdrüssig (...) direkt der Praxis zuwendet und (...) diese als Realität der Schüler (Schülerorientierung), als Realität, in der Schüler leben (All-

tagsorientierung), als Bewusstsein, wie es ist oder im Alltag entsteht (Erfahrungsorientierung)“ (Gagel 1992, 66), vorfindet. Mit der Gründung der *Gesellschaft für Politikdidaktik, politische Jugend- und Erwachsenenbildung* (GPJE) im Jahre 1999 wurde dieser Trend noch verstärkt. Damit soll nicht gesagt werden, dass die theoretischen und konzeptionellen Belange der politischen Bildung nicht mehr Gegenstand der Fachdiskussion waren, aber es ereignete sich in der Folgezeit eine „Professionalisierung“, die auch mit einer Schwerpunktverschiebung und einer Stagnation der Theorieentwicklung einhergegangen ist (Sander 2004, 149 u.156f.). Walter Gagel hatte deshalb durchaus mit kritischem Unterton bereits 1994 von einer „nachkonzeptionellen Phase“ (Gagel 1994, 281) gesprochen und wenige Jahre später folgende dezidierte Diagnose hinzugefügt: „Die Zeit der didaktischen Konzeptionen ist vorbei“ (Gagel 1998, 519). Forciert wurde diese Pädagogisierung durch zahlreiche output-orientierte Studien (TIMSS, PISA, Civic Education Studies, IGLU), die in der Folgezeit der empirischen Fachunterrichtsforschung größere Dringlichkeit verleihen konnten und angesichts immer wieder auftretender Krisen die politische Bildung in eine Art Feuerwehrfunktion drängten. Die Frage nach der Effizienz von Bildungsprozessen rückte dadurch mehr ins Zentrum politikdidaktischer Überlegungen.

Die konzeptionelle Tradition der Schwerpunktverlagerung hin zu mehr pädagogisch orientierten Formaten der politischen Bildung prägte auch die aktuelle Tagung (2024) des Landesverbands Bayern der DVPB. Das übergreifende Tagungsmotto „*Andere Pfade für die politische Bildung*“ nahm im Einladungstext Bezug auf das Petitum des Bundespräsidenten, dass „Politische Bildung (...) sich auf den Weg machen (muss) zu den Menschen, ganz gezielt auch zu denen, die bisher von solchen Angeboten nicht erreicht werden oder nicht erreicht werden wollen.“ In der Politikdidaktik hat sich dafür das Label „*Aufsuchende politische Bildung*“ (Wölfl 2022, 35) etabliert. Dabei handelt es sich um eine Form von Pädagogisierung, die dringend geboten erscheint, um vor allem auch die Menschen zu erreichen, die in den digitalen Filterblasen gefangen sind und sich immer aufs Neue den entsprechenden Algorithmen ausliefern. Dieser erste Pfad der Pädagogisierung soll mit kreativen Methoden beschriftet werden, die auf der o. g. Jahrestagung unter dem zusammenfassenden Begriff „*Gamification*“ firmierten. Wenn damit jedoch die Tendenz zu einer motivierenden Eventisierung der politischen Bildung beschrieben werden soll, um *spielend* politikferne Milieus zu erreichen, besteht die Gefahr, dass das genuin Politische hinter der

motivierenden Pädagogisierung zurückfällt und im Extremfall einer Banalisierung von Inhalten Raum gibt, womit die politische Bildung in eine „unpolitische Praxis“ des lediglich Gutgemeinten abzugleiten droht. Demgegenüber darf zweitens die substantielle Implementierung der Lernprozesse umso mehr nicht außer Acht gelassen werden. Die oft gehörte Klage von Lehramtsnovizen, dass an den Universitäten nur abstrakt-politisches Wissen vermittelt werde, das für die Alltagspraxis nicht relevant sei, decouvierte nicht selten die oberflächliche Forderung nach bequemen Stundenrezepten, die ohne Arbeits- und Reflexionsaufwand direkt anwendbar sein sollten. Dem Wunsch nach Pädagogisierung konnte und kann jedoch durchaus Rechnung getragen werden. So muss im Bildungsprozess – egal auf welcher Ebene – nicht alles „hochtheoretisch“ sein, aber alles muss zumindest fachlich und theoretisch haltbar sein.

### Politisierung durch Förderung der Urteils-kompetenz (*Antwort auf Frage 2*)

Gerade in Zeiten der Fake-News, der alternativen Fakten und der Verschwörungstheorien erscheint es deshalb unerlässlich, die methodischen Formate mit Substanz zu füllen. Mit „Substanz“ sind dabei nicht in erster Linie die unstrittigen Fakten gemeint, die zum Beispiel durch die Institutionenlehre vermittelt werden. Eine reine Beschreibung des Wahlsystems stellt nämlich nicht das Problem dar, vor dem die politische Bildung heute steht. Es geht vielmehr um die Beurteilung der Realität und die kritische Überprüfung deren subjektiver Wahrnehmung und Deutung. In diesem Zusammenhang wird eine engere Verzahnung von Politischer Theorie und Politischer Bildung (Gloe/Oefering 2027, 10ff.) gefordert, die belastbare Hintergrundanalysen ermöglichen könnte. Hermeneutische Anstrengungen sehen sich jedoch sofort mit dem Problem konfrontiert, dass das „Dahinterblicken“ (*metá ta physiká*) angesichts der zahlreichen Verschwörungstheorien, die genau dieses auch zu leisten beanspruchen, in eine Grauzone geraten kann, die sich dann „zwischen Welterklärung und Fake News“ (Hausteiner 2017, 141) aufspannt.

- Wo war eine Person zu verorten, die in der Corona-Krise hinter die medial vermittelte Realität zu blicken versuchte und dabei die Vermutung äußerte, dass die offizielle Politik angesichts der bereits investierten Unsummen und der Überlastung öffentlicher Haushalte keine andere Möglichkeit hatte, als bei der einmal beschlossenen Linie der Corona-Politik zu bleiben, ohne das Vertrauen der Bevölkerung zu verlieren?
- Wo war eine Person zu verorten, die in Anleh-

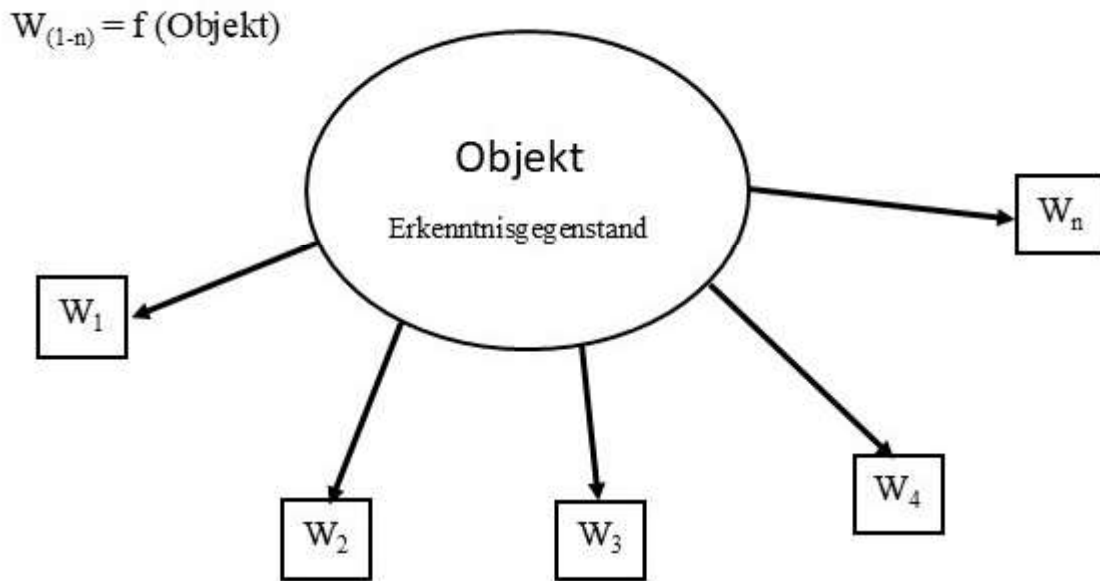
nung an den früher so bezeichneten „Militärisch-Industriellen Komplex“ einen „Ökonomisch-Medizinischen Komplex“ vermutete?

- Und wie ist es aktuell zu bewerten, wenn in der Ukraine-Krise Zweifel am öffentlich-rechtlichen Fernsehen laut werden, weil vielleicht der Eindruck entstand, dass von Caren Miosga, über Maybritt Illner und Sandra Maischberger bis zu Louis Klamroth und Markus Lanz immer nur die „üblichen Verdächtigen“ zu Wort kommen, die vermeintlich die Mehrheitsmeinung vertreten? (Precht/Welzer 2022, 39ff.)

Gerät mit solchen Fragen die genuine Funktion der politischen Bildung, den analytischen Blick hinter den zunächst wahrnehmbaren Schein zu ermöglichen, nicht schon in die Gefahr, sich in eine Grauzone zu begeben, an deren einem Ende sich verschwörungstheoretische Positionen einnisten? Hätten wir es dann mit einem „*Metaphysiker*“ zu tun, der von dem Mainstream einer zu empiriegläubigen Wissenschaftskultur „faktenbasiert“ ins Abseits gestellt werden könnte? Keinesfalls soll hier der empiriebasierten Analytik ihre Funktion abgesprochen werden, aber ihre Ausschließlichkeit wäre zu bestreiten. Der Rechtsphilosoph Arthur Kaufmann hat hierzu festgestellt, dass empirische „Analytik ohne Hermeneutik (...) leer (und) Hermeneutik ohne Analytik (...) blind (ist)“ (Kaufmann 1994, 106). Richtig ist deshalb trotzdem, dass Prozesse politischer Urteilsbildung tiefergehende hermeneutische Denkanstrengungen erfordern. Hier manifestiert sich sodann das epistemologische und sodann politische und bildungstheoretische Problem eines Wahrheitsanspruchs.

### Wahrheit(en) als epistemologische Erträge

Nicht erst seit dem *linguistic turn* wissen wir, dass die äußere bewusstseinsunabhängige Realität, die Sachen, die sogenannten „*Fakten*“ an sich stumm sind und erst durch das um Erkenntnis bemühte Subjekt zum Sprechen gebracht werden. Der Radikale Konstruktivismus erklärt daher in seiner eigenen Logik das Substantiv „Fakten“ aus seiner etymologischen Herkunft von dem lateinischen Verbum „*facere*“. Das Partizip Perfekt Passiv von „*facere*“ ist „*factum*“. Damit sind in dieser Sichtweise *Fakten* das „*Gemachte*“ und das Subjekt des Machens ist immer der Mensch. Fakten sind in diesem Sinne nicht etwas, das da draußen außerhalb des Denkens eine objektive Entität darstellt, sondern sie sind zumindest zum Teil auch subjektive Konstruktionen menschlichen Denkens und Handelns (Scherb 2002, 44f.). Aber soll Politik den Anspruch auf Wahrheit überhaupt aufgeben, weil doch vermeintlich alles vom Subjekt bzw. von der Mehrheit der Subjekte abhängt



*„Die Auffassung all dieser Wirkungen ist die vollständige Auffassung des Objekts.“ (Peirce)*

Abb. 1: Epistemologische Implikationen der Pragmatischen Maxime von Charles S. Peirce (eigene Darstellung)

und damit einem beliebigen Erkenntnisrelativismus unterliegt? In Theorieansätzen der politischen Epistemologie wird diese Frage mit einem dezidierten „Nein“ beantwortet (Vogelmann 2017, 20). Allerdings scheint es in politischen Fragen doch Auffassungsunterschiede zu geben, die gut begründet sind, aber mit dem Versuch einer Wahrheitsfindung nicht beseitigt werden können. Einen Anspruch auf Wahrheit zu verteidigen, „bedeutet daher nicht, autoritär Grenzen des Politischen zu setzen (wie dies in totalitären politischen Systemen geschieht; A.S.), sondern sich für jene sozialen Praktiken zu engagieren, die Rechtfertigungsstandards setzen bzw. korrigieren, die Öffentlichkeit herstellen, in denen entsprechende Rechtfertigungen verlangt und gegeben werden“ (Vogelmann 2017, 20). In der politischen Philosophie ist (nicht nur) eine Theorietradition erkennbar, die zur Pluralität vernünftig begründeter Meinungen in der „Pluralität von Wahrheiten“ (Vogelmann 2017, 18) ein Pendant sieht. Die philosophische Basis der Forderung, eine „Pluralität von Wahrheiten“ anzuerkennen, ist z. B. den epistemologischen Implikationen der pragmatischen Maxime von Charles Sanders Peirce zu entnehmen: „Der pragmatische Leitsatz (...) lautet: Man überlege, welche praktischen Wirkungen unserer Meinung nach von dem von uns aufgefassten Objekt verursacht werden könnten. Die Auffassung all dieser Wirkungen ist die vollständige Auffassung des Objekts“ (Peirce, 1903/1934, § 5.19).

Mit „Wirkungen“ (W) sind die Deutungen gemeint, die ein politisches Problem provozieren kann. Dabei ist die Menge der unterschiedlichen Wirkungen bzw. Deutungen abhängig von der Zahl derer, die sich kognitiv mit dem Problem auseinandersetzen. Wegen der epistemologischen Offenheit des Zugangs von Individuen zur diskursiven Auseinandersetzung spricht Peirce von einer „indefinite community of investigators“ (Peirce, zit. Apel 1973, 173), in der immer die Möglichkeit und die Legitimation besteht, neue Sichtweisen zu artikulieren, aber keine zu verabsolutieren (Grundmann 2019, 35) (s. Abb.1).

In dieser unbegrenzten Kommunikationsgemeinschaft liegt auch die Wurzel der Diskursethik. So fordert Jürgen Habermas, dass sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der kommunikativen Auseinandersetzung über die Frage, was man für „wahr“ halten kann und woran man sein Handeln ausrichten soll, als *Freie und Gleiche* begegnen (Habermas 1992, 99). Das Festhalten an einer Überzeugung darf deshalb nie in einen Alleinvertretungsanspruch münden, dessen emotionale und daher oft rationalitätsfeindliche Überhöhung die Anerkennung der Person gefährdet, die eine andere Auffassung vertritt. Somit führt die normative Wendung der erkenntnistheoretischen Implikationen der Pragmatischen Maxime von Peirce (Abb. 1) zu einem Unverfügbarkeitskonzept der personalen Würde des Menschen (Scherb 2023, 94f.).

## Die pragmatistische Demokratietheorie der Radbruchschen Formel

Jenseits aller legitimen Geltungsansprüche für unterschiedliche Auffassungen muss die Politik aber *hic et nunc* entscheiden. So entsteht der Zwang, in mehrheitsbestimmten Entscheidungsverfahren aus der prinzipiellen Unabschließbarkeit des Erkenntnisprozesses einen vorläufigen Ausweg zu nehmen. Dem prinzipiellen Wahrheitspluralismus entspricht daher eine Auffassung, die nach 1945 Gustav Radbruch vertreten hat. Er schreibt: Dieses Entscheidungsproblem „dürfte dahin zu lösen sein, dass das positive durch Satzung und Macht gesicherte Recht auch dann den Vorrang hat, wenn es inhaltlich ungerecht und unzweckmäßig ist, es sei denn, dass der Widerspruch des positiven Gesetzes als ‘unrichtiges Recht’ der Gerechtigkeit zu weichen hat. Es ist unmöglich, eine schärfere Linie zu ziehen zwischen den Fällen des gesetzlichen Unrechts und den trotz unrichtigen Inhalts dennoch gültigen Gesetzen“ (Radbruch, 1946, S.105f.). Diese rechtsphilosophische Position – die sogenannte Radbruchsche Formel – bewegt sich jenseits von Positivismus und Naturrecht (Kaufmann 1994, 21). Sie wurde frühzeitig vom Bundesverfassungsgericht als Grundlage seiner Rechtsprechung anerkannt (Schwill 2002, 79ff.). Demnach ist zwar zu akzeptieren, dass zu einem gegebenen Zeitpunkt die Mehrheitsentscheidung – also das positive Recht – Geltung beansprucht. Allerdings

steht dieser Anspruch immer auch auf dem Prüfstand und ist offen zu halten für spätere Interpretationen, die prinzipiell eine Korrektur/Revision ermöglichen können müssen. Gemeint ist damit also eine „*Legitimation von Legalität*“ (Solzbacher 1994, 325), die keineswegs als Affirmation der Faktizität verstanden werden darf. In der Pragmatischen Maxime von Peirce erscheint genau dies in einer Subjekt-Objekt-Balance, die jede Mehrheitsentscheidung immer an die außerhalb des Denkens existierende objektive Realität bindet und einer „normativen Kraft des Faktischen“ entgegensteht. In der Epistemologie von Peirce gilt deshalb, dass alle Auffassungen immer auch eine Funktion des Objekts/der Sache sind und nicht das Subjekt oder eine Vielzahl von Subjekten durch Mehrheitsentscheidung oder auch durch Konsens den alleinigen und endgültigen Ausschlag geben darf (Scherb 2023, 102).

## Der Politikzyklus als pragmatistische Konzeption der Politikdidaktik

Für die Politik und sodann für die politische Bildung bedeutet das eine Offenheit des Entscheidungsprozesses, wie sie etwa in dem von Peter Massing (1995, 87) vorgeschlagenen Politikzyklus (Abb. 2) angemessen zum Ausdruck kommt. Die Kontroversität der Deutungen ist nicht unabhängig von individuellen und gesellschaftlichen Interessen verstehbar. Auch wenn keinem Teilnehmer, keiner Teilnehmerin

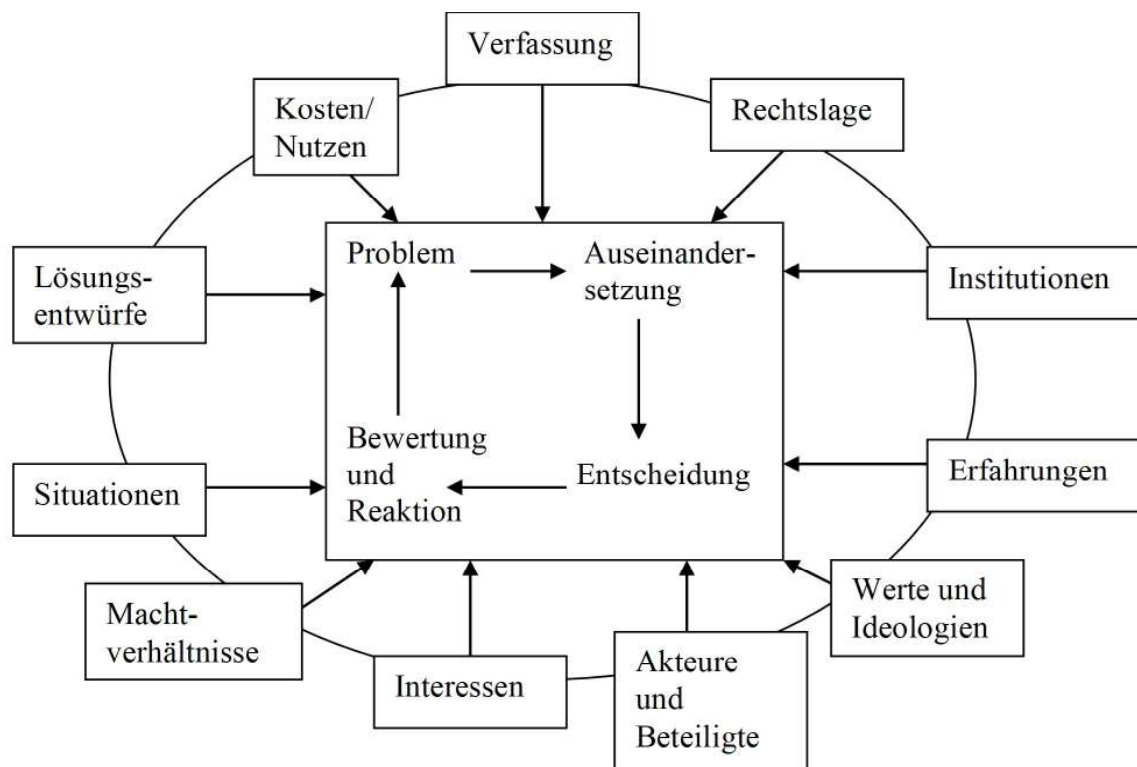


Abb. 2: Der Politikzyklus als Analysemodell nach Peter Massing

Quelle: Massing, P. (1995): *Wege zum Politischen*



am politischen Diskurs von vorneherein ein persönliches Interesse unterstellt werden kann, so sind die Wirkungen, die ein Objekt, ein Gegenstand oder eine politische Situation auslösen, eben nicht ohne das subjektiv-konstruktivistische Element erklärbar. Die daraus resultierende „Pluralität der Wahrheiten“ fordert den entwicklungs-offenen Prozess der Entscheidungsfindung, der sich neuen Sichtweisen nicht verschließt. Bereits Dolf Sternberger (1979 in: Behrmann/Schiele 1993, 4) hatte seinen Topos eines „Verfassungspatriotismus“ immer an die Forderung nach einer „lebende(n) Verfassung“ geknüpft, die sich der historischen Entwicklung und den damit verbundenen Reformprozessen nicht verschließt. Noch deutlicher bringt diese Offenheit der Titel der Festschrift für den ehemaligen Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing zum Ausdruck, die mit dem normativen Postulat der Pluralismustheorie „*Res publica semper reformanda*“ überschrieben ist (Patzelt, W. u.a. 2008) (s. Abb. 2).

Dennoch verlangt dieser Prozess der Offenheit auch nach einer Grenze der Toleranz gegenüber Bestrebungen, die diese Offenheit selbst angreifen. Auf dieser demokratietheoretischen Basis bewegt sich die Unabänderbarkeitsklausel des Grundgesetzes. Wenn Artikel 79 Absatz 3 GG die Unabänderbarkeit eines Verfassungskerns bestimmt, dessen grundlegendster Bezugspunkt die Menschenwürde ist, so ergeben sich daraus auch immanente Schranken für das in Artikel 2 GG statuierte Freiheitsrecht.

### Ein persönliches Schlusswort:

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir abschließend eine Anekdote aus meiner frühen Tätigkeit in einem Leistungskurs am Gymnasium zu erzählen:

In der Sorge über den verfassungsrechtlichen Schutz der Demokratie hatte ein Schüler in der Diskussion über das Konzept der Streitbaren Demokratie des Grundgesetzes die Unabänderbarkeitsklausel sinngemäß wie folgt in Frage gestellt:

„Wenn Artikel 79(3) bestimmte Grundprinzipien der Demokratie für unabänderbar erklärt, wäre es dann nicht logisch, einfach nur den Artikel 79 GG zu ändern oder mit der verfassungsgebenden Mehrheit abzuschaffen. Dann könnte man doch auch alle anderen Bestimmungen ändern und den Demokratieschutz abschaffen.“

Eine unmittelbar schlüssige Antwort auf diese Frage hatte ich damals als Referendar (1980) nicht parat. Dies hatte ich gegenüber dem Schüler auch so zugegeben und ihn gebeten zu akzeptieren, dass ich mich um eine Antwort bemühen würde. Nach einer Recherche in einem einschlägigen Grundgesetzkom-

mentar konnte ich in der nächsten Sitzung Auskunft geben. Demnach sei es aus der Sicht der zeitgenössischen Rechtslehre ein Gebot der Normlogik, dass eine Bestimmung, die die Unabänderbarkeit anderer Bestimmungen statuiert, diesen Unabänderbarkeitsanspruch auch für sich selbst behauptet. In der anschließenden Diskussion mit dem Seminar wurde aber auch das Problem thematisiert, dass Verfassungsfragen – wie schon Ferdinand Lassalle wusste – letztlich Machtfragen sind und demokratische Prinzipien auf Dauer nur überlebensfähig sind, wenn es eine Mehrheit der Demokraten gibt, die hinter diesen Prinzipien notfalls dezidiert Stellung bezieht. Nach wie vor ist der in der politischen Philosophie bei Thomas Hobbes nachlesbare Satz gültig: „*Autoritas non veritas facit legem!*“ Und die politische Hoffnung besteht vielleicht immer nur darin, dass die Autorität beim demokratisch legitimierten Souverän bleibt und dass sich dieser nicht selbst entmachtet, damit der Satz in Artikel 20 Absatz 2 GG „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ in Kraft gehalten werden kann.

Armin Scherb, Nürnberg

### Literaturhinweise:

- Apel, K.-O. (1973): *Transformation der Philosophie*, Frankfurt a.M.
- Gagel, W. (1992): *Politische Didaktik: Selbstaufgabe oder Neubeginn?* In: Breit, G./Massing, P. (Hg.)(1992): *Grundfragen und Praxisprobleme der politischen Bildung*, Bonn.
- Gagel, W. (1994): *Geschichte der politischen Bildung 1945-1989*, Opladen.
- Gagel, W. (1998): *Die zweite didaktische Wende in der politischen Didaktik?* In: *Gegenwartskunde* 4/1998, S.519-521.
- Gloe, M./Oeftering, T. (2017): *Ein ungehobener Schatz! Plädoyer für eine engere Verzahnung von Politischer Theorie und Politischer Bildung*. In: *POLIS* 1/2017, S.10-12.
- Grundmann, T. (2019): *Philosophische Wahrheitstheorien*, Berlin/Boston.
- Habermas, J. (1992): *Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln*, Frankfurt a.M.
- Hausteiner, Marlene (2021): *Zwischen Weltklärung und Fake News*. In: Vogelmann, F./Nonhoff, M. (2021): *Demokratie und Wahrheit*, Baden-Baden.
- Hufer, K-P. (2017): *Philosophie und Politik – Nachdenken über Staat und Gesellschaft*, *POLIS* 1/2017.

- Kaufmann, A./Hasssemer, W. (Hg.) (1994): *Einführung in die Rechtsphilosophie und Rechtstheorie der Gegenwart*, München.
- Macchiavelli, N. (1532/2007): *Il Principe*, cap. XVIII, Reclam-Ausgabe 2007.
- Massing, P. (1995): *Wege zum Politischen*. In: Ders./Weißeno, G. (Hg.) (1995): *Politik als Kern der Politischen Bildung. Wege zur Überwindung unpolitischen Politikunterrichts*, Opladen, S.61-98.
- Peirce, C.S. (1903): *Lectures on Pragmatism*. In: Hartshorne, C. et al., (1934): *Collected Papers of Charles Sanders Peirce*, Cambridge/Mass. § 5.19.
- Patzelt, W. u. a. (Hg.) (2008): *Res publica semper reformanda. Festschrift für Heinrich Oberreuter zum 65. Geburtstag*, Wiesbaden.
- Precht, R. D./Welzer, H. (2022): *Die vierte Gewalt*, Frankfurt a.M.
- Radbruch, G. (1946): *Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht*. In: *Süddeutsche Juristenzeitung*, 1946, S.105f.
- Sander, W. (2004): *Politik in der Schule. Kleine Geschichte der politischen Bildung in Deutschland*, Marburg.
- Scherb, A. (2002): *Ist eine konstruktivistische Politikdidaktik möglich?* Aachen.
- Scherb, A. (2003): *Streitbare Demokratie und politische Bildung*, Hamburg.
- Scherb, A. (2007): *Symbolische Politik und Politische Bildung*. In: *POLIS* 3/2007, S.17-20.
- Scherb, A. (2010): *Das Selbstbewusstsein der Akteure entwickeln – die Politische Bildung muss wieder philosophischer werden!* In: *Forum Politikunterricht* 1/2010, S.34-37.
- Scherb, A. (2023): *Pragmatistische Politikdidaktik und Demokratielernen*, Frankfurt a.M.
- Schwill, F. (2002): *Zur Anwendung der Radbruchschen Formel in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts*. In: *Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft* 1/2002, S.79ff.
- Solzbacher, C. (1994): *Politische Bildung im pluralistischen Rechtsstaat*, Opladen.
- Sternberger, D. (1979 / 1993). In: Behrmann, G./Schiele, S. (Hg.) (1993): *Verfassungspatriotismus als Ziel politischer Bildung*, Schwalbach/Ts. S.4ff.
- Vogelmann, F. (2017): *Demokratische Wahrheit statt postfaktischer Politik*. In: *Politische Bildung* 4/2017, S.16-20.
- Wölfl, F. (2022): *Aufsuchende politische Bildung: vom Komm- zum Geh-Modus*. In: *Forum Politikunterricht* 1/2022, S.35.

## Politische Bildung in postfaktischen Zeiten – Was kann politische Bildung leisten? Eine Antwort zum Artikel von Armin Scherb

Armin Scherb diskutiert in seinem Kommentar zu unserer Jahrestagung die Frage, was politische Bildung überhaupt leisten kann. Ich möchte diese Hinweise im Folgenden ordnen, zentrale Probleme herausarbeiten, die wir auch in dieser Zeitschrift immer wieder diskutiert haben – und sicher auch weiter diskutieren werden – sowie erste Antworten andeuten.

Armin Scherb beklagt vor allem zwei Dinge:

1. Es werde immer schwieriger werden, die „Wahrheit“ von Fakten und die Richtigkeit von Begründungen in der politischen Diskussion zu erkennen.
2. Die Politikdidaktik agiere teilweise zu theoriefieren, beschränke sich auf Methodik und ver falle damit der Gefahr einer „Eventisierung“ der politischen Bildung.

Armin Scherb spricht vom „instrumentellen Umgang mit der ‚Wahrheit‘“. Deshalb ist es sinnvoll,

„Wahrheit“ zunächst genauer zu definieren. Man kann mindestens unterscheiden zwischen *Wahrheit* und *normativer Richtigkeit* (Habermas 1981. Bd. 1. Kap.II)<sup>1</sup>.

### Wahrheit

Hier geht es um die Fakten, die einer Entscheidung zugrunde liegen und mit denen Handeln begründet werden kann. Die empirische Wirklichkeit dieser Fakten kann grundsätzlich bestritten werden. Ich kann zum Beispiel bestreiten, dass es den Klimawandel überhaupt gibt und/oder dass er von Menschen verursacht worden ist. Sowohl die Wahrheit der „Fakten“ als auch die Einwände dagegen müssen sich eine kritische Prüfung gefallen lassen.

Fakten existieren – anders als „normative Richtigkeit“ – unabhängig von der Zustimmung der Ur-

teilenden. Die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020 wurden nicht manipuliert, Donald Trump nicht um den Wahlsieg betrogen, selbst wenn eine Mehrheit der Anhänger der Republikaner in den USA davon überzeugt ist.

Ein weiteres Problem ist, dass Fakten völlig unterschiedlich interpretiert werden können. Dass 41,1 % der Straftatverdächtigen (also der Straftaten, deren Akten die Polizei an die Staatsanwaltschaft übergeben hat) 2023 keine deutsche Staatsangehörigkeit besaßen, ist eine Tatsache (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2460/umfrage/anteile-nicht-deutscher-verdaechtiger-bei-straftaten-zeitreihe/>). Eine andere Frage ist, wie diese Tatsache interpretiert wird. Sind Ausländer bzw. Einwanderer also ein Sicherheitsrisiko (<https://afd-fraktion-hamburg.de/2024/05/28/afd-anfrage-zeigt-auslaenderkriminalitaet-stieg-seit-2008-um-80-prozent-nockemann-unkontrollierte-migration-ist-ein-sicherheitsrisiko-fuer-hamburger/>) oder müssen die Zahlen differenziert betrachtet werden (Unterschied Verdächtige - Verurteilte, erhöhter Ausländeranteil in Deutschland, soziodemografische Unterschiede zwischen deutscher und nichtdeutscher Bevölkerung, Eingang nicht in Deutschland wohnhafter Personen in die Kriminalstatistik, Anzeigeverhalten der Bevölkerung, Ausschluss bestimmter Delikte, z. B. Finanz- und Steuerdelikte aus der Statistik usw. (<https://www.bpb.de/500003/auslaenderkriminalitaet/>)).

## Unterschiede „neue“ – „alte“ Medien

In den „alten“ Medien – öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Qualitäts-Printmedien (inklusive ihrer digitalen Verbreitung) – werden in der Regel die Fakten geprüft (gibt es überhaupt Hinweise auf Wahlbetrug?) und/oder es werden verschiedene Interpretationen der Fakten angeboten. Das gilt in der Regel auch dann, wenn die Meinungsäußerungen in den Kommentaren einseitig ausfallen und damit eine bestimmte Interpretation der „normativen Richtigkeit“ (s. u.) unterstützt wird (also z. B. pro Verbote und Einschränkungen bei Corona oder pro Waffenlieferungen an die Ukraine). Die Gegenseite kommt in der Regel zu Wort, selbst über Verschwörungstheorien können sich die Nutzer in diesen Medien (allerdings kritisch) informieren<sup>2</sup>. Es ist möglich, sich mit Hilfe dieser Medien eine eigene Meinung zu bilden, in der die zugrundeliegenden Tatsachen realistisch berücksichtigt werden.

In den „neuen“ Medien (aber nicht nur hier, siehe zum Beispiel die Medienlandschaft in den USA) entstehen Filterblasen, deren Bewohner nur mehr eine bestimmte Beschreibung der Fakten präsentiert bekommen (z. B. Wahlbetrug bei den Präsidentschafts-

wahlen).

Die Nutzer der Sozialen Medien produzieren selbst die Inhalte (den Content) der Plattformen. Durch eigene Posts, durch die Weiterleitung von News, durch Likes und Dislikes, mit denen bestimmte Meldungen versehen werden, bestimmen sie mit, was die anderen User in ihren Newsfeeds präsentiert bekommen. Eine professionelle Prüfung dieser Inhalte erfolgt kaum oder gar nicht. Die Algorithmen der Plattformen sorgen zudem dafür, dass vor allem „News“ präsentiert werden, die neue Clicks (und damit Einnahmen für die Plattformen) generieren (Gewalt, Hass, Skandal, Personalisierung etc.). Der Wahrheitsgehalt interessiert hier nicht, Hasskommentare und spektakuläre Fakenews stoßen oft auf das größte Interesse. Allerdings: Es gibt auch Bemühungen, diese Probleme zu bearbeiten, z. B. durch das Europäische Medienfreiheitsgesetz ([https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/new-push-european-democracy/protecting-democracy/european-media-freedom-act\\_de](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/new-push-european-democracy/protecting-democracy/european-media-freedom-act_de)) oder das Netzwerkdurchsetzungsgesetz ([https://www.bmj.de/DE/themen/digitales/digitale\\_kommunikation/netz\\_dg/netz\\_dg\\_node.html](https://www.bmj.de/DE/themen/digitales/digitale_kommunikation/netz_dg/netz_dg_node.html)).

Welche Denkanstöße kann die politische Bildung hier geben? Wie kann sie den rationalen Umgang mit Fakten unterstützen? Im Politikunterricht und in außerschulischen politischen Bildungsveranstaltungen sollten die Teilnehmenden

- mit Massenmedien als Quellen arbeiten, die die Fakten prüfen; sie sollten auch erfahren, wie sie das tun;
- Techniken einüben, die helfen, die Wahrheit der Fakten zu analysieren;
- verschiedene Interpretationsmöglichkeiten von (geprüften) Fakten diskutieren;
- Kompetenzen erwerben, über die „Redakteure“ im Internet (die Nutzer, die Content produzieren, liken oder weiterleiten) verfügen sollten (Pörksen 2023, VHB: Massenmedien);
- die Machtverhältnisse und die Praxis des Mediengebrauchs in der digitalen Welt analysieren (Pörksen 2018, S. 206f.).

## Normative Richtigkeit

Normative Richtigkeit meint die Richtigkeit oder Gerechtigkeit von moralischen Entscheidungen und ethischen Urteilen.

Politische Entscheidungen müssen begründet werden und die Begründungen müssen sich in einer kritischen Diskussion bewähren können. Strittige Fragen werden in der Öffentlichkeit diskutiert (Beispiele: Unter welchen Bedingungen sind Schulschließungen in der Covid-Pandemie gerechtfertigt? Mit wel-



chen Argumenten können Waffenlieferungen an die Ukraine begründet oder abgelehnt werden?). Dabei werden die Fakten geprüft, die der Entscheidung zugrunde liegen, und es wird diskutiert, ob ein bestimmtes Ziel mit den vorgesehenen Maßnahmen erreicht werden kann. Zur Diskussion stehen aber auch die moralischen und ethischen Kriterien, mit denen die Richtigkeit oder Angemessenheit der Entscheidung begründet wird. Bei dieser öffentlichen Diskussion, die im Wesentlichen über die Medien geführt wird, haben die Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit dem politischen Vorhaben zuzustimmen, es abzulehnen oder dazu eine neutrale Position des „Dahingestellt-Lassens“ einzunehmen (Habermas 2024, 121). Sie können diese Haltung in (halb)privaten Diskussionen und politischen Aktivitäten (Wahl, öffentliche Meinungsäußerung) zum Ausdruck bringen.

Bei der Richtigkeit oder Gerechtigkeit von moralischen Entscheidungen und ethischen Urteilen (normative Richtigkeit), auf die politische Entscheidungen (auch) aufbauen, geht es um „richtig“ oder „falsch“ (moralische Entscheidungen) bzw. um „angemessen“ oder „nicht angemessen“ (ethische Urteile). In die moralischen und ethischen Begründungen, die in der öffentlichen Diskussion gebraucht werden, fließen geltende bzw. gültige gesellschaftliche Normen und auch „Theorien“ ein (kategorischer Imperativ, Pragmatismus, Theorie kommunikativen Handelns etc.), die moralische oder ethische Standards formulieren oder kritisieren.

Entscheidend ist, dass in der öffentlichen Diskussion Begründungen geprüft, über Allgemeinwohl diskutiert, Dissense und Konsense herausgearbeitet werden. Die politischen Entscheidungsinstitutionen greifen in diesen Diskussionsprozess ein und berücksichtigen (im Idealfall) Ergebnisse dieses Diskussionsprozesses in ihren Entscheidungen. Wenn dieser Mechanismus funktioniert, besteht die Hoffnung auf (relativ) rationale Entscheidungen. Ob dieser Mechanismus in der „neuen“ Medienwirklichkeit noch funktioniert oder überhaupt je funktioniert hat, ist Teil der Diskussion in den „Theorien“, denen Scherb in der Politikdidaktik mehr Gewicht einräumen will.

Was kann die politische Bildung beitragen, damit die „normative Richtigkeit“ politischer Vorhaben angemessen diskutiert wird? Im Politikunterricht und in Bildungsveranstaltungen sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

- an Beispielen einüben, bei der Analyse politischer Konflikte verschiedene Perspektiven einzubeziehen und dabei die eigenen Interessen sowie Fragen des Allgemeinwohls zu diskutieren;
- die Wertebasis von politischen Entscheidungen herausarbeiten und die Wertebasis ihrer Kritiker

- diskutieren; über die eigenen Werte nachdenken;
- „Theorien“, die Werte begründen und/oder kritisieren, untersuchen (Es fragt sich nur, welche Theorien! Diese Diskussion wird in der Politikdidaktik kaum endgültig abgeschlossen werden können);
- grundlegende Konflikte oder Spannungsverhältnisse in der Gesellschaft analysieren (Ökologie - Ökonomie; Gleichheit - Freiheit; Innen - Außen; Sicherheit - Freiheit usw.);
- über den normativen Kern der Verfassung nachdenken und seine praktische Umsetzung diskutieren.

### Um was ging es eigentlich bei der Tagung?

Bei der Tagung ging es darum, wie Jugendliche, die sich nicht für Politik interessieren (oder auf den ersten Blick nicht interessieren) für politische Bildungsveranstaltungen gewonnen werden können.

Dafür gab es verschiedene Antworten:

- mehr Demokratiepädagogik (Wolfgang Beutel),
- die Leiden der Jugendlichen zum Thema politischer Bildung machen (Fritz Reheis),
- die Jugendlichen an der Gestaltung politischer Bildungsveranstaltungen beteiligen (Pia Bittner),
- an der Arbeitssituation ansetzen (Arbeit & Leben Hamburg),
- in den Äußerungen der Jugendlichen nach politischen Themen suchen (Helle Becker),
- die Jugendlichen im Alltag ansprechen (aufsuchende politische Bildung) (Siegfried Grillmeyer, Sarah Präbner, Wassili Siebert u. a.)<sup>3</sup>.

Die Beiträge gaben vor allem wichtige Hinweise für die außerschulische politische Bildung.

### Was kann man von Politischer Bildung und der Politikdidaktik erwarten?

Politikdidaktik kann sicher keine Unterrichts- oder Seminarkonzepte für jede Gelegenheit bieten. Die Vorbereitung, Durchführung und Evaluation politischer Bildungsveranstaltungen wird eher komplizierter und aufwendiger, wenn die Lehr- oder Teamkräfte über fachdidaktisches Wissen verfügen. Die Studierenden der Politikdidaktik sollten aber mindestens Hinweise bekommen, wie sich ihre Kenntnisse über fachdidaktische Theorien und empirische Forschungsergebnisse bei der Vorbereitung, Durchführung und Evaluation von Bildungsveranstaltungen nutzen lassen.

Die oben angedeuteten Antworten müssen selbstverständlich präzisiert werden. In den Detailfragen

werden weitere Dissense auftauchen. Im Studium der Politikdidaktik sollten sich die Studierenden mit *unterschiedlichen* fachdidaktischen Konzepten auseinandersetzen und eine eigene Position erarbeiten können.

Politische Bildung macht nur einen (kleinen) Teil der politischen Sozialisation aus. Wichtiger sind die Einflüsse von Gleichaltrigen, der Familie, Erfahrungen im Beruf, in der Freizeit, politische Konstellationen und Ereignisse, denen die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Lebensspanne begegnen.

Politische Bildung allein kann nicht die Welt retten, sie muss sich auch auf ein einigermaßen funktionierendes politisches System verlassen können: Die Bürgerinnen und Bürger „müssen [...] auch *vertrauen* können, dass ihre Stimmen in demokratischen Wahlen gleichmäßig zählen, dass es in Gesetzgebung und Rechtsprechung, im Regierungs- und Verwaltungshandeln grosso modo mit rechten Dingen zugeht und dass in der Regel eine faire Möglichkeit zur Revision besteht, wenn zweifelhafte Entscheidungen getroffen werden. [...] Problematisch an solchen Praktiken sind nicht die idealisierenden Unterstellungen, die sie ihren Teilnehmern abverlangen, sondern die Glaubwürdigkeit der Institutionen, die diese Idealisierungen nicht offensichtlich und auf Dauer demontieren dürfen.“ (Habermas 2022, 17)

Am Schluss seiner Ausführungen merkt Scherb an, dass „demokratische Prinzipien auf Dauer nur überlebensfähig sind“, wenn eine Mehrheit der Bevölkerung diese demokratischen Prinzipien unterstützt. Die Frage, was politische Bildung dazu beitragen kann, wird immer wieder diskutiert werden müssen. Unsere Jahrestagung hat zu dieser Diskussion beigetragen.

*Peter Herdegen, Regensburg*

### Fußnoten:

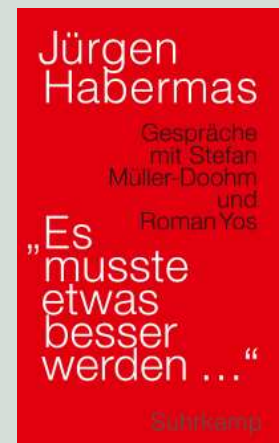
<sup>1</sup> Ein dritter Bereich ist „subjektive Wahrhaftigkeit bzw. Authentizität“. Sie betrifft die „Wahrhaftigkeit einer expressiven Äußerung oder die Stimmigkeit eines ästhetischen Urteils“ (Habermas 2024, 121f.). Darauf gehe ich hier nicht weiter ein.

<sup>2</sup> Irritierend ist, dass z. B. Richard David Precht, der in allen Medien präsent ist, beklagt, dass Meinungen, die er vertritt, in den Leitmedien nicht zu Wort kommen. Scherb zitiert Precht/Welzer (2022): *Die vierte Gewalt*. Frankfurt/M.

<sup>3</sup> „Gamification“ meint übrigens in diesem Zusammenhang spielerische Elemente in Bildungsveranstaltungen einzubauen (z. B. Quiz, Ranglisten, Gruppenaufgaben, Auszeichnungen), mit denen die Motivation der Teilnehmer erhöht werden kann. Das kann, muss aber nicht zu einer Trivialisierung politischer Bildung führen.

### Literatur:

- Jürgen Habermas (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt/M. Bd. 1.
- Jürgen Habermas (2022): *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*. Berlin.
- Jürgen Habermas (2024): „Es musste etwas besser werden ...“. *Gespräche mit Stefan Müller-Dohm und Roman Yos*. Berlin.
- Bernhard Pörksen (2018): *Die große Geiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung*. Bonn.
- Bernhard Pörksen (2023): *Die redaktionelle Gesellschaft. Eine konkrete Utopie*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 43-45. S. 18-24.
- Richard David Precht/ Harald Welzer (2022): *Die vierte Gewalt*. Frankfurt/M.
- Virtuelle Hochschule Bayern (vhb.org): *Massenmedien im Fach Politische Bildung (Politik und Gesellschaft)*. Modul 7c



## Bericht über die Mitgliederversammlung des Landesverbandes Bayern der DVPB am 21. September 2024 in der Akademie für Politische Bildung Tutzing

An der Mitgliederversammlung in der Akademie für Politische Bildung im Rahmen der Jahrestagung 2024 nahmen ca. 35 Mitglieder teil.

Der Rechenschaftsbericht gab einen Rückblick auf die Projekte des Verbandes.

Der Vorsitzende dankt zunächst der Akademie für Politische Bildung und der Europäischen Akademie Bayern für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Planung und Durchführung der Jahrestagung 2024.

Die Verleihung des Abiturpreises 2024 war erneut Höhepunkt der Aktivitäten. Der Abiturpreis konnte das fünfte Mal in Folge verliehen werden und stellt mittlerweile das Aushängeschild des Verbandes dar. Fritz Wölfl schildert hierzu das aktuelle Verfahren von der Einreichung der W-Seminararbeiten über die Korrekturarbeit der Jury bis hin zur Preisverleihung. Nähere Informationen zu den Preisträgerinnen und Preisträgern 2024 sowie den Arbeiten als solches (Themen, Begründung der Jury) können auf der Homepage oder in „Forum Politikunterricht“, Heft 01/24 nachgelesen werden. Als Ausblick auf 2025 wird die veränderte Situation, die sich aus der Umstellung des G8 auf das G9 ergibt, thematisiert. Trotz reduzierter Anzahl an Arbeiten, die sich aus dem Wegfall des Abiturprüfungsjahrgangs ergeben, möchte der Verband die Tradition fortsetzen und den Preis – angepasst an die besondere Situation des Prüfungsjahrgangs – verleihen. Der Vorsitzende dankt Fritz Wölfl für die Leitung dieses wertvollen Projekts, Uta Lechner für die äußerst intensive Pressearbeit sowie der Jury für die kooperative Korrekturarbeit. Ein besonderer Dank ergeht an die Heinz-und-Sybille-Laufer-Stiftung für Politische Wissenschaft, die den Abiturpreis erneut finanziell unterstützt hat.

Peter Herdegen berichtet über den aktuellen Stand der Herausgabe von „Forum Politikunterricht“. Verstärkung bekam die Redaktion durch Uta Lechner, Gabriele Griese-Heindl und Sabine Kehr. Der Veröffentlichungsmodus, eine Print-Ausgabe und eine online-Ausgabe pro Jahr, soll beibehalten werden.

Der Vorsitzende thematisiert die aktuelle Lage bezüglich der Betreuung der Homepage. Sebastian Haas, der die Modernisierung der Homepage maßgeblich mitverantwortete, steht aus beruflichen Gründen nicht mehr zur Verfügung für diese so wichtige Aufgabe. Nach einer Lösung wird aktiv gesucht.

Es folgen weitere Punkte der Verbandsaktivitäten, die kurz vorgestellt werden: Unterstützung von

„vote16“, stabile Mitgliederzahlen und personelle Besetzung des Vorstands, die Einführung der „Verfassungsviertelstunde“ zum Schuljahr 2024/25, Termin im Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

Armin Seemann erläutert die finanzielle Situation des Verbandes mit Hilfe einer detaillierten Übersicht. Dabei geht er sehr ausführlich auf die Ausgaben und Einnahmen des Verbandes ein.

Der schriftliche Kassenbericht und das Kassenbuch des Verbandes wurden von dem gewählten Kassenprüfer Martin Warmuth sowie von Karina Kopicer und Knut Thiesen als Vertreter des gewählten Kassenprüfers Jens Beck am 21. September 2024 in Anwesenheit des Schatzmeisters durchgeführt. Die Kassenprüfer stellen nach Einsicht in die Unterlagen eine ordnungsgemäße Kassenführung fest. Es gibt keinerlei Beanstandungen. Der Schatzmeister wird entlastet.

### Turnusmäßige Neuwahl des Vorstandes

Nach der Entlastung des Vorstandes erfolgte unter der bewährten Regie des Ehrenvorsitzenden Prof. Peter Hampe die Neuwahl des gesamten Vorstandes.

Zum Vorsitzenden des Landesverbandes wurde wieder Prof. Stefan Rappenglück, zu seinem ersten stv. Vorsitzenden Bernhard Hof und zum Kassier Armin Seemann gewählt.

Neu im engen Vorstand sind als zweite stv. Vorsitzende Uta Lechner und als Schriftführerin Sonja



Der enge Vorstand (v.l.n.r.): Bernhard Hof, Uta Lechner, Stefan Rappenglück, Armin Seemann, Sonja Zimmermann  
Foto: Martina Macher



Zimmermann.

Ferner wurden 13 Kolleginnen und Kollegen aus der Schule, der außerschulischen politischen Bildung und der Hochschullehre in den erweiterten Vorstand des Landesverbandes gewählt.

Ebenfalls wurden die beiden Kassenprüfer Jens Beck und Martin Warmuth wiedergewählt.

restagung nicht in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing stattfinden. Die Jahrestagung 2025 wird dafür im Caritas-Pirckheimer-Haus in Nürnberg abgehalten.

Der Vorsitzende stellt den Antrag auf Erhöhung des Mitgliedsbeitrags zur Diskussion. Als Hauptargument führt er einen größeren finanziellen Spielraum für anstehende Projekte (v. a. für weitere Preise im



Der erweiterte Vorstand (v.l.n.r.): Harald Retsch, Bernhard Hof, Uta Lechner, Stefan Rappenglück, Armin Seemann, Jörg Siegmund, Sabine Hoffmann, Fritz Wöfl, Peter Hampe, Sonja Zimmermann

Foto: Martina Macher

Rahmen der Abiturpreisverleihung) an. Die letzte Erhöhung fand 2013 statt.

Nach kurzer Diskussion im Plenum wird mehrheitlich eine Erhöhung auf 70€ festgelegt. Der Mitgliedsbeitrag für Studierende und Studienreferendare wird auf 35€ erhöht.

Abiturpreis 2025

Auch im Jahr 2025 wird der Abiturpreis Politik und

Gesellschaft des Landesverbandes verliehen. Die Verleihung wird entweder am 1. Juli oder 4. Juli 2025 im Bayerischen Landtag unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Ilse Aigner stattfinden.

Prof. Dr. Stefan Rappenglück, München

Zukünftige Projekte und Erhöhung des Mitgliedsbeitrages

Es wird angestrebt, die Homepage in Zukunft lebendiger und aktueller zu gestalten. 2025 kann die Jah-

### Save the Date: Jahrestagung 2025

Die Jahrestagung 2025 des Verbandes findet vom **19. - 20.09.2025** im CPH (Caritas-Pirckheimer-Haus) in **Nürnberg** statt.

\*\*\*\*\*

Im Rahmen der Tagung findet die Mitgliederversammlung am Freitag, 19.09.25, statt.

\*\*\*\*\*



Marcus Meier / Maren van Norden / Sebastian Werner (Hrsg.): *Bildungsarbeit gegen Antisemitismus. Grundlagen, Methoden & Übungen*. Frankfurt 2024: Wochenschau Verlag. 312 S., € 28,90



Bei dem Band aus dem Wochenschau Verlag handelt es sich um eine aktualisierte und erweiterte Neuauflage der Erstauflage von 2020. Somit können die neuen, erschreckenden Entwicklungen seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 in die didaktische Konzeption und in die entsprechenden methodischen Umsetzungen des Bandes einbezogen werden. Dabei haben 13 Autorinnen und Autoren mitgearbeitet, welche sich auch in anderen Projekten, nicht zuletzt in der Kooperation mit der Kölnischen Gesellschaft für Christlich Jüdische Zusammenarbeit, mit den Themen des Antisemitismus und des Rechts- und Linksextremismus beschäftigt haben.

Den Rahmen für die Artikel in dem 306 Seiten umfassenden Band bildet die Darstellung vielfältiger Formen des Antisemitismus, welche die Herausgeber auf dem Hintergrund der Zeitgeschichte (Pandemie, Überfall auf die Ukraine, Nahostkonflikt) in der Einleitung beschreiben. Dies sind u. a. Demonstrationen gegen staatliche Maßnahmen und die Behauptung, einer (...) ähnlichen Verfolgung ausgesetzt zu sein wie Jüdinnen und

Juden im Nationalsozialismus, womit sie die nationalsozialistischen Verbrechen relativieren (S.10).

Den Auswirkungen der politischen Ereignisse und der Neubelebung der verschiedenen Formen des Antisemitismus auf die Veränderung der politischen Kultur in Deutschland, der Diskussion in den Medien, in denen nach ihrer Meinung die Solidarität mit Jüdinnen und Juden verschwindet, den zunehmenden verbalen und tätlichen Angriffen auf Jüdinnen und Juden in Schulen Universitäten u. a. wollen die Autorin und die Autoren mit handlungs- und subjektorientierten Methoden in der politischen Bildung begegnen, welche mit konkreten Beispielen Bezüge zu der Lebensrealität der politisch Lernenden herstellen.

Dabei sind die einzelnen Artikel nach der für Lehrerinnen und Lehrer in der politischen Bildung üblichen und hilfreichen Struktur-Sachanalyse, in der das notwendige Grundlagenwissen bereitgestellt wird, als Beschreibung der für die Umsetzung in der politischen Bildung zu empfehlenden Methoden aufbereitet. Eine zusätzliche Attraktivität der Publikation besteht in dem Angebot des Verlages, die Arbeitsmaterialien zur Durchführung der in den Artikeln beschriebenen Methoden auf der Website heruntergeladen zu können.

An diesem Schema werden sodann etwa 14 Themen unterschiedlicher Perspektiven des Antisemitismus aufbereitet.

Die Herausgeber Marcus Meier und Sebastian Werner greifen zudem allgemein, ohne dass eine unmittelbare Umsetzung in eine Unterrichtsreihe erfolgt, die Probleme und Herausforderungen der Behandlung des Antisemitismus in der politischen Bildung in ihrem Beitrag „Gedanken zur politischen Bildungsarbeit gegen Antisemitismus“ (S. 133 - 147) auf, indem sie sowohl die öffentliche Diskussion und aktuelle Studien als auch deren Bedeutung für die Bewusstseinsbildung der politisch Lernenden berücksichtigen und insbesondere die Anforderungen an eine Pädagogik gegen Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft thematisieren; ebenso die Herausgeberin Maren van Norden in „Antifeminis-

mus als Einfallstor? Über das Zusammenwirken von Antifeminismus und Antisemitismus“ (S. 189 - 204) und Birte Klarzyk in ihrem Aufsatz „Genese des Antisemitismus. Ein historischer Überblick zur Entwicklung antisemitischer Motive und Stereotype“ (S. 33-48).

Die konkreten Erfahrungen der 13 Autorinnen und Autoren im Bereich der politischen Bildungsarbeit zeigen sich nicht zuletzt in den Unterrichtsmodellen, in denen die Sachanalysen in handlungsorientierte Methoden umgesetzt werden. So geht zum Beispiel Philipp Hecht in seinem Beitrag „Cui Bono? Über Verschwörungstheorien“ (S. 169-188) in der Sachanalyse zunächst von der Diskussion über die Begriffe der Verschwörungstheorie im Sinne einer wissenschaftlich falsifizierbaren Theorie und der Abgrenzung zu der Definition der Verschwörungsideologie aus, wonach „jeder sachliche Widerspruch in die entsprechende Ideologie integriert würde, etwa durch die Annahme, der oder die Widersprechende sei selbst Teil der Verschwörung“ (S. 170). Neben der Darstellung „Historische Entstehung der Verschwörungstheorien“ und der weiteren Vertiefung „Charakteristika der Verschwörungstheorien“ hat sodann die Hervorhebung der Rolle des Antisemitismus im Kontext der Verschwörungstheorien eine aktuelle Bedeutung. Dieser Aspekt der Analyse führt zusammen mit der Darstellung der subjektiven Faktoren, etwa dem Wunsch nach einer „idealen Welt“ (vgl. hierzu S. 177), welcher die zunehmende Bedeutung der Verschwörungstheorien erklären könnte, zu der Ausdifferenzierung der Überlegungen „Herausforderungen für die politische Bildung“ (S. 179ff.). Diese Herausforderungen sehen die Autoren in den sodann für die methodische Umsetzung bedeutsamen Aspekten der „konkretinhalten Auseinandersetzung mit Verschwörungstheorien“ einerseits und der hiermit zu verknüpfenden „Ich-Stärkung“ der politisch Lernenden. Deshalb ist es konsequent, im methodischen Teil (S. 184-188) darzustellen, wie man die politisch Lernenden in Gruppenarbeiten zur konkreten Auseinandersetzung mit

den Verschwörungstheorien und mit deren jeweiliger Bedeutung für ihre eigene Lebenssituation und für diejenige Betroffener motivieren kann.

Der Band ist sowohl wegen der umfassenden Sachanalysen (mit vielfältigen weiterführenden Literaturhinweisen) als auch wegen der großen Anzahl der vorgestellten Methoden und Medien von großer Bedeutung für die Praxis der politischen Bildung, die sich dem Thema des Antisemitismus widmet.

Univ. Prof. em. Dr. Carl Deichmann, Jena

**Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.): Demokratie oder Faschismus. Was heute auf dem Spiel steht.**  
Berlin 2024: Edition Blätter.  
432 S., € 24.-



Dieser Sammelband ist eine wahre Fundgrube: Er enthält 46 Beiträge zum Thema Gefährdung der Demokratie von rechts, die in den letzten Jahren in den Blättern für deutsche und internationale Politik erschienen sind. Wenn im Titel von „Faschismus“ die Rede ist, meint dieser Begriff nicht die Wiederkehr des historischen Faschismus des 20. Jahrhunderts, sondern eine „modernisierte“ Form (S. 11). Gemeinsam ist den in diesem Sinne zusammengefassten Kräften aber „die Hetze gegen Minderheiten, der Kampf gegen Frauenrechte und gegen wirksamen Klimaschutz, ein aggressiver

Nationalismus – und vor allem der Wunsch, die Demokratie nach und nach durch eine Form autoritärer Herrschaft zu ersetzen.“ Kurz: „Wir erleben Schicksalsjahre der Demokratie, die global auf dem Prüfstand steht“, heißt es im Editorial (ebd.).

Der erste Teil des Sammelbands beleuchtet unter der Überschrift „Der Rechtsruck und seine Vordenker“ die Ausprägungen und ideologischen Orientierungen der gegenwärtigen extremen Rechten. Im zweiten Teil, überschrieben mit „Neue Allianzen: Rechtslibertäre, Querdenker und Rechtsextreme“, geht es um neuartige Verbindungen politischer Milieus, vor allem hervorgerufen durch die Coronapandemie, in denen „anarchokapitalistische Staatsverächter“ und „sozialdarwinistisch orientierte Ultrarechte“ Berührungspunkte gefunden haben. Der dritte Teil „Deutschland rechtsaußen“ befasst sich mit der AfD, ihrer Geschichte, den gesellschaftlichen Auswirkungen ihres Aufstiegs und der drohenden Unterwanderung der Justiz. In „America first“, dem vierten Teil, werden unter anderem die Ursprünge jener Bewegung, die Donald Trump an die Macht gebracht hat, bis in die Zwischenkriegszeit zurückverfolgt. Der fünfte Teil „Putins Russland: Autoritär, anti-westlich, imperial“ beschreibt die aggressive Form der Machtausübung Putins und stellt die Frage, inwiefern es sich dabei tatsächlich schon um einen „offenen Faschismus“ handelt. Im sechsten Teil „Die rechte Internationale“ erfährt der Leser, wie weit die globale Vernetzung rechter Kräfte, von Italien über Indien bis Brasilien und anderswo, bereits gediehen ist. Der siebte Teil mit der Überschrift „Gegenstrategien und Gegenperspektiven“ gibt einen Überblick über jene Initiativen und Prozesse, die das Vordringen der Rechten stoppen wollen.

„Alle Beiträge“, so endet das Editorial, „teilen eine grundlegende Erkenntnis: Der Kampf gegen den neualten Faschismus ist, allen Rechtsschwenks zum Trotz, noch lange nicht verloren.“ Die Herausgeber wollen „einen Beitrag dazu leisten, dieses demokratische Engagement zu stärken“ (S. 12). Das Buch ist ein gelungenes Beispiel für politische

Multiperspektivität angesichts der zunehmenden Erosion demokratischer Überzeugungen und Strukturen. Durch die sich an das Inhaltsverzeichnis anschließenden Kurzfassungen der Beiträge findet der Leser schnell zu jenen Fragen, die ihn am meisten interessieren.

Fritz Reheis, Rödental

**Heiner Flassbeck: Grundlagen einer relevanten Ökonomik.** Frankfurt/Main 2024: Westend Verlag. 464 S., € 68.-



Die Wirtschaftswissenschaft sei gar keine Wissenschaft, sondern eher so etwas wie Religion, heißt es manchmal. Ganz so hart ist Flassbecks Urteil nicht. Aber man müsse die herrschende Wirtschaftswissenschaft endlich „vom Kopf auf die Füße“ stellen (S. 447), damit sie Relevanz beanspruchen könne. Heiner Flassbeck ist in der Tat nicht nur Theoretiker, sondern zudem ein Praktiker der Makroökonomie, war zuletzt Direktor der Abteilung für Globalisierung und Entwicklungsstrategien bei der UNCTAD in Genf, davor Leiter der Abteilung Konjunktur im DIW Berlin. Begonnen hatte seine Karriere im Stab der sogenannten „Wirtschaftsweisen“ und danach im Bundeswirtschaftsministerium. Seine politische Arbeit habe ihm „die Augen geöffnet, wie sehr die Politik der Sklave der ökonomischen Lehrmeinungen“ sei (S. 10).



Im Vorwort bezeichnet Flassbeck das Buch als sein „Lebenswerk“, in dem der Ertrag von 50 Jahren praktischer und theoretischer Makroökonomik enthalten sei (S. 9). Flassbecks „relevante Ökonomik“ verabschiedete sich grundlegend von den neoklassischen Marktmodellen, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun hätten, sondern dem Prinzip „Eleganz“ vor „Relevanz“ gehorchten (S. 181). Der neoklassische Versuch, die Welt der Wirtschaft in unendlich viele Märkte auseinander zu reißen und dann nach den Voraussetzungen für Marktgleichgewichte zu suchen, führe in die Irre. Die Neoklassik konstruiere nichts als ein „gewaltiges Labyrinth mit nahezu unendlich vielen Wegen“, die sich zum allergrößten Teil als „Sackgassen“ erweisen, aus denen man sich dann mit viel Geduld herausarbeiten bemühe (S. 9). Statt „Gleichgewichte“ zum leitenden Erkenntnisinteresse zu erheben, sollte man, Flassbeck zufolge, die Dynamiken beschreiben und erklären, die in der realen Wirtschaft tatsächlich existieren – wobei dann in dieser Beschreibung und Erklärung auch Märkte eine Rolle spielen können – aber eben nicht müssen. Theoriegeschichtlich sieht sich Flassbeck im Übrigen in der Tradition Schumpeters, wobei es ihm aber explizit nicht auf theoretische Konstruktionen, sondern auf die Ausrichtung an der Empirie ankomme.

Vor diesem Hintergrund, so Flassbeck, müssen zentrale Glaubenssätze der herrschenden Ökonomik korrigiert werden (S. 447). Zum Beispiel, dass es im internationalen Handel „komparative Vorteile“ gebe, die von Entwicklungsländern genutzt werden könnten, oder, dass Kapitalmärkte, einschließlich der grenzüberschreitenden Finanzmärkte effizient und stabilisierend seien. Und dass die drei zentralen „makroökonomischen Preise“, nämlich Zins, Lohn und Wechselkurse, sich aus Angebot und Nachfrage von selbst ergeben. In diesem Zusammenhang versucht Flassbeck, auch die Ökologie zu integrieren, wenn er fordert, dass die Staatengemeinschaft den Preis für fossile Energien in Übereinstimmung mit einem sinkenden Angebot systematisch nach oben „schleusen“ müsse.

Insgesamt ist das Buch flüssig geschrieben und enthält eine Vielzahl von meist farbigen Grafiken zur Dynamik der Weltwirtschaft der vergangenen Jahrzehnte.

*Fritz Reheis, Rödental*

**Josef Kraus: Im Rausch der Dekadenz – Der Westen am Scheideweg.** München 2024: Langen Müller Verlag. 335 S., € 24.-



Als Repräsentant des Deutschen Lehrerverbandes (1987-2017) hat sich Josef Kraus (\*1949) mit einer stets klaren Sprache in seinen Reden und Publikationen einen Ruf als Kritiker von Irrwegen in der Bildungspolitik zum Nachteil der Jugend erarbeitet: Aus der Reihe seiner markanten Wortmeldungen seien nur die Buchtitel „Spaßpädagogik“ (1998), „PISA-Schwindel“ (2005), „Helikopter-Eltern“ (2013) und „Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt“ (2017) erwähnt. Mit seinem Band „Der deutsche Untertan – Vom Verlust des eigenen Denkens“ (2021) erweiterte Josef Kraus seine Kritik provokant und scharfsinnig auf das gesamte Spektrum eines nur noch zeitgeistorientierten Politikbetriebs in einer Gesellschaft, die Gefahr läuft, sich selbst zu delegitimieren.

Seine aktuelle Publikation „Im Rausch der Dekadenz – Der Westen am Scheideweg“ will der Autor nicht

als Fortsetzung seines oben erwähnten Buches „Der deutsche Untertan“ verstanden wissen. Im Fokus seiner Analyse steht die Feststellung einer Labilität westlicher Gesellschaften: der deutschsprachige Kulturraum, die europäischen Staaten Frankreich und Großbritannien und die USA. Die Deutungshoheit über gesellschaftliche Wirklichkeiten liege bei jenen, die sich „am Niedergang berauschen“, statt der Kreativität ihrer Bürger und des evolutionären Potenzials zu vertrauen. Konkret: Der Westen leide am Verlust von Selbstachtung, fröne, befördere und unterwerfe sich Apokalypsen, verzichte auf die Verteidigung seiner Werte, wie sie in aufgeklärten Verfassungen als Bürger- und Menschenrechte verankert wurden, um Grundprinzipien wie Freiheit, Subsidiarität, Solidarität, Wissenschaftlichkeit des Denkens und Neutralität staatlicher Institutionen für den Alltag wirkmächtig gestalten zu können. Josef Kraus attestiert dem Westen in der Gegenwart einen Rauschzustand von Dekadenz, die er begrifflich aus 2500 Jahren „Dekadenz-Diagnostik“ aus Belegen für Europa von Wissenschaftlern wie Norman Davies (2017) oder Alexander Demandt (1997), vom Weltreich der Perser, das British Empire bis zur Union der Sozialistischen Sowjetrepublik(en) ableitet.

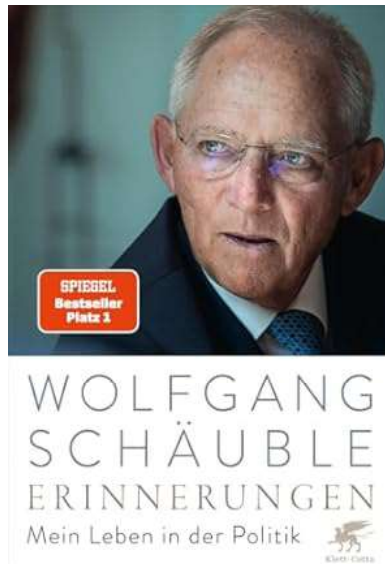
Josef Kraus diagnostiziert für die Gegenwart den Status eines geopolitischen und kulturellen Scheideweges, um mit Heinz Theisen (2022) ein „Ende des europazentrierten Werteimperialismus“ zu fordern, der „nichts anderes ist als kultureller (Werte-) Relativismus nach innen“. Eine Selbstbehauptung des geeinten Europas im Mächtevieleck der Gegenwart sei nur denkbar als Staatenbund mit Westbindung, dem der Autor eine (Überlebens-) Chance gegenüber dem islamischen Globalismus und einem sich verstärkenden chinesischen Nationaldarwinismus einräumt. Bei aller gewachsenen Verflechtung der Volkswirtschaften im Weltmaßstab beinhalte die erkannte Notwendigkeit von Selbstbehauptung für Europa diplomatische Wendigkeit und Erfindungsgabe. Für Deutschland sieht der Autor speziell eine Lösung in der Wiederbelebung



des Leistungsbegriffs. In der Migrationsthematik greift Josef Kraus auf ein bekanntes Zitat von Peter Scholl-Latour zurück: „Wer halb Kalkutta aufnimmt, hilft nicht Kalkutta, sondern wird selbst zu Kalkutta!“ Er sieht im Bild des klassischen Citoyens, in der Rückbesinnung auf Bürgerlichkeit als demokratischer Tugend, jenes Momentum der Revitalisierung des europäischen Wertekosmos in der Tradition der Aufklärung, die er aktualisiert in zwanzig Zuschreibungen definiert (S. 302-304). In großen Persönlichkeiten wie Alexander Solschenizyn (1918-2008) und Václav Havel (1936-2011) sieht er die Avantgarde der Moderne, die sich „aus dem Mut zur Wahrheit gegen die Lüge“ gegen eine Diktatur der Inhumanität behaupteten. Josef Kraus schließt mit dem Hinweis auf Roger Scruton und Robert Spaemann und ihrer Kernaussage in der „Pariser Erklärung vom 07. Oktober 2017“: „Teuflisch ist, wer das Reich der Lüge aufrichtet und Menschen zwingt, in ihm zu leben. (...) Es ist Wahnsinn, sich in der Lüge einzurichten“ (Arnold Gehlen, 1969). Generationenübergreifend gilt der Zuruf von Josef Kraus an seine Leser: „Lassen Sie nicht andere für sich denken, denken Sie selbst, ehe es andere für Sie tun.“ Nur so können Demokraten – beruflich und privat – dem ‚Rausch der Dekadenz‘ entkommen“. *Willi Eisele, Wolfratshausen*

**Wolfgang Schäuble: Erinnerungen. Mein Leben in der Politik.** Stuttgart 2024: Klett-Cotta Verlag. 656 S., € 38.-

Gerade nach dem Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat erhält die Autobiographie von Wolfgang Schäuble, der am 26. Dezember 2023 im Alter von 81 Jahren verstorben ist, eine zusätzliche Bedeutung. Denn wie fast kein anderer Politiker in der Bundesrepublik Deutschland begleitete und repräsentierte er die demokratische politische Ordnung dieses Landes. Deshalb ist die differenzierte und ausführliche Darstellung (auf 624 Seiten, unterstützt



von den Co-Autoren Jens Hacke und Hilmar Sack) auch für die Ziele der politischen Bildung, die Einsichten in die Prozesse, Struktur und die Wertedimension, aber auch in die demokratische politische Kultur vermitteln will, besonders hilfreich. So erhält der Leser zum Beispiel durch die Schilderung der persönlichen Lebensumstände des Autors in dessen Jugend in Offenburg (geboren 1942, 1961 Abitur) u. a. durch die Gespräche mit seinem Vater, dem Landtagsabgeordneten Karl Schäuble, Anregungen zur Reflexion des Dilemmas der politisch-kulturellen Entwicklung in der jungen Bundesrepublik. Einerseits galt es, so die Interpretation des Autors, „(...) eine stabile Verfassung ins Werk zu setzen und die zersplitterte Gesellschaft zusammenzuführen, eine Gesellschaft aus Nazis und Mitläufern, Verfolgten und Verfolgern (...)“ (S. 30). Andererseits sind fundamentale Defizite in der Aufarbeitung der Geschichte und Verbrechen der Nationalsozialisten festzustellen: „In meiner Erinnerung wurde von Diktatur und Nationalsozialismus nicht viel geredet – aber wir haben auch nicht gefragt“ (S. 31).

Typisch für die Darstellung der Probleme ist der Perspektivenwechsel zwischen der Sicht der persönlichen Erfahrungen und Prägungen sowie den daraus resultierenden Wünschen und Vorstellungen, und derjenigen der tatsächlich erlebten politischen Prozesse in den jeweiligen Institutionen und dem politischen Umfeld.

So werden zum Beispiel die persönlichen Erfahrungen der nur rudimentären Behandlung des Holocausts in der Schülerzeit mit den Gesprächen, die der promovierte Jurist Schäuble in seinen politischen Funktionen mit Zeitzeugen geführt hat, konfrontiert. Diese erschütternden Erlebnisse führen zu der gerade in einer Zeit des zunehmenden Rechtsextremismus bedeutsamen politischen Sicht, dass „unsere Geschichte als bleibende Verantwortung“ zu betrachten ist (vgl. S. 30ff).

Schnell musste der junge Parlamentarier das parlamentarische Handwerk lernen. Dies nicht zuletzt als Mitglied und Berichterstatter des Wienand-Steiner Untersuchungsausschusses, in dem es um die Frage der Bestechung des CDU-Bundestagsabgeordneten Julius Steiner beim konstruktiven Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt (am 24. April 1972) ging (S. 81ff.).

Die Erfahrungen des jungen Juristen, etwa diejenige, dass politische Prozesse nicht (nur) nach juristischen Kategorien zu gestalten und zu beurteilen sind (vgl. S. 84ff), kamen ihm dann in den nächsten Legislaturperioden als Chef des Bundeskanzleramtes in der Zusammenarbeit mit dem Oppositionsführer und späteren Bundeskanzler Helmut Kohl zugute.

Die mit vielen persönlichen Eindrücken und Erlebnissen ausgestattete, interessante Beschreibung des von Wolfgang Schäuble wesentlich mitgestalteten Prozesses der Herstellung der deutschen Einheit nach dem Mauerfall am 9. November 1989 und die Aushandlung des Einigungsvertrages vom 31.8.1990 zwischen der Bundesrepublik und der DDR sind nicht nur für das historische Verständnis bedeutsam. Sie zeigen seine Leistungen, die er als notwendige Pflichterfüllung intensiv schildert und die in einer kurzen, aber einzigartigen historischen Situation vollbracht werden mussten. Handelte es sich doch um einen komplizierten Aushandlungsprozess zwischen der nun demokratisch legitimierten DDR-Regierung unter Ministerpräsident de Maizière und der Bundesregierung. Es wird deutlich, dass Wolfgang Schäuble das für die histo-

rischen Entscheidungen Notwendige getan hat. Deshalb erscheinen auch die aktuellen Diskussionen, in denen immer wieder bedauert wird, dass keine neue Verfassung für das vereinte Deutschland ausgehandelt wurde, bei der Lektüre in einem klaren Licht. Bezüglich des Zeitfensters für die Herstellung der deutschen Einheit zitiert er den ersten SPD-Fraktionsvorsitzenden in der frei gewählten Volkskammer der DDR, Richard Schröder: „Schnell oder womöglich gar nicht“ (S. 278).

Für den Leser sind neben den vielen Einsichten in den Alltag der Politik besonders die Beschreibungen der leidvollen Erfahrungen beim Attentat auf Wolfgang Schäuble am 12. Oktober 1990 emotional, obwohl der Autor die Vorgänge sachorientiert schildert und die Bewältigung der späteren Situation als Rollstuhlfahrer in der Politik aus verschiedenen Perspektiven beschreibt (S.281ff.).

Nicht zuletzt die Erzählungen zu den Aufgaben und den politischen Problembewältigungen als Innen- und Finanzminister, aber auch zu den Spannungen in der Beziehung zu der Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigen die grundlegende Einstellung des Biographen: „Rückblickend meine ich, dass die politische Partnerschaft zwischen Angela Merkel und mir deshalb über lange Zeit produktiv sein konnte, weil wir uns – die Euro- und Griechenlandkrisen belegen es eindrücklich – unbedingt gegenseitig vom richtigen Weg überzeugen wollten“ (S. 558).

Letztlich ging es Wolfgang Schäuble um die harte, aber lösungsorientierte politische Diskussion, nicht um die eigene Person, sondern um die Pflichterfüllung und um die Demokratie in Deutschland. Ein Patriotismus, der in der heutigen Zeit des zunehmenden Extremismus und der Unterstützung autokratischer Orientierungen beispielhaft ist. Hierüber in Formaten der politischen Bildung zu diskutieren, dürfte hilfreich für die demokratische Bewusstseinsbildung sein.

Univ.-Prof. em. Dr. Carl **Deichmann**, Jena

**Petra Pinzler: Hat das Zukunft oder kann das weg? Der Fortschrittskompass.** Frankfurt / New York 2024: Campus Verlag., 262 S., € 29.-



Aus den vielen Neuerscheinungen zum Thema Transformation ragt dieses Buch heraus: Es kommt der gegenwärtigen Politik, ihren Akteuren und deren Leitbildern besonders nahe und fokussiert dennoch die Grundfrage der Transformation nach dem Leitbild des Fortschritts. Geschrieben hat es Petra Pinzler, Hauptstadtkorrespondentin der ZEIT mit dem Schwerpunkt Wirtschaft und Umwelt, die sehr anschaulich aus dem Maschinenraum der deutschen Politik berichten kann (die Liste der Ideengeber und Unterstützer, denen Pinzler dankt, umfasst eine halbe Seite und enthält fast alles, was in Berlin Rang und Namen hat). Das Buch will als „Kompass auf dem Weg in eine gute Zukunft dienen, der ganz privaten und der des Landes“ (S. 16). Es geht davon aus, dass über alle Kontroversen hinweg ein Konsens darüber bestehe, dass für ein gutes Leben ein „gesunder Planet“ unverzichtbar sei und dazu die Begrenztheit der Natur unbedingte Anerkennung benötige. Und in Bezug auf die deutsche Politik diagnostiziert das Buch, dass die Ampel „als Tiger gestartet und schnell als Bettvorleger gelandet“ sei (S. 17).

Die ersten drei Kapitel befassen sich mit dem Scheitern der Ampelregierung („Fortschrittskoalition“), der Geschichte unseres Fortschrittsbegriffs und mit dem gegenwärtigen Diskurs zum Thema Fortschritt. Anschließend fragt es nach den „Grenzen des Möglichen“, die der Planet für die Zukunft erlaube. Die nächsten Kapitel diskutieren die Ökonomie: den Kapitalismus, den Markt, die Wirtschafts- und Innovationspolitik. Ein weiteres Kapitel zeigt, wie sehr Ungleichheit den Fortschritt hemmt. Dann folgen Kapitel zu den Grundwerten der großen politischen Parteien in Deutschland: Konservatismus, Gerechtigkeit, Ökologie und Freiheit. Allesamt benötigten dringend eine Überarbeitung ihrer jeweiligen Fortschrittskonzepte.

Die letzten Kapitel enthalten teils wenig bekannte Vorschläge und Best-practice-Beispiele für den politischen Umbau in Richtung Zukunftsfähigkeit. Die Autorin fragt: Wie könnte die Politik auf kreativere Ideen kommen? Wie könnten Politik und Bürger den „Utopien-Muskel trainieren“? Und welche ungenutzten Spielräume könnte die Politik entdecken und sich nutzbar machen? Ganz am Schluss richtet sich die Autorin mit einem Appell direkt an den Leser: „Engagieren Sie sich für das Gemeinwohl, damit das Land nicht den Feinden der Demokratie überlassen wird!“ Und weiter: „Wenn Sie jetzt trotzdem noch ein Argument mehr brauchen: Das Gefühl, selbst wirksam zu sein, ist beschwingend. Aktivismus und Engagement helfen gegen Krankheiten, sie halten jung und machen zufriedener. Sie nehmen das Gefühl von Ohnmacht. Und sie machen die Zukunft damit zu einem Ort der Hoffnung, trotz alledem. Probieren wir es aus“ (S. 243).

Ein Buch, das tatsächlich Lust auf Einmischung macht. An vielen Stellen beschreibt Petra Pinzler sehr plastisch den großen Zeitdruck, der im Maschinenraum der Politik herrscht. Vielleicht ist er eine der Hauptursachen dafür, dass die Akteure kaum mehr Zeit zum Nachdenken, also auch nicht zur Überarbeitung ihrer angestaubten Fortschrittskonzepte gefunden haben.

Prof. Dr. Fritz **Reheis**, Rödental

**Jens Beckert: Verkaufte Zukunft – Warum der Kampf gegen den Klimawandel zu scheitern droht.** Berlin 2024: Suhrkamp Verlag. 240 S., € 28.-



Beim Verfassen dieser Zeilen ist „Klima“ out, ist „Grün“ out. Wie auf dem Cover scheinen wir alle bequem lesend dazusitzen – während „draußen“ die Welt in Flammen auf- und letztlich untergeht. Dabei sind dystopische Blicke mehr als angebracht. Doch Jens Beckert, nach Studium zwischen Princeton, Paris und Harvard derzeit der Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und Professor für Soziologie in Köln, fragt immerhin am Schluss „Wie weiter?“. Davor legt er in acht überschaubaren und – in bester angloamerikanischer Tradition – sprachlich durchweg „ansprechenden“ Formulierungen die derzeit vorherrschenden Fehlentwicklungen dar: Von „Wissen ohne Wandel“ über „Big Oil“, den „Zögernden Staat“ und anderes hin zu „Konsum ohne Grenze“ bis zu „Planetaren Grenzen“. Unideologisch werden der Kapitalismus als System, der Irrglaube von der unsichtbar regulierenden Hand des Marktes, vor allem damit das Credo des Neoliberalismus zerlegt und Geldsummen der Klimakrisenleugner genannt. Beckert macht die schwere Umlenkbarkeit des „Tankers Weltwirtschaft“ nachvollziehbar – und damit wenig Hoffnung,

die Erderwärmung unter 2,5 Grad einzudämmen. Doch schließt er nicht nur pessimistisch: Er glaubt an die niederschwellige, „graswurzelnahe“ und damit demokratische Erfahrbarkeit von persönlichen positiven Beiträgen zum Klimaschutz, eben ohne unsinnige Beschwörungen von „zurück in die Höhle“. Seine glasklare Analyse beeindruckt – und sollte nur auch in allen Medien einen unüberhör- und -sehbaren Bewusstseinswandel unausweichlich anschieben.

*Dr. Wolf-Dieter Peter, München*

**Mike Savage: Die Rückkehr der Ungleichheit. Sozialer Wandel und die Lasten der Vergangenheit.** Hamburg 2023: Hamburger Edition. 464 S., € 45.-



Unkonventioneller Lese-Rat: Vorher das Glossar – und dann immer wieder die textlich gehaltvollen Anmerkungen. Ein anspruchsvolles Buch. Dann aber Klares: „...dass wir uns an einem historischen Scheideweg befinden“ konstatiert Mike Savage, der renommierte Harvard-Lehrer und Professor an der London School of Economics gleich im Vorwort – und setzt fort, dass wir „Zeugen der Entstehung eines Ungleichheitsparadigmas sind, das die langfristigen Annahmen über Richtung und Beschaffenheit des gesellschaftlichen Wandels erschüttert.“ Damit ist unser derzeitiger Zustand umrissen, in dem die Reichen sich vom Rest der

Gesellschaft entfernt und die Superreichen sich von den Reichen distanzieren haben. Die enorme Vermögensungleichheit bringt uns auch zurück in die Vergangenheit. Savage beschreibt in mitunter anstrengend wissenschaftlicher Sprache und Wortwahl scheinbar Überwundenes: dynastischen Elitismus, Klientelismus und vererbte Privilegien. Er sieht, dass die ökonomische Ungleichheit so auch kulturelle, soziale und politische Konflikte verschärft – und wir damit erleben, wie die Grundlagen liberaler Demokratien brüchig werden: der Glaube an Fortschritt für alle und das Vertrauen in die Fürsorge der politischen Gemeinschaft für alle ihre Mitglieder.

Savage erforscht unter Einbeziehung von Bourdieu bis Piketty, wie so Wirtschaftswachstum und Kapitalgewinne Ungleichheit erzeugen. Seine präzise ab- und ausgewogenen Analysen münden in die Feststellung „Kapital ist Geld, das eingesetzt wird, um mehr Geld zu erzeugen.“ Nicht die Ungleichheit der Einkommen, sondern die viel größere der Vermögen erhöht in den derzeitigen Imperien USA, China und Russland speziell durch Vererbung die gesellschaftlichen Disproportionen. Savage sieht soziale Klassen in neuem Gewande erstehen. Er bringt sozioökonomische und sozialgeschichtliche Ansätze der Ungleichheitsanalyse und -forschung zusammen. Und verschränkt das auch noch mit einer intersektionalen Perspektive auf kategoriale Ungleichheiten wie Klasse und die noch zu wenig erforschten Ungleichheitsmerkmale „race“ sowie „Gender“ – alles herausfordernd zu lesen.

Erkennbar wird die wachsende Bedeutung von Imperien, ethnischen Klüften, Eliten und Urbanismus. Bei allen Möglichkeiten unserer offenen Gesellschaften, sich zu vergleichen und dem belegbaren Aufstieg Einzelner, konkretisiert sich die Ungleichheit in den physischen Vertretern der Eliten, die in ihrer großen Mehrheit weiße Männer sind, und es bleibt die Erkenntnis, dass die Karten ungleich verteilt sind.

Savage greift dann ohne jeglichen neo-marxistischen Touch Lenins „Was tun?“ auf. Er diskutiert Ein-



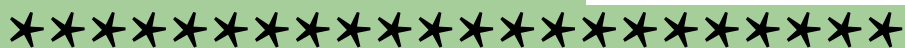
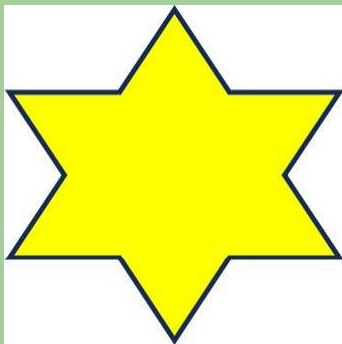
griffe, die von höheren Steuern bei Einkommen, Vermögen und Erbschaft bis zu Umverteilungen wie bedingungsloses Grundeinkommen, Bürgergeld oder Grunderbe reichen können und hält vieles für wünschenswert. Dabei geht er auf die Wiederbelebung des Radikalismus,

die Diskussionen um das Ende der Wachstumsmodelle wie um eine Rechenschaftspflicht des Kapitals ein und sucht nach ausgewogenen Definitionen des Wohlergehens. Realistisch stellt er sich die Frage, „ob die nationale demokratische Politik überhaupt dazu in der Lage ist“,

Abhilfen zu bewerkstelligen. All das macht Savages Buch zu einer interdisziplinären Zusammenschau von Soziologie, Ökonomie und Politologie im Hier und Heute – also anspruchsvoll, gleichwohl grundlegend, reich an Einsichten und aktuell herausfordernd.  
*Dr. Wolf-Dieter Peter, München*

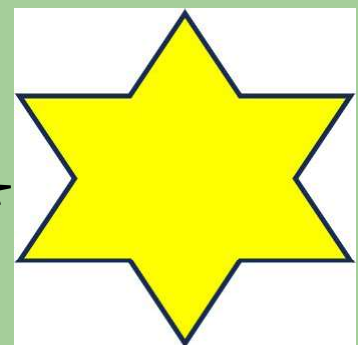
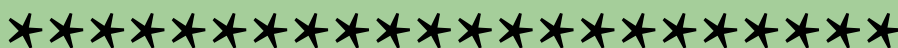
***Hinweis in eigener Sache:***

*Wenn Sie für die nächsten FPU-Hefte Bücher aus Politik und/oder Zeitgeschehen rezensieren möchten, melden Sie sich bitte gerne per Email unter [redaktionfpu@gmx.net](mailto:redaktionfpu@gmx.net). Vielen Dank!*



***Frohe Weihnachten  
und***

***alles Gute für 2025!***





## Werden Sie Mitglied im DVPB LV Bayern!

**Ziel des Verbands** ist die Förderung der Politischen Bildung an Schulen, Hochschulen und in der Erwachsenenbildung, insbesondere die Stärkung der Fächer der Politischen Bildung (Politik und Gesellschaft, Geschichte – Politik – Geographie, Heimat- und Sachunterricht) und Zeitgeschichte.

### Leistungen des Verbandes für seine Mitglieder:

- Kostenlose Zusendung der Landeszeitschrift „FORUM POLITIKUNTERRICHT“: mit Schwerpunktthema, Vorstellung neuer Fachliteratur, Hilfen für den Schulunterricht – Materialien und Informationen;
- Jährlich 4 Hefte der Bundeszeitschrift „POLIS“: aktuelles Schwerpunktthema, das aus fachwissenschaftlicher, fachdidaktischer und unterrichtspraktischer Perspektive behandelt wird;
- Einladung zu Veranstaltungen des Landesverbandes und des Bundesverbandes;
- Einladung zum Bundeskongress, der alle drei Jahre stattfindet und ein Kommunikationsforum für Fachwissenschaft, Fachdidaktik und Praxis bietet.

**Kosten** der Mitgliedschaft: für Berufstätige 70.- €/ Jahr, für Studierende 35.- €/ Jahr

**Kontakt:** Stefan Rappenglück, Email: stefan.rappenglueck@dvpb-bayern.de

---

## BEITRITTSERKLÄRUNG

(Bitte senden an OStR Armin Seemann, Rabenweg 8, 85356 Freising  
oder per E-Mail an armin.seemann@web.de)

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB)

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

E-Mail-Adresse: \_\_\_\_\_

Ich erkläre mich hiermit auch einverstanden, dass der Jahresbeitrag von meinem

Konto (IBAN) \_\_\_\_\_

bei \_\_\_\_\_

abgebucht wird.

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_